

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljährl. 3,20 M., monatl. 1,10 M.,  
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 nummer mit Illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 abonnent: 1,10 Mark pro Monat.  
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-  
 Preisliste für 1903 unter Nr. 8203.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 3 Mark, für das  
 übrige Ausland 2 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne  
 je oder deren Raum 40 Pf. für  
 politische und gewerkschaftliche Vereins-  
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.  
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.  
 (nur das erste Wort frei). Inserate für  
 die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
 Festtagen bis 6 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:  
 „Socialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Donnerstag, den 11. Juni 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
 Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

## Die socialdemokratischen Kandidaten für Berlin und die Nachbarkreise sind:

### 1. Kreis:

Privatdocent a. D. **Dr. Leo Arons**, Berlin.

### 2. Kreis:

Buchhändler **Richard Fischer**, Berlin.

### 3. Kreis:

Rechtsanwalt **Wolfgang Heine**, Berlin.

Niederbarnim: Stadtverordneter **Arthur Stadthagen**, Berlin.

Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg: Stadtverordneter **Fritz Zubeil**, Berlin.

### 4. Kreis:

Stadtverordneter **Paul Singer**, Berlin.

### 5. Kreis:

Arbeitersekretär **Robert Schmidt**, Berlin.

### 6. Kreis:

Schriftsteller **Georg Ledebour**, Halensee.

## Der Wahltag ein Feiertag.

Der Wahltag ist ein so wichtiger Tag im Leben des Staatsbürgers, daß er als ein Feiertag betrachtet werden sollte. Wir erheben seit je die Forderung, daß in Würdigung dessen die Wahl am Sonntag vorgenommen werde. Rudererei und wahltaktische Erwägungen der herrschenden Parteien haben sich bisher diesem Verlangen widersetzt. Mögen daher die Arbeiter wenigstens versuchen, in friedlicher Verständigung mit den Unternehmern wenigstens einen Teil des Tages zum Feiertage zu machen. Wir richten an alle Arbeitervähler das Ersuchen, mit den Unternehmern in Unterhandlungen zu treten, daß am Wahltag von Mittag an die Arbeit vollständig ruhe.

## Arbeitslöhne und Getreidepreise.

Wie es scheint, glaubt das agrarische Wandertum tatsächlich mit dem schon gestern von uns gekennzeichneten, aus der Klapperschlangen- und Fleckschmiederei hervorgegangenen Flugblatt, in welchem die Bewegung der Brotgetreidepreise in einer graphischen Darstellung der Steigerung der Löhne gegenübergestellt wird, einen Haupttrumpf ausgespielt zu haben, denn die konservative Presse beginnt für dieses eigenartige Geistesprodukt emsig die Wellammetrommel zu rühren.

Nochmals auf die Theorie zurückzukommen, daß weil die Arbeitslöhne gestiegen sind, nun auch die Getreidepreise durch Bölle gesteigert werden müssen, lohnt sich nicht der Mühe. Dieser Anspruch ist zu absurd, als daß er außerhalb jenes Kreises händlerischer Intelligenzen, denen infolge der steten Anstrengung, das Ungereimteste zusammenzureimen, der letzte Rest volkswirtschaftlicher Einsicht in die heutigen Produktionsbedingungen verloren gegangen ist, acceptiert werden könnte, und am allerwenigsten von einem denkenden Arbeiter. Besagt doch dieser Anspruch, daß der ganze Vorteil unsrer kulturellen Entwicklung, der technischen Erfindungen, der verbesserten Arbeitsmethoden, durch welche die Produktionserträge erhöht oder die Herstellungskosten vermindert werden, ausschließlich dem Unternehmer gehört, während der Arbeiter keine Verbesserung seiner Lage zu beanspruchen hat, sondern ihm jede Lohnserhöhung, die er erringt, durch entsprechende Preissteigerungen seiner Lebensbedürfnisse wieder zu entziehen ist. Allerdings spricht das Flugblatt nur von den Brotgetreidepreisen, aber es ist selbstverständlich, daß mit genau demselben Recht der gleiche Anspruch auch für alle andern landwirtschaftlichen Produkte und ebenso für alle Industriewaren erhoben werden kann.

Was uns zu einem nochmaligen Eingehen auf den Inhalt des Flugblattes veranlaßt, ist die kuriose Thatsache, daß trotz dieser alle Vorteile der technischen Entwicklung allein für die Unternehmer in Anspruch nehmenden Auffassung das Flugblatt es so darstellt, als händerte nur der Rückgang der Getreidepreise die Grundbesitzer daran, ihren Arbeitern, wie sie so außerordentlich gern möchten, höhere Löhne zu zahlen, und als läge eine Erhöhung der Getreidepreise deshalb nicht nur im Interesse der Land-, sondern zugleich auch der Industrie-Arbeiter. Die Argumentation ist folgende:

Für die schlechte Rentabilität der Landwirtschaft wirkten also zwei Umstände zusammen, einmal: das Sinken der Getreidepreise, zum andern: die Steigerung der Arbeitskosten. Das kam auf die Dauer kein Gewerbe aushalten. Hier tritt nun das große Interesse klar zu Tage, das die gesamte Arbeiterklasse, die städtische wie ländliche, an der Rückkehr einer besseren Rentabilität der Land-

wirtschaft besitzt. Noch weiter kann die Landwirtschaft die Löhne nicht steigern, wenn sich ihre eignen Einnahmen nicht verbessern! Wenn aber die Landwirtschaft die Löhne ihrer Arbeiter nicht mehr steigern kann: dann wird und muß sich der Prozeß der Abwanderung vom Lande zur Stadt und in die Industrie noch weiter steigern! Was ist dann die Folge? Das Arbeiterangebot in den Städten, in der Industrie nimmt zu. Die Industrie-Arbeiter erhalten hierdurch eine verstärkte Konkurrenz, und die notwendige Folge ist, daß die Industrielöhne sinken.

Es ist nichts als eine auf den Arbeiterfang berechnete Heuchelei, wenn in den obigen Sätzen so gethan wird, als würden bei höheren Getreidepreisen die ländlichen Grundbesitzer in ihrer Besorgnis um das Wohl ihrer Arbeiter gar zu gerne bessere Löhne zahlen. Die Wirtschaftsgeschichte lehrt das Gegenteil. Eine unbefreibare Thatsache, die alle konservative Einstellungsart nicht aus der Welt schafft, ist es, daß in Deutschland während des letzten Jahrhunderts gerade jene Perioden, in denen die Landwirtschaft florierte, die Getreide- und Grundstückspreise stetig stiegen und auf den Schlössern der Landjunkere ein Fest das andre jagte, die Löhne der Landarbeiter die allerärmlichsten waren, während in den Zeiten der sinkenden Getreidepreise die Landarbeiterlöhne stiegen. Ja man kann mit einer gewissen Berechtigung sagen, daß die Perioden höchster landwirtschaftlicher Rentabilität zugleich jene der niedrigsten Löhne und der elendesten Lebenshaltung der Landarbeiter waren.

Den Beweis dafür liefern die von konservativer Seite angenommenen Statistiken selbst.

Nach dem hohen Stand der im wesentlichen durch die fortwährenden Kriege mitbedingten Getreidepreise zu Anfang des achtzehnten Jahrhunderts trat in den zwanziger Jahren zwar ein Preisrückgang hervor, doch setzt in den dreißiger Jahren ein neuer Preisanstieg ein, der auch während der vierziger Jahre anhält. In Preußen stellten sich damals die Durchschnittspreise pro Tonne (20 Centner):

In den Jahren	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer
1821—1830	121,4	126,8	76,6	79,8
1831—1840	138,4	100,6	87,6	91,6
1841—1850	167,8	123,0	111,2	100,6

Gleichzeitig stiegen die Bodenpreise, doch giebt es keine Statistik darüber für sämtliche östlichen Provinzen des damaligen Preußens, nur für einzelne Landesteile, und zudem ruht sie zumeist auf recht unsicheren Grundlagen. Für die Provinz Posen giebt Sarazin als Preise des Großgrundbesitzes pro Hektar an: 1821—30 = 133 M., 1831—40 = 164 M., 1841—50 = 274 M.

Wie stand es nun in jener Zeit mit den Landarbeiterlöhnen? Das erste Werk, das eine auf einer umfassenden Enquete beruhende Zusammenstellung der Löhne der preussischen Landarbeiter bietet, ist das 1846 erschienene Buch A. v. Lengerkes über „Die ländliche Arbeiterfrage“. Nach seiner Berechnung stellte sich 1848 der Tagelohn für den ostelbischen Landarbeiter im Durchschnitt auf 8 Silbergroschen. Die niedrigsten Löhne hatte der Gumbiner, die höchsten der Stralsunder Regierungsbezirk, wo der Tagelohn im Jahresdurchschnitt sich auf 10 Silbergroschen belief. Berechnet nach dem Roggenwert war der Lohn des Landarbeiters seit 1815 nicht gestiegen, sondern eher ein wenig gefallen, so daß sich selbst der bekannte konservative Volkswirt Dr. Th. Freiherr v. d. Goltz zu dem Zugeständnis gezwungen sieht („Die ländliche Arbeiterfrage“, Seite 114):

Für die Mitte des Jahrhunderts wurde oben der durchschnittliche Mannes-Tagelohn in den östlichen Provinzen auf 0,80 M., nach Roggenwert auf 13½ Pf. Roggen ermittelt und dabei festgestellt, daß nach Roggenwert der Tagelohn von 1815 bis 1848 nicht gestiegen, von 1840 ab sogar eher noch etwas gesunken ist.

Dabei muß berücksichtigt werden, daß die Berechnung nach Roggenwert noch die relativ günstigste ist; legt man den Weizenwert

oder die Fleischpreise der Berechnung zu Grunde, ergibt sich eine bedeutende Verschlechterung der Landarbeiter-Lage.

Mit den fünfziger Jahren, nach dem Fall der englischen Kornpreise, beginnt die Blütezeit der preussischen Grundbesitzer. Der englische Markt erwies sich in ungeahnter Maße aufnahmefähig. Schon 1850 bezog England aus Deutschland ungefähr 5,8 Millionen Centner Weizen und 1,4 Millionen Centner Gerste. Dazu begann sich ein bedeutender Viehexport zu entwickeln, ferner versorgte Preußen vornehmlich den englischen Markt mit Flach (1855 bereits für über 47 Millionen Mark), Talg (1855 = 37 Millionen Mark), Hanf (1855 = 15½ Millionen Mark) usw. Die goldene Zeit des preussischen Junkertums begann. Die Weizenpreise erreichten im Durchschnitt der Jahre 1871—1875 den hohen Stand von beinahe 249 Mark pro Tonne, die Roggenpreise stiegen auf über 179 M., und im gleichen Verhältnis schwebten die Viehpreise empor. Güter, die 1850 noch 200 000 M. gekostet hatten, galten jetzt 600 000 M. Die Pachtpreise in den preussischen Provinzen östlich der Elbe stiegen beispielsweise von 1849—1869 pro Hektar um 125, von 1849 bis 1879 um etwa 150 Proz.

Ein reicher Segen strömte in die Taschen der frohlockenden Junker; aber von Lohnserhöhungen war keine Rede. Nur außerordentlich langsam und mäßig stiegen in den fünfziger, sechziger Jahren die Löhne der Landarbeiter. Erst nach 1860, besonders aber nach 1871 macht sich infolge des industriellen Aufschwunges, der eine vermehrte Nachfrage nach Arbeitskräften hervorruft, eine Lohnsteigerung bemerkbar. Diesen Zeitpunkt nimmt der Kongreß deutscher Landwirte wahr, um in 1873, dem Jahre des Milliardensegens, eine neue Erhebung über die Lage der ländlichen Arbeiter zu veranstalten. Und was ergeben diese Erhebungen? Sie zeigen, daß zu dieser Zeit der höchsten Wirtschaftsbüthe die Landarbeiter Osteliens es glücklich auf einen Durchschnitts-Tagelohn von 1 Mark 17½ Pf. gebracht hatten gegen 80 Pf. in 1848. Demnach war allerdings der Geldlohn um 40 Prozent in den letzten 25 Jahren gestiegen, aber eine Besserung der Lebenshaltung nicht erzielt, denn nahezu in gleichem Verhältnis waren die Getreide-, die Fleisch-, Butterpreise u. in die Höhe geschossen.

Das war das Endergebnis der Blüteperiode der Landwirtschaft: für den Großgrundbesitzer eine enorme Vermehrung seiner Einkünfte und Wertzunahme seines Besitzes — für den Landarbeiter nichts.

Auch die reaktionäre Reform des Jahres 1879 bringt keine Besserung der Landarbeiter-Löhne; erst in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre vollzieht sich infolge des Zuges aus dem Osten nach den industriellen Westen ein weiteres Aufsteigen, obgleich diesmal die Kornpreise abnehmen und die Fleischpreise nur relativ mäßig steigen. Im Jahre 1892 stellen sich nach der bekannten Enquete des „Vereins für Socialpolitik“ die Durchschnittslöhne für dauernd Beschäftigte, in Geld geklopte Arbeiter folgendermaßen:

In Ostpreußen auf	pro Arbeitstag
• Ostpreußen	1,24 M.
• Westpreußen	1,50
• Pommern	1,51
• Posen	1,39
• Schlesien	1,10
• Brandenburg	1,41

Im Durchschnitt 1,36 M.

Als demnach der Großgrundbesitzer es vermochte, seine Arbeiter besser zu stellen, ist es ihm gar nicht eingefallen. Erst das Aufblühen der Industrie, die Abwanderung der ländlichen Arbeiter nach den Städten und die dadurch hervorgerufene „Leutenot“ zwangen ihn, etwas tiefer in seine bisher gegenüber den Ansprüchen der Arbeiter stets zugedrückten Taschen zu greifen.

# Wahlkampf.

Am 16. Juni wird gewählt!

Die Wahl beginnt um 10 Uhr vormittags und dauert bis 7 Uhr abends. Wer um 7 Uhr noch nicht abgestimmt hat, darf überhaupt nicht wählen, auch wenn er vorher schon im Wahllokale war. Wer es irgendwie ermöglichen kann, gehe schon vormittags zur Wahl. Abends ist erfahrungsgemäß der Andrang zum Wahllokale sehr stark. Wer deshalb sein Wahlrecht nicht durch Dummelei verlieren will, gehe rechtzeitig zur Wahl.

Es empfiehlt sich für jeden Wähler, eine Legitimation einzuflicken (Einwohnerschein, Steuerquittung oder Mietsvertrag). Stimmzettel mit dem Namen des socialdemokratischen Kandidaten sind zwar an jedem Wahllokale zu haben, der vorsichtige Wähler nimmt aber seinen Stimmzettel schon von zu Hause mit.

Der Stimmzettel muß von weissem, mittelstarkem Schreibpapier sein, darf keinerlei Kennzeichen tragen und nichts weiter enthalten, wie die genaue Bezeichnung des Kandidaten. Der Stimmzettel muß ungefähr 9 zu 12 Centimeter groß sein.

Man kann sich seinen Stimmzettel selber schreiben. Gültig sind auch Stimmzettel, auf denen ein Name durchgestrichen und ein anderer darunter geschrieben ist.

Der Kandidat muß aber so genau bezeichnet sein, daß jeder Zweifel über seine Person ausgeschlossen ist. Es genügt also z. B. nicht „Schmidt“, sondern man muß schreiben: Arbeitersekretär Robert Schmidt in Berlin.

In welchem Wahlkreise man wohnt und in welchem Wahllokale man zu wählen hat, ist im „Vorwärts“ Nr. 125 (Wingstnummer) bekannt gemacht. Außerdem bekommt jeder Wähler noch von unserer Partei eine besondere Mitteilung darüber. Wenn sie aus Versehen nicht zugehen sollte, der bemühe sich bei dem Nachbar darum.

Das Wahlgeheimnis ist durch das neue Wahlverfahren vollständig gesichert. Niemand braucht mehr zu fürchten, daß seine Abstimmung kontrolliert werden kann. Es wird nicht mehr der bloße Stimmzettel abgegeben; dieser muß vielmehr in ein Couvert gesteckt werden. Das Couvert, das amtlich abgestempelt sein muß, erhält der Wähler erst im Wahllokale von einem Beauftragten des Wahlvorstehers. Jedes andre Couvert ist unzulässig. Den Stimmzettel muß der Wähler aber schon von draußen mitbringen. Mit dem Couvert begibt sich der Wähler in den Nebenraum oder an den Nebentisch, wo eine Vorrichtung angebracht ist (Vorhang oder Aufbau oder eine abgeschlossene Wahlzelle) und dort muß er seinen Zettel (aber nur einen!), geschützt vor jeder Beobachtung, in das Couvert stecken. Dann erst kann er abstimmen, indem er das den Stimmzettel enthaltende Couvert dem Wahlvorsteher übergibt. Jede andre Art der Abstimmung ist gesetzlich verboten. Die Couverts sind vollständig undurchsichtig, so daß es von außen auf keine Weise zu bemerken ist, welcher Zettel in dem Couvert steckt.

Es hat daher jetzt kein Wähler mehr die Entschuldigung, daß er aus Furcht vor Schanden nicht socialdemokratisch wählen kann. Furchtlos kann jeder Wähler den socialdemokratischen Zettel abgeben. Wähler, die aus irgend einem Grunde vor der Wahl zurückgewiesen werden, wollen sich sofort bei dem socialdemokratischen Wahlkontrolleur melden, der die Zurückweisung notieren wird.

Eine festsame Wirkung hat unsere Aufforderung an die Arbeiter gehabt, sie sollten versuchen, durch friedliche Vereinbarung mit den Unternehmern am Wahltag zu Mittag den Schluss der Arbeit zu erreichen. Eine Anzahl Reaktionsblätter fordern die Unternehmer auf, das „unersorgene Ansehen“ rundweg abzulehnen, da es nur der Socialdemokratie zum Vorteil gereichen könne. Man ist doch sonst immer eifrig bestritten, daß Socialdemokratie und Arbeiter eins sind. Weshalb auf einmal die Befürchtung, daß lediglich die Socialdemokratie den Vorteil davon hätte, wenn allen Arbeitern Gelegenheit gegeben wird, ihr Wahlrecht auszuüben?

Das Wahlcouvert. Es wird die Frage an uns gerichtet, wie die den Stimmzettel enthaltenden Couverts dem Wahlvorsteher zu übergeben sind, ob offen oder geschlossen. Das Wahreglement bestimmt darüber nichts, doch ist die Frage unsres Wissens praktisch so gelöst, daß die Couverts hinten mit Schlitzen und Zunge versehen sind, so daß sie bequem geschlossen werden können.

Das Wahlgeheimnis ist den Agrariern schrecklich. Auf ein dreifaches Mittel, trotz der Wahlcouverts die Abstimmung zu kontrollieren, soll man, wie der „Freis. Jtg.“ berichtet wird, im Wahlkreise Sensburg-Ortelsburg verfallen sein. Dort sollen anfast ordentlich Wahlurnen Kästen verwendet werden, die genau der Größe der Wahlcouverts entsprechen. Diese sollen in der Reihenfolge hübsch übereinandergelegt werden und durch Führung einer Liste über die Reihenfolge der Abstimmenden will man dann kontrollieren, wie jeder Wähler gestimmt hat. Wenn die „Freisinnige Zeitung“ recht berichtet ist, so wäre das allerdings die freche Verhöhnung des Gesetzes. Ein solches Verfahren würde den Wahlact ohne weiteres ungültig machen. Man sollte sich endlich nach dem bairischen Vorgange dazu entschließen, auch über die Beschaffenheit der Wahlurnen Vorschriften zu erlassen.

## Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.

Tag für Tag bringt die freisinnige, konservativ und antisemitische Presse Schauerreden über den Versammlungs-Terrorismus der Socialdemokraten. Wir haben uns die Mühe nicht verbieten lassen, in jedem Fall die Wahrheit festzustellen, ohne daß übrigens die gegnerische Presse jemals den Anstand betrafen hat, von unsren Nichtststellungen Notiz zu nehmen.

Wir haben nun am Dienstag in Berlin die unsres Wissens erste aufgelöste Wahlversammlung erlebt, und zufälligerweise ist es eine, in der die Gegner, die deutschnationalen Handlungsgehilfen das „Gastrecht mißbrauchten“, um in der Sprache Eugen Richters zu reden.

Ueber die Vorgänge in der Fernpalast-Versammlung der Handlungsgehilfen gehen uns widersprechende Berichte zu. Von seiten der deutschnationalen Handlungsgehilfen wird versichert, es sei nicht auf eine Sprengung abgesehen gewesen.

Nun die folgende am 8. Juni verbreitete Aufforderung sieht doch einer Sprengparole verteuft ähnlich.

D. H. R. Ortsgruppe Berlin, Adlerstr. 11.

Einer sage es dem andern! Morgen, Dienstag, haben die Genossen im Fernpalast, Burgstraße, eine öffentliche Handlungsgehilfen-Versammlung mit Paul Singer als Redner.

Wir müssen zahlreich und frühzeitig, wenn es möglich, um 8 1/2 Uhr, zur Stelle sein. Es gilt zu beweisen, daß sich die sogenannte allgemeine Furcht vor der Socialdemokratie auf uns noch nicht ausgedehnt hat. — Döring wird sprechen. Deutschen Gruß!

Für den geschäftl. Ausschuss: E. Jordan.

Immerhin wird uns auch von Parteigenossen versichert, daß die Scenen durch eine gewisse Nervosität auf unserer Seite vielleicht unnötig verschärft worden seien. Weil wir auch den Schein vermeiden möchten, als ob wir uns an der Kolportierung von Terrorismus-Geschichten beteiligen wollen, erwähnen wir auch diese Meinung einfach, ohne ein Urteil fällen zu wollen.

Wenn wir uns an dieser Stelle mit der aufgelösten Versammlung Beschäftigen, so lediglich deshalb, weil wir in der „Staatsbürger-

Zeitung“ — die der Affaire in dem aufgeregten Uebereifer des schlechten Gewissens fast das ganze Abendblatt widmet — in diesem Zusammenhang eine neue Wahllüge finden, die uns bisher nicht begegnet ist.

Ein Gewährsmann der „Staatsbürger Zeitung“, ein Herr H. P. erzählt in einer Zuschrift, daß er einen Zwischenruf getan habe: Die Ruhr-Ladenschluß, welchen die socialdemokratische Reichstags-Fraktion bekanntlich im Jahre 1890 für die Sonntage einführte wollte.“

Wenn die Behauptungen des Gewährsmannes der „Staatsbürger-Zeitung“ über die Vorgänge in der Versammlung ebenso zuverlässig sind, wie diese Mitteilung über die Faltung der Socialdemokratie zur Sonntagsruhe im Handelsgewerbe, so verdient er keinerlei Tadel.

„Bekanntlich“ waren die socialdemokratischen Forderungen nämlich ganz andre:

Anfang Mai 1890 brachte die Socialdemokratie beim Beginn der Reichstagsession jenen eingehenden Arbeitergesuchsantrag ein, in dem zum erstenmal auch die grundsätzliche Sonntagsruhe gefordert wurde. Gleichzeitig legte die Regierung ihre Novelle zur Gewerbe-Ordnung vor.

In diesem Antrag vom Mai 1890 forderte nun die socialdemokratische Fraktion:

„Verkaufsstellen aller Art dürfen an Sonn- und Festtagen höchstens fünf Stunden geöffnet und müssen spätestens nachmittags 4 Uhr geschlossen sein.“

Schon diese Forderung geht noch weiter als der heutige gesetzliche Zustand, der es ganz und gar in das Ermessen der Verwaltungsbehörde setzt, wie die erlaubten fünf Stunden verteilt werden sollen. In der That giebt es auch heute noch genug Orte, in denen selbst am Sonntag abend die Läden nochmals geöffnet werden.

Aber — und das ist die Hauptsache — unser Antrag vom Mai 1890 ging „bekanntlich“ noch viel weiter. Er verlangte zugleich, daß den am Sonntag beschäftigten Geschäften außerdem noch ein freier Tag in der Woche gewährt würde. Alle am Sonntag regelmäßig beschäftigten gewerblichen und kaufmännischen Hilfspersonen sollten „in der Woche eine ununterbrochene Ruhezeit von 36 Stunden“ erhalten. Wäre diese Bestimmung angenommen worden, so hätte sie den praktischen Erfolg gehabt, daß Sonntags überhaupt keine Handlungsgehilfen mehr beschäftigt werden würden.

Da die socialdemokratische Fraktion sah, daß diese weitergehenden Anträge keine Aussicht auf Erfolg hatten, so versuchte sie bei der Specialberatung der Gewerbe-Ordnungs-Novelle wenigstens die Sonntagsarbeit der Handlungsgehilfen auf das Mindestmaß zu beschränken. Wir brachten deshalb am 24. Januar 1891 den folgenden Abänderungsantrag ein:

„Im Handelsgewerbe dürfen Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter am ersten Weihnachts-, Oster- und Pfingsttage überhaupt nicht, im übrigen an Sonn- und Festtagen nicht nach 12 Uhr mittags und nicht länger als drei Stunden beschäftigt werden.“

Das ist bekanntlich die Stellung der Socialdemokratie zur Frage der Sonntagsruhe. Wir werden sehen, ob die „Staatsbürger-Zeitung“ davon Notiz nimmt!

## Scenen aus dem Tollhaus.

Das Flugblatt der Reichspartei für Jülichau-Schwiebus erklärt, die Parole von Bebel und Genossen laute: „Wir wollen leben und zwar gut leben, herrlich wohnen und auf Reisen stets zweiter Klasse fahren; Ihr müßt uns geben und solltet ihr darüber auch mit Frau und Kindern zu Grunde gehen.“

Ein in Würzburg gedrucktes Centrums-Flugblatt erklärt, daß die Socialdemokraten „für die Riesentanzhäuser der kaiserlichen Herren Tieg, Wertheimer und Kuschewitz als Verteidiger aufzutreten und durch Konsumvereine das Handwerk ruinieren. Kein Socialdemokrat denkt daran, die Bauern vor dem Untergang zu retten. (Wiederholt zurückgewiesene Fälschung eines Frohmenschen Citats.)

In Wetzlar erklärt der Vorstand der konservativen Partei in einer Flugchrift für den gemeinsamen nationalliberal-konservativ-agrarischen Kandidaten die Gefühle der Socialdemokratie dahin: „So ein bißchen Morden ist doch gar zu schön!“ Ein Flugblatt des konservativen Vaterlands-Vereins, Berlin, das in mehreren Kreisen verbreitet wird, erklärt unter Berufung auf die Pariser Kommune, der Weg der Socialdemokratie gehe über Leichen, Raub, Mord, Brand, Zerstörung von Kunstwerken, zur Abschaffung der bestehenden Gesellschaft.

Diese christlichen Mordphantasten seien an jene vornehme Abfertigung erinnert, die ihnen der berühmte Rechtsgelehrte Anton Renger in seiner jüngst erschienenen und von uns bereits gewürdigten „Neuen Staatslehre“ im voraus zu teil werden ließ:

„Wir können uns der begründeten Hoffnung hingeben, daß die Einführung einer den Interessen der großen Masse dienenden (socialistischen) Rechtsordnung auf dem Wege einer allmählichen Reform sehr wohl möglich ist, und daß hierbei die blutigen Grenel vermieden werden, durch die Theodosius I., Karl der Große und die spanischen Konquistadoren den Triumph des Christentums in der alten und in der neuen Welt gesichert haben.“

Das konservative Flugblatt 3 erklärt frech und vergnügt:

„Wie geht es in Fabriken und Werkstätten zu, wo Socialdemokraten kommandieren? Kein Arbeiter ist dort sein eigener Herr! In allen Ecken sind Angeber und Spione, die im Solde der Socialdemokratie stehen und die geknechteten Arbeiter mit Peitschenschlägen bei der roten Fahne halten und sie demunzieren und drangsalieren.“

Kerze heran! Sagt: Ist die Tollheit epidemisch geworden? Oder spielen diese Leute bloß den wilden Mann, um an der Wahrheit ungestraft Unwahrheit zu üben zu dürfen? In Ostpreußen hat man doch schon, wie das Feuilleton in Nr. 132 unseres Blattes beweist, die Entdeckung gemacht, daß wir die Partei der Muttermörder sind! Und zum Wahltag fehlen noch immer fünf Tage. Vergebens strengen wir unsre Phantasie an, um zu ergründen, was man am 16. Juni für das eigentliche Ziel unserer Partei ausgeben wird. Lustmord? Oder Sodomie? Aber ein antisemitisches Blatt („Deutsche Hochwacht“) hat ja neulich schon erklärt, daß das Judentum (hinter dem natürlich die Socialdemokratie steht) der Lustmörder am deutschen Volke sei. Tausend Tausend für eine neue Steigerung!

Der Magistrat in Mansfeld macht fleißige Fortschritte im Studium des neuen Wahreglements. In Ergänzung seiner in unsrer Dienstagsnummer mitgeteilten Bekanntmachung veröffentlicht er jetzt, am 10. Juni, eine neue Bekanntmachung, in welcher der Schluss der Wahlzeit richtig auf 7 Uhr angegeben ist. Wenn der geschätzte Magistrat weiter solche tüchtige Fortschritte macht, dann wird er es sicher bis Weihnachten herangebracht haben, daß die Stimmzettel auch in einem verschlossenen Couvert abgegeben werden müssen. Bis jetzt macht er nämlich noch immer bekannt, daß die Zettel „so zusammengefaltet sein müssen, daß der Name äußerlich nicht sichtbar ist“. Offenbar ist das dem Magistrat doch sicher zugegangene amtliche Palet mit den Wahlcouverts noch nicht eröffnet worden. Ob der Magistrat von einer Wahlzelle etwas weiß, ist aus der Bekanntmachung auch nicht zu ersehen. Jedenfalls werden unsre Genossen in dem Kreise gut thun, sich die Wahlhandlung in Mansfeld einmal anzusehen.

Im Ernste gesprochen, ist es doch ein skandalöser Zustand, daß ein Stadtmagistrat 6 Tage vor der Reichstagswahl von den unerlässlichsten Wahlvorschriften noch keine Kenntnis hat. Etwas mehr Anteiligkeit wird der Zukunftsstaat an die Erledigung seiner Verwaltungs-geschäfte doch daran wenden. Es sorgt schon die

Polizei im Gegentwärtstaate dafür, die Arbeiter in ihren Organisationen zu genauerer Kenntnis und Beobachtung gesetzlicher Vorschriften zu erziehen.

Eugen Richters Nachfolger. Die „Freisinnige Zeitung“ klagt uns darüber auf, weshalb der freisinnige Kandidat in Ruppin-Templin, Herr Postel, sein Stallburshen-Zeugnis als Flugblatt verbreitet. Sie schreibt:

„Im Wahlkreise Ruppin-Templin ist von den Konservativen versucht worden, den Kandidaten der Freisinnigen Volkspartei damit herabzusetzen, daß er als gemeiner Soldat, noch dazu, wenn er Offiziersburde gewesen, unzulässig von militärischen Dingen etwas verstehen könne. Der freisinnige Kandidat hat sich seiner Haut dadurch gewehrt, daß er den Offizier, in dessen Soldaten er gedient, um ein Zeugnis über seine Leistungen während seiner Dienstzeit ersuchte.“

Wir wissen nun, daß man beweisen muß, das Pferdstriegeln und Stiefelwichen zu verstehen, um als militärische Kapazität zu gelten. Herr Richter fürchtet wohl für sein Mandat und hofft, daß in diesem Falle Herr Postel im nächsten Reichstage die freisinnige Staatsrede halten kann. Zu hoffen ist aber, daß Herr Postel als Kenner der Sache den Zukunftsstaat nicht an der Stiefelwichfrage scheitern lassen wird, wie Herr Richter es thut.

## Grüne Jungen.

Der Reichsverband der nationalliberalen Jugend erläßt einen Wahlausruf, der so beginnt:

„Freudiger Stolz auf das gemeine Vaterland und seine Schöpfer ist das erste Gefühl, das die zum politischen Denken erwachende deutsche Jugend befeelt; bald aber zeigen sich auch die Unvollkommenheiten, die noch dem Werke anhaften. Die Großen gingen, und voll schmerzlichen Unwillens sehen wir heute, wie das herrliche Gebäude unterwühlt wird.“

Nach einigen Absätzen über die Parteien kommt dann der Schluss: „Das sind wahrlich Ziele, die es verdienen, daß ein deutscher Mann sein Alles für sie einsetzt! Vornehmlich jetzt thut es not zur Zeit der Wahl! So rufen wir denn aus Süd und Nord alle Altersgenossen zum Kampfe für diese hohen Güter auf! Junge Bürger Deutschlands, haltet die kleinliche Selbstsucht des Alltags dem politischen Leben fern, bringt die unerbüßbaren Ideale wieder zum Durchbruch! Es muß der Liberalismus wieder zur Herrschaft kommen!“

Wird also mit allen Kräften für die Wahl der Männer, die für unsre nationalen und liberalen Ideen zu streiten bereit sind! Auf in den Wahlkampf mit dem Rufe: „Für ein mächtiges, einiges Vaterland, für Freiheit und Fortschritt!“

Es handelt sich hier um die Minderjährigen, die in Sachsen aus jeder Versammlung ausgeschlossen werden durch eine Gesetzgebung, die unter Hilfe der Nationalliberalen zu stande gekommen ist, um die Minderjährigen, die als „grüne Jungen“ verhöhnt werden, wenn sie als Socialdemokraten auftreten. Wer nationalliberal denkt, gehört zur idealgeisteslerten deutschen Jugend, wer socialdemokratisch denkt, ist ein robausführender grüner Junge!

Es trifft sich, daß in demselben Augenblicke, wo die nationalliberale Jugend zu politischer Thätigkeit aufgerufen wird, der nationalliberale Reichstags-Kandidat in Hannover, Geheimrat Regierungsrat Hurzig, in einer Wählerversammlung erklärt (ausführlicher an anderer Stelle):

„Ich will dafür eintreten, daß das Wahlalter auf 30 Jahre erhöht wird.“

Nationalliberale zum Reichstags-Wahlrecht. Der nationalliberale Reichstags-Kandidat Geh. Reg. Rat Hurzig in Hannover, sagte am Montag in seiner Programmrede:

„Das allgemeine Stimmrecht wird als ein Heiligum betrachtet. Jeder, der irgend etwas daran mäfelt, wird stark angegriffen. Trotz dieser Gewähr erkläre ich für meine Person, nicht für die nationalliberale Partei, daß ich allerdings das allgemeine Stimmrecht aufrechterhalten wissen will, aber zwei Änderungen für notwendig erachte. Die Socialdemokraten verlangen das allgemeine Stimmrecht dahin abgeändert, daß vom vollendeten 21. Lebensjahre jeder stimmberechtigt ist, sie würden damit die große Zahl der politisch Unreifen und Unmündigen vermehren, die nur Wachs in ihren Händen sein würden.“

Ich will dagegen dafür eintreten, daß das Wahlalter auf 30 Jahre erhöht wird.“

Die zweite Einschränkung, für die Herr Hurzig eintreten will, ist, daß das Wahlrecht von einem längeren Wohnsitz am Orte abhängig gemacht werde, sicher eine ganz unbegründete Forderung bei den Reichstags-Wahlen. Ob man heute in Königsberg oder morgen in Straßburg ist, oder Königsberg nie verläßt, ist doch für das Verhältnis zum Deutschen Reiche außerordentlich gleichgültig. Das Verlangen wird erst begründlich, wenn man bedenkt, daß die Arbeiter im allgemeinen viel häufiger den Wohnsitz wechseln, wie die Leute „von Besitz und Bildung“. Es läuft also nur auf eine Einschränkung des Wahlrechts der Arbeiter hinaus. Bekanntlich ist auch ein Nationalliberaler im hessischen Landtage gegen das geheime Wahlrecht aufgetreten und hat erklärt, abhängigen Arbeitern gebühre überhaupt kein Wahlrecht.

Der allergrößte Unfug. In einer bürgerlichen Versammlung in Schwarzberg (Sachsen) sollen zwei Parteigenossen Pfui! gerufen haben. Sie erhielten Strafverfügungen, wonach jeder 5 Tage Haft verbüßen soll wegen Verübung groben Unfugs. Zur Illustrierung der Rechtsgleichheit wäre es uns erwünscht, wenn irgend ein Kommersenzrat in einer socialdemokratischen Versammlung dortiger Gegend Pfui! rief.

Sonderkandidaturen gegen den offiziellen Centrumskandidaten haben jetzt die zollfeindlichen katholischen Arbeiter, die sich in den sogenannten Centrumsvereinen organisiert hatten, in Rheinland aufgestellt. Bisher ist bekannt geworden die Kandidatur des Metallarbeiters-Hildebrandt aus Köln-Ehrenfeld in Düsseldorf, und diejenige des Buchdruckereibesetzers Rinjon aus Düsseldorf, des Verlegers des gegen das Zoll-Centrum ins Leben gerufenen „Christl. Hausnach“, in Köln-Land. — Die „ländlichen Centrumsvereine“ haben, soweit bekannt geworden ist, bisher ihre agrarischen Sonderkandidaturen in den rheinischen Wahlkreisen Wülheim-Bippertich-Gummersbach, Siegburg-Baldbröl, Cleve-Geldern, Düren-Jülich und Vorn-Neindach aufgestellt.

Zu unsrer gestrigen Notiz: Die Konservativen im ersten Berliner Wahlkreis wird uns zuverlässig mitgeteilt, daß Herr Generalmajor a. D. Bartels nicht der Schwiegerohn des Herrn Rudolph Herzog ist — der einzige Schwiegerohn des Herrn Rudolph Herzog ist der Geheimre Sanitätsrat Dr. Bartels. So wenig Wert wir auf die Verwandtschaft der Kandidaten legen — für uns kommt nur die politische Ueberzeugung, der Charakter und die Fähigkeit in Betracht — geben wir dieser Feststellung gern Raum.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 10. Juni.

### Danziger Methode.

Der Wahlkreis Rikerts, den Herr Bankdirektor Rommson von der Freisinnigen Vereinigung noch in der letzten Radwahl behaupten konnte, ist von der Socialdemokratie hart bedrängt.

Die Situation hat sich nun in diesem Wahlkreise von vornherein ein wenig anders gestaltet als in den meisten übrigen. Die Erinnerung an den Zollkampf zittert in den Wahlkämpfen am lebendigsten nach und kein Socialdemokrat leugnet, daß sich die Freisinnige Vereinigung von den drei liberalen Fraktionen des Bürgerthums am eifrigsten und anständigsten betrogen hat.

Nun aber scheint sie — wenigstens in Danzig — alles darthun zu wollen, um diese Erinnerung wieder zu vertuschen. Sie ist sehr

trüßet darüber, daß die Danziger Genossen erklären, die Volksfreiheit seien in Schutze der Socialdemokratie besser aufgehoben, als in dem des freisinnigen Bürgerthums. Eine „grenzenlose Verleumdung“ soll es sein, wenn man die freisinnige Vereinigung als eine Partei der Großkaufleute bezeichne, die großkapitalistische Interessen vertritt. Aber besser als ein socialdemokratisches Flugblatt führt das freisinnige Flugblatt den Beweis für diese „grenzenlose Verleumdung“, durch die Art, in der sie die socialistische Politik bekämpft.

Das Verlangen nach der Beseitigung der Getreidezölle „auf einen Ruck“ soll eines „Tollhauseklers würdig“ sein und würde „eine Katastrophe heraufbeschwören“. Darum immer hübsch langsam voran!

Das Wesen und Endziel der Socialdemokratie besteht „nur in absoluter Entmündigung des Individuums, in grenzenloser Vergewaltigung der einzelnen Klassen, in zuchthausartiger Organisation der Gemeinwesen!“ — Wenn das ein oberflächlicher Hehlplan oder der Herausgeber der „Freisinnigen Zeitung“ sagt, so ist das ganz ihrem geistigen Zustande angemessen und wirkt immer noch sittdoll. Daß aber die letzte bürgerliche Partei, die bisher einen gewissen Anpruch auf politische Bildung erheben durfte, wieder besseres Wissen mit solchen Argumenten künste — was beweist es anders, als daß sich im Kampfe für den Kapitalismus schließlich alles zusammenfinden muß, was nicht auf dem Boden des proletarischen Klassenkampfes steht?

Aber es kommt noch besser! Das „liberale Wahlkomitee“ läßt sich und demagogelt wie nur einer. Weibel soll die Kaufleute Parasiten genannt und dem gesamten Kleinbetrieb und dem kleinen Zwischenhandel die sofortige Massakrierung angekündigt haben.

Aus der einfachen Thatsache, die jedem nationalökonomisch Gebildeten bekannt ist, daß der Zwischenhandel bei der heutigen Organisation der Wirtschaft die Arbeitskräfte über das notwendige Maß hinaus zersplittert — einer Thatsache, aus der sich das ganze Elend der kleinen Leute im Handel erklärt — und auf diese Weise eine parasitäre Funktion ausübt, wird von den patentierten Vertretern der Bildung eine persönliche Beschimpfung der Kaufleute gemacht! Aber die böse Socialdemokratie beschimpft nicht bloß den kleinen Mann, sie will den Kleinbetrieb sogar „massakrieren“. Mit solchen handgreiflichen Lügen der antisemitischen Mittelstandsrettung arbeitet das liberale Danziger Wahlkomitee, das sich gleichzeitig getraut, dem socialdemokratischen einen geringen Bildungsgrad vorzuwerfen.

Die Socialdemokratie, erklärt Herr Kommissen, ganz wie Kardorff oder Kröcher, wollten den Arbeiter nur politisch beherrschen, aber keinen Deut für ihn thun. Wie hoch erhebt sich über dieses Bildungsniveau selbst der Scharfmachergraf Posadowsky, der die Socialdemokratie als die eigentliche Arbeiterpartei anerkannt hat. Die Arbeiter wollen die Arbeiter beherrschen, aber für sich selber nichts thun — meint die wadenrümpflerische Intelligenz. Erst Herr Kommissen muß ihnen auf die Strümpfe helfen.

Die freisinnige Vereinigung giebt vor, das Junkertum energisch zu bekämpfen, gleichzeitig ist sie die sicherste Stütze jenes Systems, aus welchem dieses Junkertum einzig seine Kraft nimmt — der Militarismus und Marinismus. Zur Verteidigung ihres Standpunktes beruft sie sich darauf, daß sie durch ihre Flottenverwilligungen den Danziger Arbeitern Beschäftigung verschafft hätten, während die Ablehnung verschiedener Schiffsbauten — mit durch die Socialdemokratie zur Entlassung von so und so viel Arbeitern geführt habe. Mit solchen demagogischen Vorpiegelungen will man eine Massenbewegung der Arbeiterklasse loden, die doch weiß, daß die Socialdemokratie bereit ist, in reichstem Maße Mittel zu allen Kulturzwecken zu bewilligen und damit allen Arbeitern reiche Arbeitsgelegenheit zu schaffen, ohne daß dabei, wie bei den Flottenverwilligungen, das Großkapital riesenprofite einheimst.

Aber im Kampfe gegen die Socialdemokratie ist jedes Mittel recht! Danzig revoltiert gegen die Kieler Methode. Links ist der Hauptfeind, wird patetisch in die Welt gerufen, und von Kommissen bis Kröcher konstituiert sich die Solidarität des Besizes. Konservative und Centrumleute werden aufgefordert, eine „Zersplitterung der antiformalistischen Wählerchaft“ zu vermeiden. . . .

Das ist Danziger Methode! —

#### Fränkel-Verbreitung auf Staatskosten.

Wir haben neulich festgestellt, daß staatliche Behörden in Anhalt die Schmiererei Fränkel-Würgers über die Socialdemokratie aus öffentlichen Mitteln verbreiten. Der anhaltinische Vergrat scheint aber nicht der einzige Sünder zu sein.

Auf einem Berliner Bahnhofs wurde am Mittwochnachmittag durch einen Bureaudiener die Fränkerei an alle Eisenbahnbediensteten amtlich verteilt. Jedes Exemplar trug bereits den Namen des Empfänger und alle mußten über den Empfang quittieren!

Frage: Weshalb Herr Wudde diese „Aufklärung“ aus seiner eignen Tasche oder hat die Firma Löwe ihrem früheren „jungen Mann“ aus alter Anhänglichkeit ein paar Centner der Makulatur geschenkt? Oder hat gar etwa der Centralverband wieder 12 000 M. zur Verbreitung gestiftet wie einst in der Sünden Maienblüte des Grafen Pofadowsky?

Selbst wenn aber die Geldmittel auf privatem Wege beschafft sein sollten — und nicht aus den Taschen der Steuerzahler wie in Anhalt — kann es verantwortlich werden, daß eine staatliche Behörde in dieser Weise ihre Arbeiter bearbeitet? Allerdings ist gerade diese „Aufklärungsschrift“ nur geeignet, die Bahn-Proletarier zur Lektüre socialdemokratischer Schriften anzureizen!

Auch Landräte haben die Schrift in großer Zahl bezogen. So erfahren wir aus einem vom „Hamburger Echo“ mitgetheilten Vettelbrief des Geschäftsführers Fränkels, des Herrn König:

„Auf Veranlassung des Herrn Amtsvorstehers Genesim in Grünhof beehre ich mich, Ihnen beifolgend die Druckfachen, betreffend die Massenverbreitung der Würgerschen Schrift gegen die Socialdemokratie zu übersenden. Ich darf hierbei darauf aufmerksam machen, daß in vielen Wahlkreisen die erforderlichen Mittel aufgebracht worden sind, um sämtlichen Wahlberechtigten je ein Exemplar zuzustellen, so daß die Auflage bereits die Höhe von 2 Millionen Exemplaren überschritten hat und die Verbreitung einer weiteren Million schon jetzt als gesichert bezeichnet werden darf. Für den Wahlkreis Leuenburg, der zur Zeit 14 000 Wahlberechtigten zählt, sind bereits 3000 Exemplare seitens des Herrn Landrats von Bülow bezogen worden. Es würde aber offenbar von großem Werte sein, wenn auch die hiernach noch nicht versorgten 11 000 Wahlberechtigten die Broschüre erhielten. Nur durch eine lückenlose Verteilung kann ein durchgreifender Erfolg herbeigeführt werden. Auch in Orten, die bisher wenig oder keine Stimmen für die Socialdemokratie aufgebracht haben, könnte es diesmal vielleicht anders kommen, und auch solche Wähler, die von socialdemokratischen Ansichten weit entfernt sind, müssen mit dem nötigen Material ausgerüstet werden, um im täglichen Verkehr, am Wirtshausisch usw. der niemals rastenden socialistischen Propaganda entgegenzutreten zu können.“

Auch hier ist die Frage aufzuwerfen: Hat der Landrat von Bülow die Wische aus eignen Mitteln erworben oder wer hat ihm die Mittel zur Verfügung gestellt? Amtliche Verbreitung liegt in jedem Fall auch hier vor!

Der Direktor der Haase-Druckerei in Breslau, Herr Bauer, legt Wert darauf festzustellen, daß von der genannten Broschüre weder

ein Exemplar in die Druckerei gelangt noch unter die Arbeiter derselben verteilt worden ist.“

Danach hätte also Herr Haase die 100 M. auf den Vettelbrief gezeichnet, ohne eine Gegenleistung in Broschüren zu beanspruchen!

### Deutsches Reich.

**Christliche Nächstenliebe.** In Borst, einem Landorte des Kreises Stempen, wurde der Bürgermeistersekretär Terhardt zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Er hatte, obwohl verheiratet und Vater von 2 Kindern, die christliche Nächstenliebe zu ausschließlich am andren Geschlechte betätigt und als Stätte seiner Liebeshätigkeit die Amtsstube bevorzugt. Er war dabei einmal an die falsche Adresse geraten und das hatte seine Verurteilung zur Folge. Im aber nicht einseitig zu werden, übte er daneben auch alle andren christlichen Tugenden, betete in der Kirche fleißig um eine geeignete Reichstagswahl und haßt die Socialisten wütend, weil er meint, sie predigen die freie Liebe und zerstörten die Ehe. Und seine Frömmigkeit ist ihm so segensreich, daß er nach wie vor sein Amt als Sekretär des Bürgermeisters ausüben darf.

Einen solchen Fall frommer christlicher Duldbung konnten wir erst vor einigen Wochen aus Urberach in Hessen mitteilen, wo ein wegen gefährlicher Körperverletzung mittels hinterlistigen Uebersalles verurteilter Mensch während eines Strafurlaubs als Ortspolizist amtierte.

Das nennt man doch praktisches Christentum. —

**Eine geschichtsmaterialistische Betrachtung** über die Art der Entstehung von „Arbeiterwohlfahrts-Einrichtungen“ giebt, unabsichtlich natürlich, aber darum nur um so unmittelbarer wirkend, die „Socialpolitische Rundschau“ in einer Zuschrift aus Budapest:

„Die in den letzten zwei Jahren gefällten Urteile des obersten Gerichtshofes in Ungarn, die die Gewerbe-Unternehmer zur Zahlung bedeutender Schadenersatzsummen zu Gunsten ihrer durch Unfall verletzten Angestellten verpflichten, erzeugen eine fortwährend steigende Unruhe in den Kreisen der Großindustriellen. Ihre Interessenvertretungen drängen daher schon seit einer geraumen Zeit auf Vorlage eines Gesetzentwurfes betreffend die Arbeiter-Unfallversicherung. So hielt auch der ungarische Landes-Gewerbeverein am Ende des vorigen Monats eine Beratung ab, in welcher die Vorlage eines Gesetzentwurfes betreffend die Haftpflicht für gewerbliche Unfälle verlangt wurde. Es wird nämlich, nicht mit Unrecht, angenommen, daß, trotzdem ein Gesetzentwurf über die Arbeiter-Unfallversicherung schon ausgearbeitet vorliegt, das Zustandekommen eines solchen Gesetzes besonders angesichts der jetzigen parlamentarischen Verhältnisse für die allernächste Zeit doch nicht gesichert ist, daher noch lange Zeit wichtige Interessen durch den Mangel entsprechender gesetzlicher Vorschriften gefährdet erscheinen. Für die Zwischenzeit wäre es nun angebracht, für die Aufstellung gewisser gesetzlicher Normen bezüglich der Haftpflicht der Arbeitgeber zu sorgen, um der jetzigen Rechtsunsicherheit ein Ende zu bereiten. Man hofft, daß selbst mit einer solchen provisorischen Regelung sowohl den Arbeitern als auch den Arbeitgebern gedient sein werde, da die ersteren dadurch doch bis zu einem gewissen Grade für die erlittenen Unfälle entschädigt werden, die letzteren aber auch den Umfang ihrer Verpflichtungen kennen und daher keinen unangenehmen Ueberraschungen ausgesetzt sein werden. An der Beratung dieses Entwurfes nahmen die Vertreter der bedeutenderen industriellen Verbände und Korporationen teil, die beinahe einstimmig der erwähnten Resolution beipflichteten.“

So sind auch in Deutschland die Versicherungsgesetze durch das Interesse der Unternehmer beeinflusst worden. —

#### Ein Gendarm als „geistiger“ Bekämpfer der Socialdemokratie vor dem Ober-Kriegsgericht.

Wegen Verleumdung des socialdemokratischen Abgeordneten Reichhaus hatte sich der Fußgendarm Wolff II. aus Planenberg vor dem Ober-Kriegsgericht in Berlin als Perkusungsinstanz zu verantworten. Am 21. September v. J. verbreiteten die Genossen Rauch und Ebert aus Hof in Bayern in dem Orte Sparnberg, der unweit der bayerischen Grenze gelegen noch zum Erfurter Wahlkreise gehört, den „Thüringer Landboten“, einen socialdemokratischen Agitations-Kalender. Als sie den Ort belegten hatten und nach einem benachbarten Gute gehen wollten, wurden sie von dem Gendarm Wolff II. gestellt. Er ließ sich von den Genossen ein Exemplar des Kalenders anhängen, in der Absicht, diesen auf seinen etwaigen „strafbaren Inhalt“ zu prüfen. Gleichzeitig notierte er sich die Namen der Genossen. Da letztere keine Legitimation bei sich hatten, fragte er sie bei der Namensfeststellung, ob ihre Angaben auch der Wahrheit entsprächen. Dies wurde von beiden bejaht mit dem Zusage, daß Socialdemokraten stets die Wahrheit sagten. Hierauf meinte der Gendarm höhnisch und wegwerfend: „Socialdemokratie und Wahrheit! Die Socialdemokratie ist eine einzige große Lüge!“ Es folgte dann ein Raufrennen über die Genossin Rosa Lugensburg, die er als „größte Lügnerin“ bezeichnete. Inzwischen blätterte er in dem Kalender und wurde gewahr, daß als dessen Verleger der Genosse Reichhaus angegeben war. Jetzt schien so etwas wie ein heiliger patriotischer Bekehrungsgeist über den Gendarm zu kommen, und das um so mehr, als verschiedene Stellen des Kalendersinhalt seine Bedenken wachgerufen hatten. Er hielt den Genossen nun eine regelrechte Standpaule, die er mit den Worten einleitete: „Reichhaus, na das ist gerade der richtige, der kann mir den Buckel hinuntererutschen auf Gummischuhen.“

Soweit bestätigte der Gendarm in der Verhandlung die Angaben der als Zeugen anwesenden Genossen Rauch und Ebert. Alles weitere aber bestritt er. Die Zeugen bekundeten nämlich übereinstimmend unter Verfluchung auf ihren früheren Eid noch folgende Äußerungen des Gendarmen: „Reichhaus, den kenne ich; wie der nach Erfurt kam, hatte er keinen Rock und keinen Knopf, jetzt hat er drei Häuser; die hat er sich nicht mit der Kadel verdient. Reichhaus ist ein Ausbeuter, ein Raubhieb, ein Feigling, der von einem seiner Gegner moralisch geohrfeigt wurde und dann ausgerissen ist. (Letzteres bezog sich auf ein Rencontre des Genossen Reichhaus mit dem Reformpartei-ler Schad aus Hamburg in einer Versammlung.) Während dieser Ergüsse des Gendarmen machten ihn die Genossen auf das Verleumdende seiner Äußerungen aufmerksam und sagten ihm, sie würden dem Abgeordneten Reichhaus Mitteilung davon machen. Die Unterhaltung mit dem Gendarm dauerte etwa 1 1/2 Stunden.

Genosse Reichhaus stellte sodann Strafantrag, und die Folge war, daß der Gendarm vom Kriegsgericht in Chemnitz wegen dienstlicher Verleumdung einer Civilperson zu 9 Tagen gelindem Arrest verurteilt wurde. Wegen dieses Urteils hatte sowohl der Gerichtsherr wie auch der Gendarm Verfluchung eingelegt. Ersterer, weil er keine dienstliche sondern außerdienstliche Verleumdung für vorliegend hielt, die nicht nach § 121 des Militär-Strafgesetzbuchs, sondern nach §§ 185 und 186 des Reichs-Strafgesetzbuchs zu bestrafen sei; letzterer, weil ihm die Strafe zu hoch bemessen erschien, umso mehr, als ihm die Absicht der Verleumdung durchaus ferngelegen habe.

Das Ober-Kriegsgericht gab beiden Verurteilungen statt und sprach den Gendarm Wolff II. unter Aufhebung des Chemnitzer Urteils mit folgender Begründung frei: Es sei zwar kein Zweifel an der Glaubwürdigkeit der beiden Zeugen gehegt worden, vielmehr sei anzunehmen, daß beide, obwohl sie eifrige Anhänger der socialdemokratischen Partei wären und einer sogar konfessionslos ist, nach bestem Wissen und Gewissen ihre Aussagen gemacht hätten. Trotzdem habe das Gericht die von den Zeugen bekundeten, vom Angeklagten aber entschieden bestrittenen Äußerungen, die an sich allerdings beleidigend seien, als nicht erwiesen angesehen können. Es

dürfe nicht außer acht gelassen werden, daß in der Zeit des Wahlkampfes (die Kalenderverbreitung fand am 21. September vorigen Jahres statt) eine gewisse feindselige Stimmung der Zeugen dem Gendarm gegenüber als dem Vertreter der staatlichen Autorität, die von der Socialdemokratie nicht anerkannt werde, geherrscht habe. Und da sei es leicht möglich, daß die Zeugen die Äußerungen des Gendarmen ganz anders aufgefaßt haben, als sie in Wirklichkeit lauteten. Wahrscheinlich hätten die Zeugen irgend welchen unbestimmten Äußerungen des Gendarmen den von ihnen bekundeten Sinn und Wortlaut so lange untergelegt, bis sie schließlich selbst an die von ihnen konstruierten Wortgebilde geglaubt haben. Wie die Erfahrung lehre, seien derartige Vorurtheile nicht gerade selten. Wenn somit die vom Gendarm bestrittenen Äußerungen in der weiteren Beurteilung ausscheiden mußten, so sei noch zu prüfen gewesen, ob die von ihm nicht in Abrede gestellten Bemerkungen eine Verleumdung des Reichhaus enthielten. Auch dies sei zu verneinen. Denn die Bemerkung: „Die Socialdemokratie ist eine einzige große Lüge“, habe sich zweifellos nicht auf Personen, sondern auf die socialdemokratische Theorie bezogen. Aber auch in den Worten: „Reichhaus kann mir den Buckel hinuntererutschen auf Gummischuhen“, könne eine Verleumdung nicht erblickt werden, obwohl sie ungebührlich seien. Es stehe fest, daß die Socialdemokraten ihren Segnern auch nicht immer nur Liebeshätigkeit zeigen, auch würden in socialdemokratischen Kreisen derartige Redewendungen durchweg nicht als Verleumdungen empfunden. Uebrigens liege in jenen Worten auch ein Beweis dafür, daß der Gendarm sich seiner strafbaren Äußerungen gegen Reichhaus bewußt gewesen sei, sonst hätte er eben nicht leichthin gesagt, jener könne ihm den Buckel hinuntererutschen. Wenn jede derartige Redensart eines Gendarmen mit der Lupe auf ihre Strafbarkeit hin untersucht werden sollte, so hieße das den so anstrengenden Dienst der Gendarmen in zweckwidriger Weise erschweren. In der Urteilsbegründung wurde des ferneren noch Bezug genommen auf die tabellöse Führung des Angeklagten so lange er Gendarm ist. (Bei der Truppe ist er allerdings, wie aus der Verlesung seiner Personalien hervorging, mit 10 Tagen Mittelarrest wegen Mißhandlung eines Untergebenen bestraft worden.) Weiter wurde der „gehäßige Ton“ getadelt, in dem die „Erfurter Tribune“ seiner Zeit die Angelegenheit behandelt hatte, und endlich sah das Gericht in einer Bemerkung des Zeugen Ebert dem Gendarm gegenüber eine „andere Strafbare grenzende“ Haltung. Der Gendarm hatte nämlich zu Ebert, der Legerist eines Konsumvereins ist, gemeint, die Socialdemokratie behandle und bezahle die Angestellten nur sehr schlecht, heute dieselben also auch aus. Darauf hatte ihm Ebert erwidert, dann gehörten beide ja eigentlich als Ausgebeutete zusammen, denn der Staat bezahle die unteren Beamten auch nicht besonders glänzend, es könne gar nichts schaden, wenn er als Beamter sich der Socialdemokratie anschließen würde.

Aus all diesen Gesichtspunkten heraus erkannte das Gericht auf gänzliche Freisprechung.

Wir möchten uns doch nicht gestatten, so „populäre“ Wendungen, wie sie der Gendarm gebrauchte, auf das Urteil des sinnreichen Ober-Kriegsgerichts anzuwenden. Nicht einmal von dem Gendarmen möchten wir ähnliche Wendungen gebrauchen — wir sind nicht sicher, so — wichtige und gleichmäßige Richter zu finden.

**Liberaler zum Hirtenbrief.** Als der Bischof Korum den Besucherinnen der städtischen Mädchenschule in Trier mit der Verweigerung der Absolution drohte, rümpfte es gewaltig in allen liberalen Köpfen. Die Regierung wurde beflümmert, solche Unthat zu sühnen.

Jetzt hat der Fürstbischof Kopp etwas tausendfach Schlimmeres gethan. Er hat durch seinen Hirtenbrief einen Akt ärgster Wahlbeeinflussung unter religiösem Deckmantel verübt. Schämt nun der Liberalismus wieder wild auf? Man höre die „Königliche Zeitung“, das Hauptorgan nationalliberaler Freiheit:

„Man tritt auf einmal der höchste katholische Kirchenfürst in Galizien auf die Seite derer, die sich den Wahllosigkeiten der Polen nicht unterwerfen wollen, ja er stellt sich durch seinen Hirtenbrief in die erste Linie derjenigen, die die polnische Annäherung bekämpfen. Die Herren vom Centrum werden dadurch in eine recht unangenehme Lage gebracht, denn es ist doch wohl nicht angängig, den Fürstbischof von Breslau kurzweg als einen heillosen Galatien- und Religionsfeind zu brandmarken, andererseits muß es aber schwere Ueberwindung kosten, die Legende von den guten, harmlosen Polen fallen zu lassen. Wie sich die Herren aber auch damit abfinden mögen, die selbst eingebrachte Suppe auszuweifen: wir entnehmen aus dem Borgehen des Fürstbischofs mit großer Gewißheit, daß die katholische Geistlichkeit in Oberschlesien sich nicht unbedingt auf den polnischen Standpunkt stellt, und daß sie darin einig ist mit den vielen deutschen Katholiken in Oberschlesien, die sich weigern, sich durch die Centrumstheoretiker vor den Polentwogen spannen zu lassen.“

So endigt der deutsche Liberalismus. Er verkriecht sich sogar hinter die katholische Kirche und winselt um ihre Schreckmittel, um politische Gegner einzuschüchtern!

Es ist immer noch anerkennenswert, daß sich die Berliner „National-Zeitung“ nicht so weit erniedrigt vor der liberalen Schwester am Rhein. Sie nennt den Hirtenbrief zutreffend „eine ganz unerhörte Wahlbeeinflussung“.

„Die, wenn in der Wahlprüfungs-Kommission alles mit rechten Dingen zugehe, zur Kästung aller oberflächlichen Centrumsmomente ausreichendes Material böte. In dieser Beziehung kann der zu diesem Zeitpunkt erlassene Hirtenbrief für uns selbstverständlich auch dadurch nicht annehmbarer oder entscheidender werden, daß wir zufällig seine allgemeine Tendenz, die Niederhaltung der großpolnischen Bewegung in Oberschlesien, billigen.“

Was also die Einwirkung auf die Wahlen anbelangt, so hat Kardinal Kopp mit dem Hirtenbrief nicht etwa seine Schuldbiligkeit gethan, sondern in einer allerdings dem gesamten katholischen Klerus nur zu geläufigen Weise die Grenzen seiner Stellung weit überschritten, indem er mitten in den Wahlkampf hinein einen Dammbruch gegen gewisse Parteibestrebungen schänderte.“

Die katholische Presse weiß zu der Koppdiade nichts Rechtes zu sagen. Sie schweigt verlegen. Sie wünscht dieser religiösen Wahlbeeinflussung natürlich besten Erfolg, wagt sich aber zu der Methode nicht offen zu bekennen. —

**Wenn man liberal zu sein mag!** Professor Staudinger, Gymnasialprofessor in Darmstadt, ein ehrlich liberaler Mann, ist jüngst in den Ausschuß der Konsumgenossenschaften gewählt worden, die Eugen Richter als „socialdemokratisch“ zu demünzieren pflegt. Kaum kam diese Nachricht nach Hessen, als die „Wormser Zeitung“ in einer Darmstädter Korrespondenz beteuerte, die Eltern betrachteten schon mit Sorge seinen Einfluß auf ihre Kinder. Gleichzeitig kam folgende Mahnung des Darmstädter „Täglichen Anzeiger“ an die Regierung: „Die Regierungen mögen aber etwas schärfer denjenigen ihrer Beamten auf die Finger sehen, die bei den Wahlen mit den Socialdemokraten verkehren und partieren, denn solche Beamte können das nicht mit ihrem Dienstverhältnis vereinbaren, mit dem sie die Treue dem Landesherren und der Verfassung geschworen haben, deren Beseitigung und Umsturz das höchste Ziel der Socialdemokratie ist. Ausgestoßen müssen solche Beamte von ihren Kollegen werden und von der Gesellschaft, in der sie sich bewegen, in die sie aber nicht gehören.“

Staudinger aber legte sich zur Wehr. In einer Darmstädter Versammlung des freisinnigen Wahlvereins erklärte er (und die Ausführungen wiederholte er in der Versammlung, in der Wolmar sprach):

Die Interessen der selbstarbeitenden und sonst reichlich denkenden Bürger, Bauern, Beamten seien ja von denen der Arbeiter in manchem verschieden; heute aber müsse die Verteidigung des gemeinsamen Rechtsbodens, der durch das Attentat auf die Geschäftsordnung seitens der Agrarier und durch solche dem ultramontanen Gewissensthum in nicht nachstehende Kengstung des Gewissens der Beamten sehr erschüttert, ja bereits umgestürzt sind, gegen weitere Angriffe (Verkümmern des Wahlrechts) im Vordergrund stehen. Wenn also auch in der Vorwahl Sozialisten und ehrliche Liberale getrennt marschierten, in der Stichwahl müsse die einzige Parole sein: Wider die agrarisch-konservativ-ultramontane nationalistische Reaktion.

**Krämer und Fojadovsky.** Der starke Mann und Liebhaber Eugen Krämer, Herr v. Krämer, hat in einer Rede zu Salzweid die Regierung in seiner gemäßigten-brutalen Weise gegen die Socialdemokratie scharf zu machen gesucht.

Er verhöhnte die „Kaufjellen-Methode.“ Fojadovskys Aeußerungen über den Mittelstand „Könne wohl ein Rebel oder ein Singer machen, nicht aber ein Staatssekretär.“

Das ist richtig; Wenn ein Minister etwas Vernünftiges sagen will, so muß er eben socialdemokratisch reden.

Witter beschwerte sich Herr v. Krämer über die nationalliberale Gegenkandidatur: Er sei entschieden dafür, daß, wo bereits ein fester Kandidat aufgestellt sei, der Bund der Nationalliberalen und umgekehrt die Nationalliberalen den Bund unterstützen, denn es gehe gegen die Socialisten, und die Nationalliberalen hätten diese auch zu strafen, da man doch die größten Geldspröden gerade in den nationalliberalen Reihen finde. „Ich komme ja glatt durch, umbedingt, ich lege jetzt besonders Wert darauf durchzukommen, und bin dickschnauzig genug zu behaupten, daß ich mit großer Majorität gewählt werde. Wenn ich das nicht ganz bestimmt wüßte, dann hätte ich an die nationalliberale Parteileitung in Berlin geschrieben, an Sattler, Wassermann oder Paasche, und sie gebeten, die Kandidatur zurückzuziehen, da es doch Unfug sei, die Stimmen zu zerplittern; so aber bin ich schon 1898 mit Dreiviertel-Mehrheit gegen einen Freiwirtschaftskandidaten gewählt worden.“

Zu den Sorgen des starken Mannes gehört auch das — **Automobil!** „Was ist das für 'ne Sache, wenn de Beester anjerkent kommen und assens dod fahren.“

So redet der Junker, wenn er vollstänlich zu sein begehrt wie — Runne! Poddelski und Böttchenberg-Schirp wirken ansieckend! —

Die „Germania“ hat bis zur Stunde weder ihre Verleumdungen des „Vorwärts“-Betriebes zurückgenommen noch unsre gegen ihren Betrieb gerichteten Anklagen auch nur erwähnt.

Zur Kennzeichnung christlicher Moral stellen wir das fest! —

**Agrarische Fällung.** Die „Deutsche Tageszeitung“ folgt den Spuren Eugen Richters und behauptet:

Eine Leuchte der socialdemokratischen Wissenschaft, Herr Karl Kautsky, muß in einem jüngst veröffentlichten Aufsatze selbst zugestehen, daß die deutsche Landwirtschaft sehr wohl in der Lage wäre, Lebensmittel in Fülle für die ganze heutige Volkszahl und noch mehr zu erzeugen, wenn sie liberal mit den vollkommensten Behelfen und Methoden betrieben würde. Dieses Eingeständnis, welches vollkommen mit unsrer Auffassung und den wissenschaftlichen Nachweisen übereinstimmt, ist früher nicht gemacht worden.

Weder hat Kautsky das behauptet, noch hat jemals die Socialdemokratie bestritten, was Kautsky wirklich dargelegt hat: daß es keine natürlichen, sondern nur ökonomische Hemmnisse sind, welche es bewirken, daß Deutschland nicht genug Getreide erzeugt. Diese wirtschaftlichen Hemmnisse bestehen aber so lange, als die kapitalistische Ordnung überhaupt besteht, und so lange sind wir auch auf die Einfuhr fremden Getreides angewiesen. Will also die „Deutsche Tageszeitung“ den Zustand herbeiführen, daß der Boden so produktiv werde, daß er den Nahrungsbedürfnissen der Bevölkerung genügt, so werde sie für den Socialismus! —

## Ausland.

### Die Zolldebatte im englischen Unterhause.

Zu der großen Debatte über die Chamberlainschen Zollvereinigungspläne, die in voriger Woche von der englischen Presse in Aussicht gestellt wurde, ist es gestern, am Dienstag, nicht gekommen, da der „Specher“ (der Leiter der parlamentarischen Verhandlungen), der neulich nichts dagegen einzuwenden hatte, daß beim Finanzgesetzentwurf zugleich die Frage einer allgemeinen Zollvereinigung Englands mit seinen Kolonien erörtert wurde, sich inzwischen eines andern Besseren hatte und auf die Anfrage des früheren Schatzkanzlers Hids-Beach entschied, daß die Besprechung auf die Vorzüge zu beschränken sei. Eine Meinungsänderung, auf welche die Stimmung des Kabinetts nicht ganz ohne Einfluß gewesen sein dürfte, denn diesem liegt zur Zeit vor allem daran, wie gestern auch die Fernhaltung Walfours und Chamberlains von den Verhandlungen bestätigte, die zwischen seinen Mitgliedern über die Zollvereinigungspläne bestehende Differenzen nicht noch mehr zu erweitern und eine Parlamentsauflösung in nächster Zeit zu vermeiden. Vielleicht rechnen Walfour und Chamberlain darauf, daß inzwischen andre Fragen die Aufmerksamkeit der Freihändler von den Zollplänen ablenken, oder die für die Chamberlainschen Pläne eingenommenen englischen Industriellen und kolonialen Kreise Zeit gewinnen, eine Gegenbewegung zu inscenieren.

Trotz dieser Beschränkung der Diskussion hat dennoch die gestrige Verhandlung deutlich die im Kabinett vorhandene Spaltung dargelegt, da Hids-Beach es, wenn er auch mehrfach vom Sprecher unterbrochen wurde, dennoch verstand, den Schatzkanzler Ritchie, aus seiner Reserve hervorzuloden.

Es ist heute kein Zweifel mehr, daß die von einigen englischen Blättern gemeldete tiefgehende Meinungsverschiedenheit zwischen den Mitgliedern des Walfourschen Kabinetts tatsächlich besteht und daß in diesem Zwist die Mehrheit der Minister nicht auf der Seite Chamberlains, sondern der Freihändler steht, denn im andern Fall würde Ritchie kaum so ostentativ seinen freihändlerischen Standpunkt betreten und die Schutzollpolitik unter dem Beifall der Opposition für eine Politik erklärt haben, die Großbritanien und seine Kolonien notwendig schädigen müsse; vor allem aber würde er nicht herausfordernd verkündet haben, daß die Kabinettsmitglieder, die bisher in der Frage der Vorzugszölle sich geäußert hätten, also der Premier und Chamberlain, nur für sich selber und nicht im Namen der Regierung gesprochen hätten. Derartige Zurückweisungen der Aeußerungen eines Ministers durch einen andern in öffentlicher Sitzung gehörten sonst keineswegs zu den Gepflogenheiten des englischen parlamentarischen Regimes.

Was soll nun werden? Die konservative Partei, die bisher eine in sich geschlossene, in den wichtigsten Prinzipienfragen übereinstimmende Parlamentsmehrheit bildete, beginnt sich bereits in gegenläufige Gruppen zu spalten. Die Minorität billigt Chamberlains Pläne; die große Mehrheit verdirft sie und hält sogar eine bloße Unteruchung über ihre Ausführbarkeit schon für bedenklich. Und eine noch schärfere Frontstellung nimmt gegen Chamberlains Projekt die bislang mit den Konservativen zusammengehende unionistische Partei ein.

Nach den bisher geltenden Grundfäden müßte entweder Chamberlain zurücktreten oder die Zollfrage vor das englische Volk gebracht, d. h. das Parlament aufgelöst und Neuwahlen angefragt werden. Zum ersten kann sich nicht Chamberlain entschließen, der keineswegs der Mann ist, so leicht eine einflussreiche und mächtige Position aufzugeben, zum zweiten nicht die Regierung. Ritchie kündigte zwar an, daß das Kabinett mit der Zollfrage zur Beschluß-

fassung vor die Wähler treten werde. Als aber aus der Mitte des Hauses die Frage gestellt wurde: „Wann?“ — entgegnete er: „Auf alle Fälle nicht jetzt!“

Dennoch ist nicht ausgeschlossen, daß die Regierung zu einer Parlamentsauflösung greift. Die Situation ist für sie eine derartig unerquickliche geworden, daß ihr schließlich doch der Appell an die Wähler vielleicht als das Nächstliegende erscheint. —

In einem Telegramm des Wolffschen Bureaus über die Auslassungen der Londoner Presse heißt es:

Die Blätter bemerken, wenn auch die gestrige Debatte im Unterhause dazu gedient habe, die Luft zu klären, so seien doch die Meinungsverschiedenheiten im Schoße des Kabinetts, die gestern entfällt seien, so bemerkenswert, daß die Krisis in der Politik sich eher verschlimmert als gemildert habe. Ein sofortiger Appell an das Land werde nicht für wahrscheinlich angesehen. Viele begeisterte Anhänger des Freihandels in der konservativen Partei seien der Ansicht, daß dem Kolonialminister nichts andres übrig bleibe, als seine Entlassung zu geben. Die Bedeutung der Befolgung Chamberlains sei, wie sich bei der gestrigen Besprechung ergeben habe, unerwartet gering. Die Vertreter des Vantwefens im Unterhause seien fast einstimmig gegen ihn, und bisher sei auch nicht ein einziger Politiker ersten Ranges zu seiner Unterstützung aufgetreten. Erfahrene Parlamentarier erklärten in den Wandelgängen, daß eine solche politische Situation nicht bestanden habe seit der denkwürdigen Spaltung der Liberalen bei der Homeoffice-Vill.

Bemerkenswert sind besonders die Aeußerungen der radikalen „Daily News“, der imperialistischen „Daily Mail“ und des „Daily Chronicle“. Sie halten übereinstimmend die gegenwärtige Lage für unhaltbar. Chamberlain sei vor die Alternative gestellt, entweder nachzugeben, oder um seine Entlassung einzukommen. Was er jedoch auch thun werde, das jetzige Ministerium könne nicht lange mehr bestehen. — Der „Standard“ bemerkt, der hervorragende Zug in der gegenwärtigen Lage seien die scharfen Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Ministeriums. Ritchies Herausforderung an Chamberlain sei direkt auffallend gewesen.

## Schweiz.

**Revision des Fabrikgesetzes.** Zürich, den 9. Juni. (Eig. Ber.) Der socialdemokratische Abgeordnete Dr. Studer-Winterthur hat mit Unterstützung der übrigen sechs Fraktionsgenossen und 28 Abgeordneten der demokratischen, radikalen und ultramontanen Parteien zur Einleitung der seit Jahren besprochenen Revision des eidgenössischen Fabrikgesetzes im Nationalrat folgenden Antrag eingereicht: „Der Bundesrat wird eingeladen, die Frage zu prüfen und beförderlich den eidgenössischen Räten darüber Bericht zu erstatten, ob nicht das Bundesgesetz betreffend die Arbeit in den Fabriken im Sinne einer Verkürzung der Arbeitszeit, eines besseren Schutzes der Arbeiter und überhaupt einer intensiveren Ausgestaltung der leitenden Grundzüge des Gesetzes und seiner Vollzugsbestimmungen abzuändern sei.“

Es steht zu erwarten, daß der Nationalrat den Antrag für erheblich erklärt und der Bundesrat ihn entgegennehmen wird, denn damit verpflichtet sich weder der eine noch der andre gegenüber der Arbeiterschaft zu bestimmten gesetzgeberischen Leistungen. Das schweizerische Arbeitsekretariat wird wohl nächsten zur Revision des Fabrikgesetzes einen Vortrag leisten durch Bearbeitung und Veröffentlichung des Materials, das eine Enquete der organisierten Arbeiterschaft geliefert hat. —

## Frankreich.

Die jüngsten Schiffskatastrophen werden in Marseille vielfach auf die ungenügende Besatzung und Ausrüstung der Dampfer der Reederei Fraissinet zurückgeführt. Als gestern ein Dampfer dieser Reederei nach der Insel Kouffe abgehen sollte, veranstalteten mehrere hundert Personen vor dem Dampfer eine Kundgebung. Die Menge verhinderte die Passagiere am Bord zu gehen. Die Polizei mußte schließlich einschreiten und die Demonstranten zerstreuen. — Die Kapitane des „Liban“ und des „Inulaire“ werden vor Gericht gestellt werden, ebenso glaubt man, daß die Schiffahrtsgesellschaft „Fraissinet“ für die den Hinterbliebenen der Opfer zu leistende Entschädigung verantwortlich gemacht werden wird. —

## Italien.

**Aus der italienischen Partei.** Rom, 7. Juni. (Eig. Ber.) (Die nachstehende Korrespondenz ist gestern nur in einem Drittel der Auflage zum Abdruck gelangt und wird deshalb hier wiederholt.) Da die italienischen Socialisten nur alle zwei Jahre ihren Parteitag abhalten, sollte in diesem Herbst kein Kongreß stattfinden. Die eigenartigen Verhältnisse aber, die durch die Wahl Ferris zum Parteisekretär des „Avanti“ geschaffen sind, nachdem der vom Parteitag in Imola bestätigte Chefredakteur Vissolati sein Amt niedergelegt hat, lassen diesen Parteitag das Zusammenkommen eines Kongresses innerhalb dieses Jahres wünschenswert erscheinen. Die von Arturo Labriola und andern Genossen der äußersten Linken der Partei redigierte „Avanguardia“ fordert die Einberufung eines Parteitages und dürfte dabei die Mehrheit der Genossen auf ihrer Seite haben. Freilich hat der „Avanti“, seit ihn Ferris leitet, seine Auflage verdoppelt, und man kann darin eine Zustimmung der Partei zu dem „neuen Kurs“ sehen. Aber der Parteivorstand hat nun einmal — seit dem letzten Kongreß — keinerlei Recht der Heberaufhebung usw. dem Zentralorgan gegenüber, und es steht ihm auch nicht zu, seinen Chefredakteur zu ernennen. Da gerade Filippo Turati, der Ferris als Leiter des „Avanti“ vorgeschlagen hatte, unaufhörlich gegen die neue Redaktion die heftigsten Angriffe richtet, erscheint es unerlässlich, die Frage des Zentralorgans in diesem Herbst auf einem außerordentlichen Parteitage zu regeln. —

Der Prozeß Balizzolo kommt am 14. d. M. vor dem Schwurgericht zu Florenz von neuem zur Verhandlung. Balizzolo, der Häuptling der sizilianischen Mafia, war bekanntlich im Juli v. J. vom Schwurgericht zu Bologna wegen Mordes bezw. Anstiftung zum Morde des Vizedirektors Rotaribattolo zu 30 Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Seiner Revision gegen dieses Urteil wurde stattgegeben und so erlebt jetzt dieser Mordprozeß eine neue Auflage. Die 40 Geschwornen sind bereits ausgelost. —

## England.

Lord Rosebery hat sich gestern in einer Rede, die er zu Bishop Stortford in der Landwirtschaftlichen Gesellschaft zu Essex hielt, erneut mit den Chamberlainschen Zollplänen beschäftigt. Er führte aus: Ehe das Land zu dem Zustand der Dinge zurückkehre, der der Errichtung des Freihandelsystems vorausging, müßte das Volk die Geiseln der Lage Großbritanniens vor dem Systemwechsel lesen. Während er zugebe, daß die Lage der Landwirtschaft nicht günstig sei, zittere er davor, daß bei dem Versuch, der gegenwärtigen gedrückten Lage zu entgehen, man aus der Pratsfalle ins Feuer falle. Er glaube, daß Parlament und Regierung noch viel mehr für die Landwirtschaft thun könnten, als bisher geschehen sei; auch er zittere, wenn er die Erörterungen betrachte, welche den Schrecken und die Hungersnot zu vergessen schienen, welchen England 1846 entgangen sei, und welche drohen würden wiederzukehren, wenn ohne genügende Heberlegung England das verfolge, was es einen illusorischen Vorteil nenne.

Aus der Steigerung des Wohlstandes, die in den Vereinigten Staaten und in Deutschland dem Schutzollsystem zugeschrieben werde, könne man keinen Vergleich ziehen, da das begrenzte englische Inselreich einen großen Teil seines Nahrungsbedarfes vom Auslande erhalte, und da ein Kontinent wie die Vereinigten Staaten im Stande sei, sich mit allem selbst zu versehen, wie es auch mit Europa der Fall sei. Biete Deutschland ein glückliches Beispiel? In

Deutschland hätten sich kürzlich laute, bittere und anwachsende Beschwerden von Seiten der durch Zölle geschädigten Landwirtschaft erhoben. Ein parlamentarischer Krieg habe zwischen den verschiedenen Parteien stattgefunden, jede von ihnen sei bestrebt gewesen, bestimmte Teile des Tarifs zu erhöhen. Der Kampf habe nur mit einem Kompromiß geendet, welches aber kaum ein Frieden genannt werden könne. Wenn, wie behauptet wurde, das Schutzollsystem eine Steigerung der Löhne als genügendes Gegengewicht gegen die Steigerung der Nahrungsmittel zur Folge habe, so müßte der Landwirt auch höhere Pachten zahlen. Das würde sicherlich seinen in Aussicht genommenen Gewinn beeinträchtigen. Er würde sich möglicherweise in einer schlechteren Lage denn jetzt befinden. —

## Rußland.

**Attentat auf General Kovitsch in Kiew.** Als am letzten Montag der Chef des hiesigen Gendarmeriebezirks General Kovitsch, eine politische Verhaftete, die jüdische Hebamme Krumkin verhörte, stürzte diese plötzlich mit einem in ihrem Gewande verborgen gehaltenen scharf geschliffenen Messer auf ihn los und brachte ihm eine Wunde dicht bei der Halsschlagader bei, ohne ihn jedoch ernstlich zu verletzen. —

## Türkei.

**In den Wirren in Maceedonien** wird der „Frankf. Zeitung“ aus Sofia gemeldet: Aus den Dörfern südlich von Tschumaja wurden Detonationen gehört; dort sollen die vereinigten Kommandos der Sowjoden Iliernopcevo und Denisko kämpften. Sehr trüblich scheint die Lage im westlichen Maslag-Gebiet zu sein. Die Dörfer Kwoitschewo und Kremen werden von türkischen Truppen geplündert, die Bevölkerung flieht andauernd nach Bulgarien. Unter den vorgestern in Dubniza Eingetroffenen befindet sich auch die Amazone Ekaterina Arandowa, die seit Wochen im Kommando des Hauptmanns Stojanow kämpfte. Nach Blättermeldungen besetzen die Türken den am rechten Struma-Ufer gelegenen Grenzpunkt Butschino, von wo sie den bulgarischen Grenzort Kofscharinowo, an der Straße nach Tschumaja belegen, beschließen können. —

## Afrika.

Die Bewohnerschaft von Nigig scheint bereits zur Rückgiebigkeit geneigt zu sein. Es trafen Dienstag Abgeordnete in Beni-Umif ein, um im Namen der Bewohner der Daje eine vollständige Unterwerfung anzubieten. General O'Connor lehnte es ab, sie zu empfangen mit der Erklärung, er würde nur mit den Behörden verhandeln. Der General hat, wie berichtet wird, kein Vertrauen in die Unterwerfungsversprechen der Führer der Murs wegen ihres mohamedanischen Fanatismus. Er wird 24 Stunden auf die Uebergabe der Behörden selbst warten. Wenn diese Frist abgelaufen ist, wird er ein erneutes Vorgehen bestimmen. —

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Die Zolldebatte im englischen Oberhause.

London, 10. Juni. Dille (lib.) bekämpft den Antrag Chamberlain und betont, das Haus habe das Recht, zu verlangen, daß ihm Gelegenheit gegeben werde, sein Urteil über die Politik Chamberlains zu sprechen. Es sei gesagt worden, England sei thöricht, daß es eine Politik weiter verfolge, die von der Politik der ganzen Welt abweicht, und betont worden, daß die Vereinigten Staaten und Deutschland unter dem Zollsystem ausblühten. Allein der Ausfuhrhandel Englands sei gleich dem Ausfuhrhandel Frankreichs, Deutschlands und der Vereinigten Staaten zusammengenommen, und Englands Handel mit Deutschland, von dem man angenommen habe, daß es englische Waren ausschleife, sei noch in der Zunahme begriffen. Redner bestritt, daß die Schutzolländer England auf den Weltmärkten verdrängen. Lee (konf.) erklärt sich für den Antrag Chamberlain und billigt auch die Erklärungen Chamberlains.

Im weiteren Verlaufe der Besprechung erklärt Asquith (lib.), es sei ein ungelöstes Geheimnis, warum die Regierung im vergangenen Jahre den Kornzoll anferlegte und warum sie den Zoll in diesem Jahre wieder aufhebe. Was seien die Absichten der Regierung bei der Aufhebung des Zolles gewesen? Das Haus werde mit den unklaren, sich widersprechenden Erklärungen einzelner Minister nicht zufrieden sein wollen. Redner fährt fort: Das Haus hat ein Recht darauf, ein Gesamturteil des Kabinetts zu erhalten. Sind die Absichten Ritchies die Absichten der Regierung? Die Rede Ritchies war eine überzeugende Widerlegung der Trugschlüsse Chamberlains. Ich sehe Chamberlain in diesem Augenblick nicht im Hause. (Bei diesen Worten des Redners erscheint Chamberlain im Saale und nimmt unter andern dem Beifall bei den Ministeriellen an Walfours Seite Platz.) Asquith fährt fort: Ich freue mich, Chamberlain noch auf der Regierungsbank sitzen zu sehen. Asquith schließt, wir sehen zwei Minister auf derselben Bank, welche unversöhnlich geteilte Ansichten haben über Fragen, welche näher als irgend eine andre Frage die Einheit des Reiches und seine fiskalische und finanzielle Wohlfahrt berühren. Das steht ohne Vorgang und beispiellos da und bedeutet ein gänzlich Aufgeben der Ueberlieferungen und Regeln des öffentlichen Lebens. Dagegen, daß in einer so wichtigen Sache zwei verantwortlichen Ministern gestattet werden soll, nicht nur entgegengesetzte Ansichten auszusprechen, sondern sich auch als Propagandisten zweier miteinander unvertäglich politischen Anschauungen zu gebahren, erhebe ich Einspruch nicht nur im Namen der Opposition, sondern auch im Namen der Majorität des Hauses. Ich protestiere gegen eine Praxis, welche, wenn sie gestattet würde, der ministeriellen Verantwortlichkeit und der Kontrolle des Kabinetts ein Ende machen würde.

Im weiteren Verlaufe der Debatte erklärt Gresh (lib.), die durch die Regierung geschaffene Lage sei unmöglich und unzulässig. Er beipflichtet die Stellung der sich zum Freihandel bekehrenden Mitglieder des Kabinetts und fragt, was sie zu thun gedenken, während Chamberlain im Lande einen Kreuzzug zu Gunsten von Vorzugszöllen unternimmt. Nachdem die Regierung die Frage der Vorzugszölle beantwortet habe, könne sie die Entscheidung darüber nicht in der Schwere lassen.

Im weiteren Verlaufe der Debatte unterstützen verschiedene Ministerielle das Amendement, andre Ministerielle sprechen sich, während sie dem Amendement opponieren, günstig über die Anstellung einer Untersuchung über das jetzige Finanzsystem aus, ein anderer Teil der Ministeriellen schließlich opponierte dem Amendement und bestritt die Grundzüge des Freihandelsystems.

### St. Louis unter Wasser.

St. Louis, 10. Juni. (W. T. U.) Die südliche Hälfte von Ost-St. Louis steht unter Wasser. Die Flut bahnte sich einen Weg durch den Damm. Ein Strom von 25 Fuß Tiefe und 100 Fuß Breite durchbrach den Eisenbahndamm der Baltimore-Ohio-Bahn. Der nördliche Teil von St. Louis ist bedroht, die Geschäfte sind geschlossen. Von Ost-St. Louis flüchteten Tausende von nur dürftig besoldeten Menschen nach St. Louis. Es sollen bisher schon 30 Menschenleben durch den Dammbrech verloren gegangen sind.

Marseille, 10. Juni. (W. T. U.) Bei der heutigen Verurteilung der mit dem „Liban“ Verunglückten sprach einer der Anwesenden in heftigen Worten gegen die Reeder. Als der Reeder Fraissinet einige Worte sprach, rief jemand: „Es ist das erste Mal, daß man Mörder auf die Särge ihrer Opfer Thronen vergieren sieht.“ Der Bürgermeister erhob Einspruch gegen diese Verhörung und zog sich mit den anwesenden Vertretern der Behörden zurück.

Marseille, 10. Juni. (W. T. U.) Der Prokurator der Republik hat eine Untersuchung über die Umstände des Zusammenstoßes des „Liban“ mit dem „Inulaire“ angeordnet. Ministerpräsident Combes hat den Angehörigen der Verunglückten 1500 Fr. aus dem Budget des Ministeriums des Innern zugesprochen.

Die sächsische Fabrikinspektion 1902.

Gegen die soeben erschienenen Berichte der sächsischen Fabrikinspektoren müssen von neuem die früher schon erhobenen Einwände geltend gemacht werden: Es wird mit erstaunlicher Oberflächlichkeit über die wirtschaftliche Lage der Arbeiter und die Arbeitsverhältnisse in Fabriken geurteilt, mit nichtsagenden Nebenarten geht man nicht selten über Erscheinungen im Wirtschaftsleben hinweg, die im Interesse der Arbeiter eine eingehende Untersuchung gebieten erscheinen lassen; dagegen hat man jede auch noch so geringfügige sogenannte Wohlfahrts-Einrichtung gewissenhaft registriert und in zahlreichen Fällen auch ausführlich geschildert. Daß in einigen Industriezweigen die Strafe verheerend gewirkt und eine ausgedehnte Arbeitslosigkeit hervorgerufen hat, muß zugegeben werden, man registriert auch getreulich alle von bürgerlicher Seite inszenierten „Hilfsaktionen“ und wenn sie noch so unbedeutend sind, von der weit wichtigeren Arbeitslosen-Unterstützung durch die modernen Gewerkschaften erfährt man aus den vorliegenden Berichten aber nichts. Ja, die sächsischen Fabrikinspektoren scheinen überhaupt nicht zu wissen, daß gewerkschaftliche Organisationen bestehen und infolge ihres rapiden Anwachsens von immer größerer Bedeutung für die Arbeiterhaft und die Lohn- und Arbeitsverhältnisse werden, denn nach einer Würdigung der Gewerkschaftsbewegung haben wir in den Berichten vergeblich gesucht. Von der organisierten Arbeiterschaft Dresdens ist in den drei letzten Winterhalbjahren unter erheblichen Kosten eine Wärmestube für Arbeitslose unterhalten worden, in der zu gewissen Zeiten auch Speisen und warme Getränke unentgeltlich verabreicht wurden, in den Berichten ist darüber kein Wort enthalten, dagegen hat man einige sogenannte Volkshilfsunterhaltungsabende des Vereins „Volkswohl“ in Dresden für erwähnenswert befunden und selbst die Gründung von Fabrik-Gesangsvereinen für wichtig genug gehalten, darüber zu berichten. Vieviel Arbeiter im Laufe des Berichtsjahres deforziert worden sind, findet sich gewissenhaft aufgezeichnet; über den Umfang der Arbeitslosigkeit enthält der Bericht dagegen nur dürftige Angaben, zumeist auch nur allgemeine, nichtsagende Bemerkungen. In einzelnen Inspektionsbezirken ist jedoch das frühere System des Ignorierens aller Dinge, die mit der Arbeiterbewegung zusammenhängen, einer besseren Einsicht gewichen. Aus dem Dresdener Bezirke wird berichtet, daß die Aufsichtsbeamten auch Arbeiter-Versammlungen besucht haben, in denen über Mißstände in Fabriken berichtet worden ist und daß auf Grund der Schilderung in den Versammlungen Revisionen vorgenommen worden sind. Vereinzelt wird hervorgehoben, daß die Vertrauensmänner der organisierten Arbeiter Angaben über Mißstände in Betrieben gemacht haben, die Anlaß zu Revisionen und Abstellung der Mängel geworden sind. So berichtet die Inspektion des Dresdener Bezirkes, daß ihr vom Vertrauensmann der Steinarbeiter-Organisation schriftliche Berichte über bestehende Mißstände in Steinmetzbetrieben übergeben worden seien. Dem beigefügten Antrage, auf die Abstellung der Mängel hinzuwirken, ist nach dem Berichte nach Möglichkeit entsprochen worden. Auch Berichte in der Arbeiter-Presse sind für einige Beamte Veranlassung gewesen, gerügten Mibständen in Fabriken nachzugehen. So wird unter anderem berichtet, daß sowohl in „Vorwärts“ wie in der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ die Arbeitsordnung einer größeren Glasfabrik des Dresdener Bezirkes (Siemens, die Firma mit den erprezten Arbeiter-Kundengebungen. Red. d. „V.“) sehr abfällig besprochen worden sei. Eine daraufhin erfolgte Prüfung hat zur Veranlassung einer Reihe Bestimmungen der Arbeitsordnung geführt. Die Polizeibehörde hat dann die Änderung der Arbeitsordnung verfügt. Die Angelegenheit ist jedoch im Berichtsjahre noch nicht erledigt worden. — Der Verkehr der Arbeiter in den Bureaus der Gewerbe-Inspektoren läßt noch viel zu wünschen übrig; nur in Annaberg, wo 134 Arbeiter an Inspektionsstelle erschienen, und in Rue (74) ist es einigermaßen befriedigend; dagegen erschienen in Freiberg nur 4 Arbeiter und in Plauen bei 914 Unternehmern 14 Arbeiter im Bureau der Gewerbe-Inspektion. Die Mehrzahl der sächsischen Fabrikinspektoren scheint zufrieden zu sein, wenn ihr Bureau von den Unternehmern als Auskunftsstelle benutzt wird.

Trotz der angeführten und zahlreicher anderer Mängel und dem offensichtlich günstigen Bestreben der meisten Inspektoren, die Situation möglichst günstig zu schildern, geht doch aus verschiedenen Angaben hervor, daß die sächsische Industrie von der Krise schwer heimgeschlagen worden ist und die Arbeiterschaft fämer darunter zu leiden hatte. Durch einen Vergleich der Ergebnisse der Fabrikarbeiter-Zählung von 1902 mit denen von 1900 läßt sich in zahlreichen Industriezweigen eine sehr beträchtliche Verminderung der beschäftigten Arbeiter feststellen, die allen Schönsfärbereien zum Trotz dafür zeugt, daß im Berichtsjahre (1902) eine erschreckend große Arbeitslosigkeit bestanden hat. Leider lassen sich die Endergebnisse der Fabrikarbeiterzählung nicht mit einander vergleichen, weil man in einigen Gewerbebezirken, so in der Nahrungsmittel- und Bekleidungs-Industrie, die Zählung jedes Jahr nach andren Grundsätzen vorgenommen hat; es können daher nur die Industriezweige mit einander verglichen werden, wo keine Veränderung in der Zählung eingetreten ist. Verfahren wir in dieser Weise, so stellen wir leicht fest, daß z. B. in der Maschinen-Industrie des Chemnitzer Bezirkes die Zahl der beschäftigten männlichen Arbeiter von 23 719 im Jahre 1900 auf 20 799 im Berichtsjahre zurückgegangen und daher eine Verminderung um 3620 eingetreten ist. Ähnliche Erscheinungen sind auch in der Maschinen-Industrie des Leipziger Bezirkes zu konstatieren, wo die Verminderung der Zahl der beschäftigten erwachsenen Arbeiter 2748 und 1106 betrug. Fast ebenso groß ist der Rückgang der Arbeiterzahl in der Industrie der Steine und Erden. Hier verminderte sie sich im Dresdener Bezirk von 11 934 auf 9540, also um 2414, in Chemnitz von 2151 auf 1898, in Leipzig von 6234 auf 6081. In den Ziegeln hat sich die Arbeiterzahl fast durchgängig um 20 bis 30 vermindert. Es giebt überhaupt nur wenige Gewerbegebiete, aus denen eine Zunahme der Arbeiterzahl gemeldet wird; zu den letzteren gehört die Textilindustrie. Bemerkenswert und bezeichnend ist, daß häufig die Zahl der erwachsenen männlichen Arbeiter abgenommen, die der weiblichen aber zugenommen hat. In der Industrie für Metallverarbeitung des Chemnitzer Bezirkes ist beispielsweise die Zahl der erwachsenen männlichen Arbeiter um 807 zurückgegangen, die Zahl der Arbeiterinnen hat sich aber in demselben Zeitraum um 42 vermehrt; im Dresdener Bezirk haben sich die männlichen Arbeiter der Holzindustrie um 600 vermindert, die weiblichen Arbeitskräfte aber um 294 vermehrt. Auch in der Industrie für Metallverarbeitung im Dresdener Bezirk, der Steine und Erden des Leipziger Bezirks und in zahlreichen andren Industriezweigen ist eine Vermehrung der Arbeiterinnenzahl bei gleichzeitiger Verminderung der beschäftigten erwachsenen männlichen Arbeiter zu verzeichnen. Diese Angaben beweisen in erster Linie, daß die Krise in der Industrie Sachsens eine große Arbeitslosigkeit wadgerufen hat und die Unternehmer diese unangenehme Zeit noch dazu benutzt haben, die Arbeitskraft des erwachsenen Arbeiters durch die gefügigere und billigere der Frau zu ersetzen.

Daß sich in der Zeit der jetzigen Wirtschaftskrise die Lebenslage der Arbeiter bedeutend verschlechtert hat, bedarf kaum noch einer Beweisführung; bemerkenswert ist aber immerhin, daß diese Thatsache selbst von den sächsischen Fabrikinspektoren zugegeben werden muß. Aus Chemnitz wird berichtet, daß für viele männliche Arbeiter durch verminderte Arbeitsgelegenheit ein erheblicher Verdienstaussall eingetreten ist. Ferner übten

die im Vergleich zum Vorjahre gestiegenen Preise mancher Nahrungsmittel, z. B. des Fleisches und der Kartoffeln auf die Lebenshaltung der Arbeiter einen ungünstigen Einfluss aus. Im Annaberger Bezirke ist das Einkommen mancher Arbeiters durch Verkürzungen der Arbeitszeit und Lohnherabsetzungen mehr oder weniger geschmälert worden. Ueber zahlreiche Lohnreduktionen wird auch aus dem Dresdener, Meißener und Freiburger Bezirk berichtet. Der Leipziger Beamte schildert die Situation wie folgt:

Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter haben sich während des Berichtsjahres nicht gebessert, da das Einkommen vieler Arbeiter teils durch Lohn-Herabsetzungen, teils durch Verkürzung der Arbeitszeit eine weitere Verminderung erfuhr und da die Preise der wichtigsten Lebensmittel gestiegen sind. Das Bestreben, zu sparen, macht sich durch Zurückgehen des Fleischverbrauchs und durch die verstärkte Nachfrage nach Kopffleisch . . . bemerkbar.

Aus der Lausitz wird ferner berichtet, daß in zahlreichen Fabrikparzellen die Abhebungen größer gewesen sind als die Einzahlungen. In den Grenzbezirken der Lausitz haben die Arbeiter mehr als bisher versucht, die Verringerung ihres Einkommens und die Erhöhung der Lebensmittelpreise dadurch auszugleichen, daß sie die Nahrungsmittel mehr als früher aus dem benachbarten Völkern bezogen, wo sie billiger sind, weil dort der deutsche Zoll nicht auf ihnen lastet. Nach Inkrafttreten des Zolltarifs wird den armen Grenzwohnern dieser Ausweg versperrt werden.

Ein Artikel in der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ über die Hungerlöhne in der erzgebirgischen Spielwaren-Industrie hat die Dresdener Fabrikinspektion veranlaßt, Erörterungen über diesen Punkt anzustellen, so weit in diesem Bezirke Spielwaren fabriziert werden. Die angestellten Erörterungen haben ergeben, so heißt es, daß die fraglichen Erwerbsverhältnisse in der That überaus ungünstig sind. Nach den Feststellungen bei den Untersuchungen durch den Fabrikinspektor sind die Löhne zwar verschieden, in den meisten Fällen aber wird, trotzdem Frau und Kinder mitbeschäftigt werden und bis tief in die Nacht gearbeitet wird, nur ein Wochenlohn von 6 bis 9 M. erreicht. Es wird u. a. angeführt, daß der Tagesverdienst eines Regelstreichers mit Familie 1,50 M. beträgt. In Spielwarenerzeugnissen im engeren Sinne, der täglich 14 bis 15 Stunden mit seiner Frau arbeitet, verdient etwa 13 M. pro Woche und bei unantwärtigen Arbeiten nicht über 8 bis 9 M. Von einem Spielwarenmacher, der keine Wäsche anfertigt, heißt es: „Er ist im Stande, im Laufe einer Woche unter Beihilfe seiner in der Behausung arbeitenden Frau und zweier Kinder für 13—22 M. Ware herzustellen. Hiervon ist allein für Lufsch, die zur Herstellung der Baumtrömer verwendet wird, reichlich die Hälfte abzuziehen, so daß sich nach Abzug aller weiteren Kosten der wöchentliche Reingewinn kaum höher als auf 6 Mark (sechs Mark) stellt.“ Und dieser Hungerlohn ist nur mit gleichzeitiger Ueberanstrengung der ganzen Familie zu erreichen. Diese Industrie ist zum Teil im 9. sächsischen Wahlkreise vertreten, der jetzt den Oberbrotmüller Dertel zum Vertreter im Reichstage hatte. Als Ursache der ungünstigen Verhältnisse nennt der Bericht unter andren das Ansteigen der Holzpreise. Die Spielwarenarbeiter des Erzgebirges haben in mehrfacher Hinsicht Ursache, ihren Vertreter Dertel dankbar zu sein: Erstens hat er ihnen die Lebensmittelpreise veruert, was diese armen Leute noch mehr fühlen müssen, wie die übrigen Arbeiter, ferner haben sie zu befürchten, daß durch die Zollmaßnahmen des Auslandes der Export deutscher Spielwaren erschwert wird und endlich haben sie Dertel zu danken, daß die Holzpreise infolge der neuen Holzölle noch weit mehr als bisher steigen müssen. So ist in einem Falle ungewollt von den sächsischen Fabrikinspektoren die Segnung der Schutzölle für sächsische Arbeiter dargethan worden.

Die Wahl-Aussichten in Nordbayern.

Der Gewerband der socialdemokratischen Partei Nordbayerns umfaßt 22 Wahlkreise, die sämtlich mit Kandidaten von unsrer Partei besetzt sind, wobei Doppelkandidaturen gänzlich vermieden wurden. In mehreren dieser Kreise sind die Wahlausichten für uns sehr günstig. An der Spitze steht selbstverständlich Nürnberg, das schon seit zwei Jahrzehnten im Besitz der Socialdemokratie ist. Wir werden in diesem Kreise jedenfalls einen erfreulichen Stimmengewinn verzeichnen können. Die beiden liberalen Parteien, die bei der Erwahlung 1900 gemeinsam gegen den Kandidaten unsrer Partei, Genossen Dr. Sadelum, vorgingen, konnten sich diesmal nicht einigen, da jede von ihnen den Anspruch erhob, in dem benachbarten Kreise Fürth, wo ebenfalls die „liberale Einigung“ angebahnt war, den Kandidaten zu stellen. Sie ziehen es diesmal vor, sich von uns getrennt schlagen zu lassen. Anfangs war ein allgemeines antisocialistisches Kartell angeregt; der Vorschlag war von den Konservativen ausgegangen. Als Kandidat dieses Ordnungsbundes hatte man den ersten Bürgermeister Nürnbergs, Herrn v. Sch u h, ausersehen, den auch alle Parteien acceptieren hätten. Aber Herr v. Sch u h fand nach einiger Bedenkzeit doch ein Haar in der Suppe. Er glaubt die Anwartschaft auf einen Ministerposten zu haben und will sich diese Aussicht nicht durch einen schmerzhaften Durchfall verderben lassen. So begnügten sich die Freisinnigen damit, einen als Politiker noch „unvertrauten“ Mann, den Schlächtermeister Friedrich, aufzustellen, durch den man die Stimmen der kleinen Geschäftleute und Handwerker zu gewinnen hofft. Die Nationalliberalen pressen einen Landgerichtsrat R e h e r an, der sich bisher durch nichts weiter berühmt gemacht hat, als daß er, trotz aller gegenständlichen Verwehungen, die Behauptung hartnäckig aufrecht erhielt, unser Genosse W e b e l habe sich auf dem Münchener Parteitage gehässig über die kleinen Bauern ausgesprochen. Einen Zählkandidaten stellen die Konservativen auf, ebenso das Centrum, das auf einen starken Stimmengewinn hofft infolge des großen Zustusses von Arbeitern aus der katholischen Oberpfalz, der in den letzten Jahren stattgefunden hat. Die Socialdemokratie wird natürlich, trotz aller Anstrengungen der Gegner, in Nürnberg wiederum einen glänzenden Sieg erringen.

Mit den gespanntesten Erwartungen wird der Wahlkampf im Wahlkreise Fürth verfolgt, wo die Freisinnigen krampfhaft Anstrengungen machen, das Mandat, das ihnen 1898 durch unsren Genossen Seg i h entrissen wurde, wieder an sich zu bringen. Dabei sind ihnen alle Mittel, auch Verleumdung und persönliche Verunglimpfung des Kandidaten der Arbeiterpartei, recht. Ihr Kandidat ist der Buchhändler V a r b e d aus Nürnberg, dessen ganze Agitation in der Wiederholung abgedroschener Gemeinplätze über die Socialdemokratie und in dem Viebügeln mit allen andren bürgerlichen Parteien besteht. Die Freisinnigen hoffen, daß Varbed ein „allen Richtungen genehmer Kandidat“ sei, allein die Nationalliberalen lehnten ihn ab, weil er angeblich zu „extremfreisinnig“ ist, wovon sonst kein Mensch noch etwas gemerkt hat. Die Liberalen sind der Meinung, daß den „Gemäßigten“ der Vorrang gebühre, und um diesen „Gelegenheit zum Wählen zu geben“, stellten sie den Grafen Du Roulin, den bekannten Tillyprecher, auf. Dieser paßt wiederum den Konservativen nicht, die von den Liberalen zu einem Zusammengehen mit ihnen aufgefordert wurden, wofür diese sie in Eidstatt und Dinkelsbühl unterjuchen wollten. Dieses Anerbieten wurde abgelehnt und die Konservativen stellten im Verein mit den Bauernbündlern den bekannten agrarischen Heißsporn W e d h vom Reichstag auf. Das Centrum will weder Du Roulin, wegen seiner Feindschaft gegen den toten Tilly, noch Varbed, der die Jesuiten nicht nach Deutschland hereinlassen will, unterstützen und stellte deshalb in dem Dr. Schädel einen Zählkandidaten auf. Varbed erhält indessen die volksparteilichen Stimmen, die sich 1898 auf 1345 be-

finden. Jede der beiden liberalen Parteien hegt die Hoffnung, mit uns in die Stichwahl zu kommen und dann mit Unterstützung der andren Partei zu siegen. Für Varbed haben auch die Kriegervereine, in denen angeblich keine Politik getrieben wird, ganz offiziell mobil gemacht, weil Varbed sich einer Verleumdung rühmt, die ihm 1870 die Franzosen in dem umfangreichsten Teil seiner Mehrtheil beigebracht haben. Es wird ein schwerer Kampf werden und unsre Genossen in Fürth werden alles aufbieten müssen, um den Kreis unsrem Besitzstande zu erhalten.

Zu den schönsten Hoffnungen berechtigt der Wahlkreis B a y r e u t h - W u n s i e d e l. Unser Kandidat Genosse H u g e l erhielt bei der vorjährigen Erwahlung 47,15 Proz. der in der Stichwahl abgegebenen Stimmen. Der damals gewählte Abg. H a g e n, der sich nationalliberal nennt, aber nichts weiter als ein verkappter Agrarier ist, hat es mit den Bauernbündlern und Landwirtsbündlern, die ihm in der vorigen Wahl zum Siege verhalfen, gründlich verdorben, weil er es verfaunt hat, im Reichstage für noch höhere Gersten- und Viehzölle einzutreten. Hier kam ebenfalls die „liberale Einigung“ nicht zu stande. Der Freisinn machte Anspruch auf die Nominierung eines „Anfänger-Kandidaten“, fand aber damit bei den Nationalliberalen keine Gegenliebe, weil sie fürchten, daß die 2000 bäuerlichen Stimmen, die Hagen 1900 erhalten, dann ganz dem extremen Bauernbündler zufallen würden, d. h. dem Kandidaten des Bundes der Landwirte, der selbständig in die Wahl eintritt, nachdem sich Hagen doch gescheut hatte, die Forderungen der Bündler zu unterschreiben. Der Freisinn tritt ebenfalls mit einem eignen Kandidaten auf und wies das Ansuchen der Nationalliberalen, für Hagen einzutreten, zurück, weil die Freisinnigen vor Aufstellung dieser Kandidatur nicht gefragt wurden. Unsre Parteigenossen haben seit der Erwahlung fleißig gearbeitet, in den ländlichen Bezirken sind 29 socialdemokratische Vereine neu gegründet worden; wir können daher auf eine freudige Ueberraschung gefaßt sein.

Außerordentlich günstig stehen unsre Chancen auch im Wahlkreise H o f. 1898 erhielt unser Kandidat Genosse S t ü c k l e n in der Hauptwahl 35,98 Proz., in der Stichwahl 45 Proz. der abgegebenen Stimmen. Der bisherige nationalliberale Abgeordnete M ü n c h - F e r b e r, der im Reichstage mit den Agrariern durch Dick und Dünn gegangen, ist bei vielen feindl. eignen Parteigenossen sehr unbeliebt geworden. Die liberalen Spinnerbesitzer sind sehr erzürnt auf ihn, weil er, der Weberbesitzer ist, im Reichstage für höhere Schutzölle zu Gunsten der Weberei eintrat, während er erklärte, die Spinnerereien hätten solche nicht nötig, wobei er das geflügelte Wort von sich gab: „Die Spinner schwimmen im Golde“. Ein großer Teil der Nationalliberalen wird für den Freisinnigen, den auf Nidertischem Boden stehenden Dr. W o l l e r eintreten, an dessen Aufstellung Vertrauensleute der nationalliberalen Partei beteiligt waren. Die Situation ist derart, daß die Socialdemokratie hoffen kann, den Kreis zu erobern.

In Kronach-Vichtenfels, wo wir schon wiederholt mit dem Centrum in die Stichwahl kamen, ist ebenfalls ein Erfolg nicht ganz ausgeschlossen, da die Mißstimmung gegen Centrum und Bauernbund sehr zugenommen hat. Der Kreis hat eine starke Industrie, es befinden sich dort viele Fabriken, Schieferbrüche usw., auch wird die Schmiederei als Hausindustrie in ausgedehnten Bezirken stark betrieben. Die Schmiederei, die sich ohnehin schon im tiefsten Elend befindet, werden durch die Begehrtheit der Hölzer noch mehr bedroht, da sie mit dem Abfall ihrer Produkte ausschließlich auf das Ausland angewiesen sind. Unser Kandidat ist der koburgische Landtags-Abgeordnete Genosse W a l t e r, der in dem Kreise sehr beliebt ist.

Der Wahlkreis Würzburg kann ebenfalls unter Umständen gewonnen werden. In den drei letzten Hauptwahlen konnte sich das Centrum gegen unsre Partei nur in der Stichwahl behaupten. Die Freisinnigen und Volksparteiler unterstützen den nationalliberalen Kandidaten unter dem Schlächtruf: „Gegen Centrum und Socialdemokratie!“ Der Kandidat der Arbeiterpartei ist der Landtags-Abgeordnete Franz S c h m i t t - W ü n d e n.

In einigen andren nordbayrischen Wahlkreisen lassen sich für uns schöne Ahtungserfolge erringen. So in F o r c h e i m - N u i m b a c h, wo bei der vorjährigen Erwahlung unser Kandidat D e i n - h a r d 1768 Stimmen auf sich vereinigte. Der damals gewählte liberale Kartellkandidat Haber ist bereits mandatsmüde und die liberalen Parteien stellen einen Kompromißkandidaten in dem Kreisbesitzer Reuner auf, der eine Vorstandsstelle im Bauernbund bekleidet und jetzt aus dem Bauernbund ausgeschlossen wurde, weil er die liberale Kandidatur annahm. Es wird hier zur Stichwahl zwischen Liberalismus und Centrum kommen und dabei wird unsre Partei das Jünglein an der Wage bilden.

Ansbach-Schwabach war seit 1893 im Besitz der deutschen Volkspartei, die diesmal für ihren Besitz fürchtet und deshalb mit den Nationalliberalen und den Freisinnigen einen feinen Nullhandel abgeschlossen hat. Die beiden Parteien treten für den volksparteilichen Kandidaten ein, dafür stimmen in Würzburg die Freisinnigen und Demokraten für den Nationalliberalen und in Fürth die Volksparteiler für den Freisinnigen. Der socialdemokratische Kandidat erhielt 1898 2436 Stimmen.

In den Kreisen Regensburg und Bamberg ging 1898 unsre Stimmengahl bedeutend zurück, in Bamberg um 1000, in Regensburg um 800. Diesmal ist jedoch wieder ein starker Stimmengewinn zu erwarten, ebenso in Schweinfurt, wo wir 1898 2741 Stimmen zählten und vielleicht diesmal in die Stichwahl kommen.

Die andren Kreise sind zumeist ausgesprochene Centrumsdomänen, in denen wir bis 1893 einen stetigen Fortschritt zu verzeichnen hatten und es auf einige Hundert Stimmen brachten. Als dann der bayerische Bauernbund aufstauete, ging unsre Stimmengahl fast überall erheblich zurück. Da jetzt allenthalben die Aufsehung gegen das Treiben der Agrarier, mit denen Centrum und Bauernbund Hand in Hand gehen, um sich greift, so können wir wieder auf ein Vormarschreiten rechnen.

Aus Industrie und Handel.

Die rumänische Regierung und die Berliner Diskontogesellschaft. Von einer über die letzten Vorgänge im Sturzschon Kabinett genau unterrichteten Persönlichkeit erhalten wir folgenden Bericht aus Bukarest:

den 8. Juni 1903. Jedermann ist hier erstaunt über die Kühnheit, mit welcher sich unsre Pseudo-Liberalen an die Macht klammern, besonders daß das Kabinett Sturzschon noch nicht zurückgetreten ist, trotzdem dessen Leiter selbst hat zugeben müssen, die falschen Rentenauslosungen veranlaßt zu haben, und obgleich der — seit kurzem allerdings seines Amtes enthobene — Generalkonsulnat Tataranu sich offen dahin ausgesprochen hat, daß die in dieser Betrugsaffäre Angeeschuldigten Complicen unter den Ministern hätten. Das Kabinett erscheint derart kompromittiert, daß es in den Augen aller derjenigen, die noch etwas auf die Reputation Rumaniens halten, die Ehre verlorbt hat, noch länger die Geschick des Landes zu leiten. Von welchen Intentionen indessen unsre Minister durchdrungen sind, beweist der Ausspruch des Ministers des Innern Labcar vor den jüngst stattgehabten Distrikts-wahlen, daß selbst wenn das Resultat derselben der Regierung unangünstig wäre, die liberale Partei dennoch nicht die Macht abgeben werde. Allerdings hat sich die Regierung einen mächtigen Rückhalt gesichert. Die Diskontogesellschaft in Berlin zeigte sich darüber entzückt, daß die Agenten der Regierung die Meinung im Volke zu verbreiten suchten, die Diskontogesellschaft habe bei ihren Anleihegeschäften mit Rumänien leytteres ausgedeutet und deshalb die zu Gunsten des Staates vorgenommenen falschen Rentenauslosungen des Jahres 1901 als Vergeltungsversuch zu ent-

schuldig sein. Es wurde deshalb der Minister des Innern Lascar nach Berlin geschickt, um die Diskontogesellschaft zu zerschlagen. Es gelang dies. Die Diskontogesellschaft erklärte sich bereit, die Verschuldung auf sich zu nehmen, wenn die Regierung dieselbe öffentlich zurücknehmen werde. Das geschah. Die Diskontogesellschaft erhielt in der „Boimya Nationala“ die gewünschte Genehmigung.

Aber noch etwas Weiteres wurde zwischen Lascar und der Diskontogesellschaft vereinbart. Letztere versprach, ihren ganzen Einfluß dahin geltend zu machen, daß in der deutschen Presse die Erörterungen über die Mißstände des Kabinetts Sturdza an den falschen Auslösungen ein Ende fänden. Diesen Einfluß hat die Diskontogesellschaft denn auch alsbald ausgeübt.

Als Äquivalent wurde seitens der Regierung die Bereitwilligkeit ausgesprochen, die bereits in einem früheren Stadium gelegentlich des Abchlusses der Konvention der 175 Millionen Anleihe angeknüpften Verhandlungen zwischen ihr und der Diskontogesellschaft wegen Ueberlassung der staatlichen Petroleumfelder in einem der Diskontogesellschaft möglichst günstigen Sinne zu Ende zu führen.

Von diesem Abkommen erfährt die Standard Oil Company. Sie entsandte sogleich ihren europäischen Vertreter, sowie zwei ihrer kommerziellen Direktoren nach Rumänien, um trotz der Zurückweisung, die ihre frühere unter dem Ministerium Carp gemachte Offerte der Pachtung der staatlichen Petroleumfelder noch in letzter Stunde infolge einer heftigen Gegenagitation erfahren hatte, zu versuchen, ob sich nicht doch irgendwie ein Arrangement treffen lasse, welches ihre Mitbeteiligung an der Ausbeutung der rumänischen Petroleumterrains sichern könnte. Die Vertreter besichtigten eine Reihe privater Petroleumunternehmungen, schlossen Produktionsanläufe ab, ja gingen dazu über, sich bezüglich verschiedener in Privatband befindlicher Terrains das Vorkaufrecht zu sichern.

Kaum war dies bekannt geworden, als der Ministerpräsident Sturdza sowie der Finanzminister Costinescu in einer liberalen Landesversammlung sich in äußerst heftigen Reden gegen die Amerikaner ergingen, mit denen in Verhandlungen zu treten auf entschiedenste namens des Vaterlandes gewarnt wurde. Die beiden Minister sahen sich zu diesen Reden genötigt, da die Diskontogesellschaft sonst hätte annehmen können, die rumänische Regierung treibe ein doppeltes Spiel, und da die letztere infolge dessen befürchten mußte, daß die Zeitungen erneut die falschen Rentenauslösungen auf Tapet bringen würden.

Gleichzeitig mit diesen Reden wurde ein lebhafter Depeschewechsel zwischen Bukarest und Berlin gepflogen und das Resultat war, daß der Diskonto-Gesellschaft 2000 Gektar des besten Petroleum-Terrains des Staates überlassen und ihr auch Konzessionen erteilt wurden, daß die Regierung eine Pipeline von Gernaboda nach Constanza auf Staatskosten bauen werde. Nachdem die Diskonto-Gesellschaft dieses Zugeständnis erhalten hatte, bereitete sie sich, das größte rumänische Petroleumunternehmen, die Steacia Romana, die stark verschuldet ist und deshalb leicht fälschbar zu machen war, anzukaufen. Auch das gelang der Diskonto-Gesellschaft, die für dieses Zweck bereits ein über 10 Millionen Franc verfügbares Syndikat in Vereinigung hatte, an welchem sie selbst mit 3 Millionen, die Wiener Bank mit 3 Millionen und eine französische Gesellschaft in Rouen mit 4 Millionen beteiligt ist.

Soweit wäre, was das deutsche Interesse betrifft, alles gut, wenn es auch nicht gerade einerlei ist, ob an der Spitze der rumänischen Staatsgeschäfte Männer stehen, die sich von dem Vorwurfe der Mißschuld an den bei den Rentenauslösungen vorgenommenen Betrügereien nicht zu reinigen vermögen. Mit diesem Verhalten der Regierung gegenüber der Diskontogesellschaft sind aber die russischen Petroleumfelderbesitzer und ihr Anhang recht wenig einverstanden, da ihnen die Gelegenheit genommen wird, von der Konkurrenz der beiden Bewerber zu profitieren. Ihnen ist es natürlich vollständig gleich, ob sie ihren Besitz oder ihr Produkt an Deutsche oder Amerikaner verkaufen, wenn sie nur gute Preise erzielen, und sie begrüßen deshalb auch stets gern die Ankunft von Kapitalisten, gleichviel welcher Nationalität dieselben sind. In der am 3. Juni in Ploesti stattgehabten Versammlung der Petroleumexploiteure wurde deshalb beschlossen, das folgende Telegramm an den König zu senden:

„Sire! Die heute in Ploesti versammelten Petroleumexploiteure des Distriktes Prahova, welche die Haltung der offiziellen Presse sowie die von den Herren Demeter Sturdza und Emil Costinescu gehaltenen Reden zur Kenntnis nahmen, betrachten diese Haltung der Regierung als ein wahres Unglück für die Petroleumindustrie. Die gegen eine fremde Gesellschaft gerichteten Angriffe und andererseits die Ermüdung anderer fremder Gesellschaften stellen einen flagranten Widerspruch dar. Wir erbitten die Intervention Ew. Majestät, damit allen fremden Gesellschaften, ob europäische oder amerikanische, der Eintritt nach Rumänien freigelassen werde.“

Nach dieser Darstellung der Verhältnisse, welche in Rumänien allgemeines Aufsehen erregen, wird man für die Haltung eines Teiles der deutschen und österreichischen Presse in der Betrugsaffäre eine Erklärung besitzen, ebenso für unsern obigen Ausspruch, daß das Kabinett Sturdza sich einen mächtigen Rückhalt gesichert habe. Doch dürfte die nächste Zeit noch reich an Ueberraschungen sein.

Zur Exportskleberei bringt die „Woll. Ztg.“ ein interessantes Beispiel bei. Bei einer Ausschreibung der städtischen Behörden in Kopenhagen auf den Bau eines großen Gasometers hat eine englische Firma die Aufstellung des Gasometers für 10 933 Ffd. Sterl. übernommen, während von deutschen Unternehmern die niedrigste Offerte 11 250 Ffd. Sterl. betrug. Das wertvollste dabei ist aber, daß die Engländer deutsches Material gebrauchen wollen, welches in England fertig bearbeitet wird und daher aus Deutschland zu Exportpreisen bezogen wird. Letztere liegen nahe oder womöglich unter dem Selbstkostenpreis. Zu so billigen Preisen kann aber der deutsche Gasometerfabrikant im eignen Lande das benötigte Rohmaterial nicht erhalten, so daß er ins Hintertreffen gegen seinen ausländischen Konkurrenten kommt.

Rheinisch-westfälisches Kohlenyndikat. Wie die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ meldet, betrug im Mai die Förderung 4 435 557 Tonnen oder arbeitstäglich 177 423 Tonnen gegen 4 191 870 oder arbeitstäglich 174 661 Tonnen im Vormonat und 3 968 000 oder arbeitstäglich 163 550 Tonnen im gleichen Monat des Vorjahres. Die Förderung ist gegen die Beteiligung um 16,52 Prozent zurückgeblieben.

## Partei-Nachrichten.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— Zu 50 Mark Geldstrafe wurde Genosse Däumig als Redakteur des „Vollblatts“ vom Schöffengericht zu Zeitz verurteilt. In einem Versammlungsberichte des Gewerkschaftskartells zu Zeitz war in der Nummer des „Vollblatts“ vom 12. Februar mitgeteilt worden, daß in der Versammlung Beschwerden über Mißstände in der Papierfabrik von Krotoschin-Zeitz laut geworden seien und daß sich u. a. eine Arbeiterin über die Behandlung seitens eines Meisters beschwert habe. In der Anklage, die die Arbeiterin über den Meister guthat hatte und die im Versammlungsberichte wiedergegeben war, erludte der Werkmeister Zeise eine Beleidigung seiner Person — obwohl sein Name im „Vollblatte“ nicht genannt worden war — und erhob gegen die Arbeiterin Zeitzsch, sowie gegen den Genossen Däumig Privatklage, da letzterer sich geweigert hatte, dem juristischen Vertreter des Privatklägers den Einfender des Versammlungsberichtes zu nennen. — Das Gericht hielt eine Beleidigung für vorliegend und verurteilte die Arbeiterin zu 20 M., den Genossen Däumig zu der angegebenen Geldstrafe.

— Wegen Beleidigung durch die Presse ist am 11. Februar vom Landgericht Etate der Redakteur des „Vollblatts“ für Harburg, Genosse Otto Kiedlinge, zu zwei Monaten Ge-

fängnis verurteilt worden. Die Beleidigung wurde erlitten in einem von dem Angeklagten verfaßten und in Nr. 253 des Volksblattes vom vorigen Jahre veröffentlichten Artikel über die Vereinigte Gummiwarenfabrik in Harburg. Im Frühjahr 1901 hatten die weiblichen Arbeiter jener Fabrik Differenzen mit der Direktion wegen des Accordlohnens. Die männlichen Arbeiter suchten dann ihren Einfluß in dieser Sache geltend zu machen und veranlaßten schließlich einen Generalkonflikt, der nach drei Monaten zu ihren Ungunsten endete. Die alten Arbeiter wurden wieder angenommen, soweit Stellen frei waren; ausgedienten wurden nur, wie es im Urteile heißt, „einige Hauptredakteure“. Einer von diesen, ein gewisser Herold, hat sich nun am 11. September 1902 erschossen, weil er, wie er in einem hinterlassenen Briefe behauptete, keine Arbeit wieder hat finden können. Im Oktober 1902 veröffentlichte die Gummiwarenfabrik ihre Bilanz, nach welcher eine Dividende von 24 Prozent an die Aktionäre verteilt wurde. An alle diese Tatsachen knüpfte der Angeklagte in seinem Artikel an, behauptete dann u. a., die Gesellschaft hätte bei solchen Uebergriffen sehr wohl die Löhne der Arbeiter verdoppeln können, und nannte sie Mörderin des Arbeiters Herold und eine Vertreterin der kapitalistischen Ausbeuter-Clique. Hierin und in weiteren Behauptungen hat das Gericht eine Beleidigung der beiden Direktoren der Gesellschaft erblickt. Der Schatz des § 193 wurde dem Angeklagten nicht zugebilligt. — In seiner Revision, die am Montag vor dem Reichsgerichte zur Verhandlung kam, rügte der Angeklagte zunächst die Nichtberücksichtigung von Weisungen und behauptete sodann, es sei nicht festgestellt, daß auch die beiden Direktoren Aktionäre der Gesellschaft waren. Endlich wurde noch Verleumdung des § 193 gerügt. Das Reichsgericht erkannte nach der „Leipziger Volkszeitung“ gemäß den Anträgen des Reichsanwalts und des Vertreters der Nebenkläger (der beiden Direktoren) auf Verwerfung der Revision.

Kommentar überflüssig!

## Sociales.

Bei Anspruch auf zwei Renten ist dem Versicherten die höhere Rente zu gewähren.

Das Reichs-Versicherungsamt hat unter dem 6. Mai an die Vorstände der Landesversicherungs-Anstalten ein Rundschreiben erlassen betreffend die Art der Berechnung zwischen den Versicherungsanstalten bei der Umwandlung von Invaliden- in Altersrenten sowie von Alters- in Invalidenrenten. In dem Rundschreiben heißt es u. a.:

„Wie das Reichs-Versicherungsamt wiederholt ausgeführt hat, sieht ein Versicherten, der die Voraussetzungen für die Gewährung sowohl der Invaliden- als auch der Altersrente erfüllt hat, nur ein Anspruch auf Zahlung der einen und zwar der höheren Rente zu. Erlangt daher ein Invalidenrenten-Empfänger die Berechtigung zum Bezug einer dem Betrage nach höheren Altersrente, so tritt diese Rente von dem Zeitpunkt ab, der ihr als Beginn festgesetzt ist, an die Stelle der niedrigeren Invalidenrente dergestalt, daß von da ab die Invalidenrente fortfällt und die Altersrente zur Zahlung anzuweisen ist. Hat nun aber der Rentenerhaltende von dem Tage ab, an dem die höhere Altersrente zu laufen beginnt, bis zur erstmaligen Anweisung dieser Rente bereits die niedrigere Invalidenrente bezogen, so kann er für den bezeichneten Zeitraum nur noch den die niedrigere Rente übersteigenden Betrag der höheren Rente nachfordern.“

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

Achtung! Metallarbeiter! Entgegen den Meldungen bürgerlicher Zeitungen geben wir bekannt, daß der Streik bei Heßlich unüberändert fort dauert. Es mag dahingestellt bleiben, in wie weit bei den bürgerlichen Zeitungen der Wunsch der Vater des Gedankens ist, so viel steht fest, daß die Firma alle Mittel versucht, um die Streikenden wankelmütig zu machen. Man geht bis in die Wohnung streikender Arbeiter, bietet ihnen Geld, um auf diese Weise Abtrünnige zu gewinnen. Es ist aber alles vergeblich, die Arbeiter lassen sich nicht dazu herbei, die Arbeit wieder aufzunehmen. Einführung des Reumündentages unter Verbehaftung des Wochenverdienstes für Lohnarbeiter, das ist es, was die Arbeiter fordern, und so lange das nicht bewilligt wird, muß die Firma schon auf ihre Arbeiter verzichten. Ortsverwaltung Berlin.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

### Deutsches Reich.

Die Aussperrung in Heselohn ist beendet. Bis Freitag soll die Arbeit — wie uns eine Privatdepesche mitteilt — in allen Betrieben wieder aufgenommen werden. Leider können aber nicht alle Arbeiter sogleich wieder eingestellt werden, ein Teil von ihnen bleibt vorläufig ohne Beschäftigung. Dies bedeutet jedoch keine Maßregelung. Die Fabrikanten haben ihren Beschluß, keine organisierten Arbeiter einzustellen, aufgehoben und die Bildung von Arbeiterausschüssen beschlossen.

Hiermit ist nun die letzte der großen Aussperrungen, welche in letzter Zeit das allgemeine Interesse weit über die Kreise der unmittelbar Beteiligten hinaus erregten, zum Abschluß gekommen. Von allen diesen Kämpfen, welche die Feinde der Arbeiter-Organisation längst herausgeschrien hatten, dauerte der Konflikt in Heselohn am längsten. Es war gerade am Vorabend des Osterfestes, als die vereinigten Heselohner Unternehmer mehr als 4000 Arbeiter und Arbeiterinnen auf die Straße setzten, weil über eine einzige Fabrik mit einigen 30 Arbeitern aus Anlaß von Lohnstreitigkeiten die Sperre verhängt war. Bedingungslos sollten sich die Arbeiter der Firma Schäfermeier u. Hans ergeben, die vereinigten Fabrikanten wollten der verhassten Arbeiterorganisation den Garaus machen. Mehr Wochen lang haben die Heselohner Arbeiter, unterstützt durch die Solidarität ihrer auswärtigen Genossen, den Kampf gegen die Gewalt des Unternehmertums mit zäher Ausdauer geführt. Verhandlungen, die von unbeteiligter Seite öfter angebahnt wurden, scheiterten stets an dem Starrsinn der Fabrikanten, welche bedingungslose Unterwerfung der Arbeiter verlangten. Die Arbeiter haben nun soweit nachgegeben, daß sie die Sperre über die Firma Schäfermeier u. Hans aufhoben und so die verlangte Vorbedingung für den Eintritt in Vergleichsverhandlungen gaben. Der Abschluß des Konflikts ist ein derartiger, daß man von einer Niederlage der Arbeiter nicht reden kann. Forderungen haben sie ja nicht gestellt, der Kampf galt auf der Seite der Arbeiter lediglich der Erhaltung des Koalitionsrechts, der Abwehr der gegen ihre Organisation gerichteten Angriffe der Fabrikanten, und diese Angriffe sind nach langem, energischem Kampfe zurückgeschlagen. Den Fabrikanten, wenigstens den kleineren, hat der erbitterte Kampf gewiß schwere Wunden geschlagen und sie werden froh sein, daß er endlich beendet ist, obgleich sie ihr Ziel nicht erreicht haben, denn die Organisation der Arbeiter ist nicht befreit.

Die Räucherer in Stuttgart befinden sich im Auslande. Sie fordern Verkürzung der Arbeitszeit.

Ein Maurersstreik ist in Deutzen O-Schl. ausgebrochen. Vor längerer Zeit hatten die Maurer den Unternehmern ihre Forderungen eingereicht, die aber nicht anerkannt wurden.

### Husland.

#### Der vierte österreichische Gewerkschaftskongress

Begann am Montag im Wiener Arbeiterheim seine Sitzungen. Erschienen sind 195 Delegierte, von denen 155 stimmberechtigt sind; diese vertreten insgesamt 88 212 Mitglieder. 40 der Delegierten haben nur beratende Stimme. Die czechischen und ungarischen Gewerkschaftsorganisationen sind durch Delegierte vertreten; die

deutsche Generalkommission hat Döbbsin als ihren Vertreter entsandt. Von der österreichischen Parteileitung ist der Genosse Victor Adler, von der sozialistischen Fraktion des Abgeordnetenhauses Genosse Bernerstorfer anwesend. Nach den üblichen Begrüßungen gab der Vorsitzende der österreichischen Gewerkschaftskommission Häber einige mündliche Erläuterungen zu dem gedruckt vorliegenden Bericht der Kommission. Die Debatten des ersten Tages wurden ausgefüllt mit den Differenzen, die zwischen dem Verband der Metallarbeiter und dem Reichsverein der Eisenarbeiter schweben. Im Jahre 1896 wurde der Beschluß gefaßt, die bestehenden Verbände der Metallbranche in einem Industrieverbande zu vereinigen. Dieser Verband besteht jetzt unter dem Namen „Österreichischer Metallarbeiter-Verband“. Die Eisenarbeiter haben sich den Beschlüssen der Gewerkschaftskongresse nicht gefügt und überall Sondervereinigungen gegründet bezw. einen Reichsverein der Eisenarbeiter gebildet. Die Verhandlungen, bei denen die Gewerkschaftskommission die Vermittlerrolle gespielt, haben zu einer Verständigung nicht geführt, und so ist der Ausschluß der Eisenarbeiter-Organisation aus dem allgemeinen Gewerkschaftsbund erfolgt. Dieser Ausschluß wurde vom Kongress in namentlicher Abstimmung mit 77 130 gegen 8 695 Stimmen gutgeheißen. Die Vertreter der Eisenarbeiter erklärten schließlich, zu neuen Verhandlungen mit dem Metallarbeiter-Verbande bereit zu sein.

Die Aussperrung von 2000 Bauarbeitern in Bern haben die dortigen Bauunternehmer beschlossen und bereits die Massenkündigungen erlassen. Weil die seit acht Wochen streikenden Zimmerleute mit dem Angebot der Meister von 45 bis 55 Centimes pro Stunde, während sie 50 bis 55 Centimes, nun aber nur noch 48 bis 55 Centimes fordern, nicht zufrieden sind, sollen sie durch die Massenaussperrung niedergedrungen werden.

Die Lohnbewegung der Luzerner Zimmerleute ist mit dem Erfolg einer Lohnerhöhung von 8 bis 4 Centimes pro Stunde beendet worden.

## Aus der Frauenbewegung.

Wie nähren sich die unverheirateten Fabrikarbeiterinnen in Berlin?

Wir haben mehrfach nach dem „Reichs-Arbeitsblatt“ Mitteilungen über die Verhältnisse der unverheirateten Arbeiterinnen Berlins gebracht, über ihre Einkommen, und über ihre Wohnungsverhältnisse. Heute wollen wir einige Mitteilungen über die Frage machen, wie die Arbeiterinnen sich ernähren.

Von 900 Arbeiterinnen hielten 402 (44,7 Prozent) zu Mittag, 498 (55,3 Prozent) am Abend ihre Hauptmahlzeit, und von 890 hielten 706 (79,4 Prozent) diese zu Hause, 84 (9,4 Proz.) in der Fabrik und 100 (11,2 Proz.) in Gasthaus, Kochschule oder Volksschule. Ein Zusammenhang dieser Zahlen mit dem Gewerbe der Arbeiterinnen läßt sich nicht herausfinden. Die geringer bezahlten Arbeiterinnen der Seifenfabriken und der Schokoladenfabriken sowie die Näherinnen essen, wie zu vermuten ist, zum bei weitem größten Teil zu Hause, aber auch in anderen Gewerben findet dieses statt, und die Zeit des Essens scheint unabhängig von diesen Verhältnissen zu sein. Es ist wahrscheinlich, daß die sogenannte englische Arbeitszeit in der Papierverarbeitung soweit eingeführt ist und Anlaß gegeben hat, daß der größte Teil der Arbeiterinnen (111 gegen 40) die Hauptmahlzeit erst am Abend erhalten. Oft macht es auch die große Entfernung zwischen Wohnung und Fabrik unmöglich, daß die Arbeiterin zu Mittag ihr Heim aufsucht. Die meisten Arbeiterinnen geben an, fast täglich warmes Essen zur Hauptmahlzeit zu erhalten, der Durchschnitt von 829 Angaben stellt sich auf 6,47mal in der Woche; nur dreimal oder seltener erhielten es 37 Arbeiterinnen. Einzelne Gewerbe treten hier nicht hervor; vielfach wird Sonnabends nicht warm gegessen, in einer Anzahl anderer Fälle konnten dies die Arbeiterinnen nicht, weil sie magentranke waren, ihr Verdienst nicht ausreichte, in der Schlafstunde keine Gelegenheit oder des Abends keine Zeit zum Kochen war oder dergleichen. Frühere Dienstmädchen hielten dagegen auf warmes Essen, weil sie dieses gewohnt waren. Deftiger wird über das bei der Mahlzeit Gebotene gellagt. Von alleinstehenden Arbeiterinnen wird meist Kartoffel, Brot und Reissuppe gefocht, oder man isst Eier oder gedacktes Fleisch mit Kartoffeln. Sonst giebt es Fleisch nur am Sonntag, namentlich auch in der Familie, und hier müssen die Arbeiterinnen oft gegenüber den männlichen Mitgliedern zurückstehen. Diese Ernährung ist als unzureichend anzusehen; die oben mitgeteilten Zahlen über den Genuß warmen Essens geben augenscheinlich ein zu günstiges Bild. Ein Teil der Arbeiterinnen, welche abends essen, sparen sich die Hälfte für den nächsten Tag auf und wärmen sie dann zu Mittag in der Fabrik; sie sparen damit zugleich die Ausgabe für Kaffee usw., die sich sonst auf 1 Mark in der Woche stellt. Viele gering gelohnte Arbeiterinnen bringen sich den Kaffee zum Aufwärmen von Hause mit. Die im Gasthaus Essenden verlangen täglich Fleischspeisen, essen dafür aber gar nicht warm, wenn Geldmangel eintritt.

Der Preis für die gesamte Kost (Haupt- und Nebenmahlzeiten) betrug wöchentlich für 568 Arbeiterinnen (ausschließlich wieder derjenigen mit ganzer Pension) 6,77 M.; bis 6,00 M. zahlten 205, bis 7,00 M. 147, bis 8,00 M. 107, über 8,00 M. 109 Arbeiterinnen. Einen sehr geringen Betrag ergeben wieder die Schokoladenarbeiterinnen mit 6,12 M., den höchsten mit 8,68 M. die Cigarettenarbeiterinnen; hoch stehen auch die Drudereiarbeiterinnen mit 7,52 M., die Plätterinnen mit 7,24 M. und die Textilarbeiterinnen mit 7,06 M. Sehr interessant sind die in einer Inspektion gesammelten 38 genauen Daten über die Ausgaben für Nebenmahlzeiten; diese schwanken von 1,55 bis 4,20 M. und betragen im Durchschnitt 3,05 M.; es handelt sich auch hier nur um Arbeiterinnen, welche in Schlafstellen oder eigener Wohnung untergebracht sind. Dazu kommt der Preis für Morgenkaffee mit 0,75 M., so daß für die Hauptmahlzeit im Durchschnitt rund 3 M. übrig bleiben. Für die Nebenmahlzeiten bestrafen die 38 Arbeiterinnen Brot und Weißbrot für 0,25 bis 1 M., im Durchschnitt 0,48 M., Butter für 0,40 bis 1,00 M., im Durchschnitt 0,85 M., Milch für 0,10 bis 1,40 M., im Durchschnitt 0,56 M., Kaffee für 0,25 bis 1,00 M., im Durchschnitt 0,33 M., Obst, Wurst, Käse und Eier für 0,30 bis 2,00 M., im Durchschnitt 0,92 M. Jeder kaufte nur etwa 15 im Durchschnitt für 0,20 M.; 4 gaben an, daß dafür der Verdienst nicht ausreichte. Dieselbe Angabe machten je 2 bei Milch und Delag u. Kuchen und Kakao kauften nur 2 bezw. 4. Die vorstehenden Ausgaben für Beköstigung können jedoch nur zur Zeit normaler Verhältnisse gemacht werden. Gewöhnlich hat die Arbeiterin nicht genug gespart, wenn viele bezahlt oder Kleider gekauft werden sollen. Dann muß sie die Ausgaben für Essen beschränken und sie geht damit auf 5, ja auf 2 bis 3 M. herunter! Um den Frühkaffee zu sparen, trinken einzelne Arbeiterinnen ihn erst zum Frühstück in der Fabrik.

## Sociale Rechtspflege.

Zur Auslegung des Begriffs „Ernährerin der Familie“ im Sinne der Bestimmung des § 44 Abs. 2 Satz 3 des Invaliden-Versicherungsgesetzes. Einen auf Grund dieser Bestimmung erhobenen Beitragsersatzungs-Anspruch hat das Reichs-Versicherungsamt, wie das Juniheft der „Ämtlichen Nachrichten des Reichs-Versicherungsamts“ mitteilt, auf die Beschwerde des von der Versicherungsanstalt abgewiesenen Antragstellers durch Bescheid vom 25. April 1903 mit folgender Begründung anerkannt: Nach § 44 Abs. 2 Schlusssatz des Invaliden-Versicherungsgesetzes steht dem Witwer ein Erstattungsanspruch zu, wenn die verstorbene Ehefrau wegen Erwerbsunfähigkeit ihres Mannes die Ernährerin der Familie gewesen ist. Daß die Ehefrau gerade die Ernährerin der Familie gewesen sei, wird vom Bescheide nicht gefordert. Im vorliegenden Falle bestand die Familie aus Mann und

Frau; die Mutter der Letzteren, die in häuslicher Gemeinschaft mit dem Eheleuten gelebt hat, kann nicht dazu gerechnet werden. Der erwerbsfähige Ehemann bezog eine Invalidenrente von jährlich 164 M. 40 Pf., die Frau verdiente wöchentlich etwa 9 M. Weitere Einnahmen hatten sie nicht; insbesondere war offenbar der Verdienst der Mutter nicht derart, daß davon den Eheleuten etwas zugute kam. Daß der Ehemann den Unterhalt seiner Frau nicht mit der Rente bestreiten konnte, liegt auf der Hand. Die Rente reichte kaum zu seinem eignen Unterhalte aus, so daß er wohl noch von dem Verdienste der Frau mitgelebt hat. Jedenfalls mußte die Frau für sich selbst sorgen und so zum Unterhalte der Familie beitragen. Hätte sie nicht in dem Maße, wie sie es gethan, zu dem Unterhalte beigetragen, so würde die Familie in eine Notlage geraten sein. Wie aber hinsichtlich der Angehörigen-Unterstützung im Falle des § 18 Abs. 4 des Invalidenversicherungsgesetzes stets angenommen ist, daß jemand durch seinen Arbeitsverdienst den Unterhalt von Angehörigen schon dann bestreitet, wenn er dazu in dem Maße beiträgt, daß eine Notlage ferngehalten wird, so ist auch die Ehefrau im Falle des § 44 Abs. 2 Schlusssatz a. a. O. als Ernährerin der Familie anzusehen, wenn sie diese durch ihren Verdienst vor einer Notlage bewahrt.

**Ein Unfall, der nach fast drei Jahren zum Tode führte.**

Der Arbeiter V. hatte am 30. August 1899 eine Verletzung am Hinterkopfe erlitten. Da die Wunde nach siebenwöchentlicher Behandlung in der Charité geheilt war, konnte er die Arbeit wieder aufnehmen. Am 27. Mai 1902 erlitt V. dann einen zweiten Unfall, indem ihm eine schwere Tafel Eisenblech auf den rechten Fuß fiel. Am 17. Juni mußte V. nach der Charité überführt werden, wobei er am 20. Juni verstarb. Die Ehefrau erhob nun bei der Nordöstlichen Eisen- und Stahl-Versicherungsgesellschaft den Anspruch auf Hinterbliebenenrente, indem sie den Tod ihres Ehemannes auf die beiden erlittenen Unfälle vom 30. August 1899 und 27. Mai 1902 zurückführte, namentlich aber den ersten Unfall mit dem Tode in ursächlichen Zusammenhang brachte. Die Versicherungsgesellschaft lehnte die Ent-

schädigungspflicht ab, da die Verletzung des rechten Fußes mit dem Tode nicht im ursächlichen Zusammenhange stehe, die Kopfverletzung aber ganz geringfügiger Art war, da der Verletzte die Arbeit bereits nach sieben Wochen wieder aufgenommen habe und seit dem Unfall auch mehr als zwei Jahre verfloßen sind, eine Entschädigungspflicht also nicht vorliege. Die Witwe des Verstorbenen legte Berufung ein und führte aus, daß der erste Unfall es sei, bei welchem der Verletzte die Kopfverletzung sich zugezogen, die, wie aus den Akten ersichtlich ist, eine schwere Gehirnerschütterung hervorgerufen, dann aber zweifellos den Tod herbeigeführt habe. Wenn auch in zwei Jahren bei dem Verstorbenen Folgen des Unfalles vom 30. August 1899 nicht wahrzunehmen waren, so sind die Krampfanfälle, die sich fast unmittelbar nach dem Unfall vom 27. Mai 1902 bemerkbar machten und nach der Ueberführung in die Charité vom 17. Juni bis zum Todestage (den 20. Juni) täglich fast mehreremal aufeinander folgten, als Todesursache anzusehen. In der Verhandlung vor dem Schiedsgericht machte der Vertreter der Klägerin geltend, daß bei Gehirnerschütterungen nach ärztlicher Erfahrung in sehr vielen Fällen die Folgen erst nach längerer Zeitdauer ganz plötzlich zum Ausdruck kommen und den Tod im Gefolge haben. Auch hier handle es sich um einen solchen Fall. Da alle anderen Merkmale für den Tod, wie aus dem Gutachten des Oberarztes der Charité hervorgehe, fehlen, so ist der Unfall vom 30. August 1899 ohne Zweifel als Todesursache anzusehen, dafür spreche auch der Befund der Gehirnmasse, der auf die stattgefundenen Gehirnerschütterung zurückzuführen ist und auch die stattgefundenen Krampfanfälle bedingte, die dann schließlich den Tod herbeiführten. Der ursächliche Zusammenhang des Todes mit den Unfällen sei also mit hinreichender Wahrscheinlichkeit erwiesen und somit rechtfertige sich die Rentenentschädigung. Der Vertreter der Versicherungsgesellschaft machte dagegen geltend, daß nicht die Unfälle den Tod herbeigeführt hätten, vielmehr sei derselbe auf den starken Alkoholgenuß zurückzuführen, denn nach der eigenen Angabe der Ehefrau soll der Verletzte öfter betrunken nach Hause gekommen sein. Auch sei in dem ärztlichen Gutachten von übermäßigem (?) Alkoholgenuß

dem der Verstorbene obgelegen habe, die Rede, mithin habe die Versicherungsgesellschaft keine Entschädigung zu leisten. Das Schiedsgericht folgte den Ausführungen der Klägerin und erkannte auf Grund des Aktenmaterials, insbesondere des Gutachtens des Oberarztes der Charité Dr. St. den Tod des Ehemannes der Klägerin infolge der Unfälle für hinreichend erwiesen und verurteilte die Versicherungsgesellschaft zur Zahlung der Hinterbliebenenrente.

**Eingegangene Druckschriften.**

Annalen des Deutschen Reiches für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft. München 1903. Verlag von J. Schöner. — Inhalt von Nr. 6: Ueber Belen und Bedeutung der Differenzgeschäfte in rechtlicher und wirtschaftlicher Hinsicht, von Dr. Georg Bermet in Berlin. — Die Aufrechterhaltung der gemeindlichen Armenpflege in Bayern, von Professor Dr. D. Wehm in Erlangen. — Der § 16 der preussischen Städte-Ordnung und die Hausbesitzer unserer Großstädte, von Dr. jur. G. Dryander, Regierungsrat in Potsdam. — Mitteilungen zur deutschen Genossenschaftsstatistik für 1900, von Dr. H. Petermann, Geh. Regierungsrat und Professor, Leiter der statistischen Abteilung der Preussischen Central-Genossenschaftskasse. — Stützen und Notizen. — Aus den Gesetzblättern. — Miscellen.

**Witterungsüberblick vom 19. Juni 1903, morgens 8 Uhr.**

Stationen	Barometer- Stand mm	Wind- richtung	Wind- stärke	Wetter	Stationen	Barometer- Stand mm	Wind- richtung	Wind- stärke	Wetter	Temp. u. G. 10° C. = 50° F.	
Stettin	757	NO	3	bedeckt	15	Saparanda	762	SSW	2	wolkig	11
Danzig	758	NO	3	wolkig	15	Petersburg	758	SSW	1	bedeckt	14
Berlin	756	NO	1	Regen	17	Genève	758	SSW	1	bedeckt	14
Frankfurt	753	NO	1	wolkig	19	Aberdeen	758	SSW	1	Regen	12
München	755	NO	5	halb bed.	16	Paris	758	SSW	1	Regen	12
Wien	756	NO	3	bedeckt	16						

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 11. Juni 1903. Himmel schwül, zeitweise aufklarend, vorwiegend noch trübe mit geringen Regenschauern und mäßiger Luftbewegung.

**Inserate** für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Größere Inserate bitten wir vorher anzumelden und bis 4 Uhr nachmittags einzufenden. Die Expedition.

Nur den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Theater.**  
Donnerstag, den 11. Juni.  
Anfang 7 1/2 Uhr:  
Oberhaus, Tristan und Isolde.  
Schauspielhaus, Die Schloßherrin.  
Deutsches, Komina Banna.  
Reichshallen, Lustige Ehemänner.  
Vorher: Nach dem Balle.  
Westen, 100 000 Thaler.  
Central, Wid und Wodet.  
Anfang 8 Uhr:  
Schiller O. (Wallner-Theater),  
Nach Jahr und Tag. — Abschied  
vom Regiment. — Der grüne  
Kakadu.  
Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädt.  
Theater), Der Meister von Palmyra.  
Berliner, Die lustigen Weiber.  
Neues, Krösus.  
Thalia, Desdemona.  
Kleines, Nach dem Balle.  
Belle-Alliance, Der Jägerbaron.  
Carl Weiss, Das Geheimnis des  
roten Hauses.  
Metropol, Neues! Neues!  
Apollon, Die Liebesinsel. Specialitäten.  
Passage-Theater, Specialitäten.  
Wintergarten, Specialitäten.  
Reichshallen, Stettiner Sänger.  
Urania, Landstraße 48/49.  
Von der Zugspitze zum Watzmann.  
Invalidenstrasse 57/62. Stern-  
warte. Täglich geöffnet von 7  
bis 11 Uhr.

**Central-Theater**  
Gente und folgende Tage, Anf. 8 Uhr:  
**Pick und Pocket.**  
Schwan mit Gelang und Tanz in  
3 Akten nach dem Französischen von  
Gust. Bernert und Erich Urban.  
Musik von H. Bauß.

**Residenz-Theater**  
Direktion: Sigmund Lautenburg.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
**Lustige Ehemänner.**  
Schwan in 3 Akten von H. Marx und  
Albert Barré. Deutsch v. Schönau.  
Vorher:  
**Nach dem Balle.**  
Schwan in 1 Akt nach d. Spanischen  
des R. Carion von R. Loebel.  
Morgen und folgende Tage: Die-  
selbe Vorstellung.

**Metropol-Theater.**  
Der größte Erfolg dieser Saison!  
Zum 151. Male:  
**Neuestes!**  
**Allerneuestes!**  
Dramatische Revue in 5 Bildern.  
Glänzendes Ballett. 300 Mitwirkende.  
Anfang 8 Uhr.  
— Ranchen überall gestattet. —  
**Apollo-Theater**  
Täglich: Mit kolossalem Beifall:  
**Die Liebes-Insel.**  
Im 3. Akt: Die lebenden Briefmarken.  
● Grosses Post-Ballett. ●  
Vorher: Neue glänzende Specialitäten.  
**Neues Theater**  
Schiffbauerdamm 4a-5.  
Anfang 8 Uhr:  
Gastspiel Hansi Niese.  
**Arche Noah.**

**Urania.**  
Taubenstrasse 48/49.  
Abends 8 Uhr:  
**Von der Zugspitze  
zum Watzmann.**  
**Sternwarte**  
Invalidenstrasse 57/62.

**Castans Panoptikum**  
Friedrichstr. 165.  
**Neu!** Ein spiritistisches  
Rätsel, Enthüllungen  
über Anna Rothe.  
**Neu! Der Gummensch!**  
**Neu!** Die Illusion  
„Auferstehung“.  
**Neu!** Karl-Forschneritsch  
gen. Paganini redivivus, mit  
seiner Wiener Elitekapelle,  
grosso  
**Promenaden-Konzerte.**

**Passage-Theater.**  
Anf. Sonntags 3 Uhr, Wochentags  
5 Uhr. Ende 11 Uhr.  
**Carla Lingen**  
in ihrem Repertoire.  
**Erna Koschel.**  
**Josefine Delclieur.**  
Ganz Berlin zerbricht sich  
schon den fünften Monat  
den Kopf über **AGA!**  
die schwebende Jungfrau!  
14 erstklassige Nummern.

**Belle-Alliance-Theater.**  
**Der Jägerbaron**  
Operette von Johann Strauß.  
Karelle Neuv. Schuster & Witz.  
Siegfried Adler.  
Sonnabend: Artemis Colonna.  
Im Sommergarten:  
Specialitäten - Vorstellung. Konzert.  
The American Ebony-Bells.  
**Diez! Specialitäten-Theater**  
Landsberger Allee 76-77  
Obstschänke (Ringb.-St.). Ob Regen!  
Täglich das unerrichtete  
Juni-Programm! Robert u. Bertram.  
Clown Dolls. Frey Brand.  
Cafe-Wall. Boccaccio-Trio etc.  
Sonnabend, Sonntag u. Montag Tanz

**Schiller-Theater.**  
**Schiller-Theater O.**  
(Wallner-Theater).  
Donnerstagabend 8 Uhr:  
Nach Jahr und Tag. — Abschied  
vom Regiment. —  
Der grüne Kakadu.  
Freitagabend 8 Uhr:  
Nach Jahr und Tag. Abschied vom  
Regiment. Der grüne Kakadu.  
Sonnabendabend 8 Uhr:  
Dieselbe Vorstellung.  
**Schiller-Theater N.**  
(Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater).  
Donnerstagabend 8 Uhr:  
Der Meister von Palmyra.  
Dramatische Dichtung in 5 Aufzügen  
von Adolph Wilbrandt.  
Freitagabend 8 Uhr:  
Zum erstenmal:  
**Berlin, wie es weint und  
lacht.**  
Sonnabendabend 8 Uhr:  
Berlin, wie es weint und lacht.

**Kleines Theater.**  
Unter den Linden 44.  
Anfang 8 Uhr.  
**Nachtsyl.**  
**Carl Weiss-Theater.**  
Große Frankfurter-Strasse 132.  
**Das Geheimnis des roten Hauses.**  
Engl. Senationskomödie in 6 Bildern  
von Dünkersfeld. Anfang 8 Uhr.  
Morgen: Dieselbe Vorstellung.  
Sonnabendabend 8 Uhr (Barfett  
60 Pf.): **Der Liebe Gebot.**  
Im Garten: Konzert, Theater- und  
Specialität-Vorstellung. The Piepelt,  
Turnierläufer. Anf. 5 1/2 Uhr.

**Luisenpark**  
Wilmersdorf  
**Wilhelmsau 112**  
(herrlicher, städtischer Garten).  
Jeden Sonntag:  
**Gr. Frei-Konzert**  
(Damen-Kapelle). Anfang 3 Uhr.  
Grosser Ball.  
Jeden Donnerstag:  
Gastspiel der hochoriginiellen  
**Frankfurter  
Sänger.** Herren:  
Bredel, Bajohr, Acker, Franz,  
Görn und Kraft.  
Stets wechselndes Programm.  
Anfang 8 Uhr. Entree frei.  
**Frei-Tanz.**  
Es ist mir gelungen, die be-  
rühmten Frankfurter Sänger für  
den Donnerstag zu engagieren,  
dafür fallen die Dienstag-  
Konzerte aus.  
Um zahlreichen Besuch bittet  
**H. Meyer.**

**W. Noacks Theater.**  
Direktion: Robert Dill.  
Brunnenstrasse 16.  
Heute: 1. grosse Extra-Vorstellung:  
**Marie-Anne,**  
ein Weib aus dem Volke.  
Schauspiel in 5 Akten v. Wendelsbohn.  
Dazu die erstklassigen Specialitäten.  
**Bernhard Rose-Theater.**  
Gesundbrunnen. Badstr. 58.  
**Paul Taglion.** Ballett-Parodist.  
**Helen Chaghe.** die 11jährige unerreich-  
bare Trapesekünstlerin. **Richard Wagner,**  
beliebter Konzert- und Liedersänger.  
**Clara Antonia,** Kostüm-Soubrette mit  
neuen Schlägern. **Schmidt-Hawkins,**  
beliebter Humorist. **Eugenia Wernke,**  
Welterfolgter-Gebirglerin vom Winter-  
garten. **Brothers Shadow,** moderne  
Gladiatoren vom Circus Busch.  
**Willy Agoston** in  
**!!! Berlin auf Stelzen!!!**  
Anfang 4 Uhr.

**WINTERGARTEN**  
**Neues Programm.**  
Agnes Säter, norweg. Soubrette.  
Miss Vetana, Schulleiterin.  
Eilmanns Alpen-Gesangs- u. Tanz-  
Quintett.  
Jim und Jam, komische Akrobaten.  
Die Biseras, weibl. Trompetercorps.  
Urban u. Sohn, akrobat. Produktion.  
Pia Carozzi, Harfen-Virtuosin.  
Diana, amerik. Spiegeltänzerin.  
Adele Moraw, Soubrette.  
Charles Baron in seiner Scene: „Im  
Löwenkäfig“.  
Allison-Trupps, ikarische Spiele.  
„Der Schönheitspreis“ Ballet-Divert.  
Biograph.

**Freie Volksbühne.**  
Eine neue Abteilung wird in den Monaten  
Juli, August eröffnet. Anträge auf Aufnahme von  
Mitgliedern werden in allen Zahlstellen entgegengenommen.  
Bei der Anmeldung ist gegen vorläufige Quittung das  
Einschreibegeld (80 Pf.) und die September-Bei-  
tragsrate (80 Pf.) in der Zahlstelle zu hinterlegen.  
Die vom Vorstand aufgenommenen Mitglieder erhalten  
ihre neuen Mitgliedskarten im August.  
**Ordner-Sitzung:** Sonnabend, den 27. Juni.  
**General-Versammlung:** Dienstag, den 30. Juni, im  
Gewerkschaftshaus T.-O.: Geschäfts-, Kassen- und  
Revisionsbericht. Diskussion. Statutenänderung.  
**Sonntag, den 14. Juni, nachm. 2 1/2 Uhr im Berliner  
Theater:** 2 Opern-Abteilung (blaue Marken):  
**Die lustigen Weiber.**  
229/4 **Der Vorstand.** I. A.: G. Winkler.

Am Königsthor. **Schweizer-Garten.** Friedrichshalm.  
Täglich Theater-Vorstellung.  
14 Lustspiel- und Posen-Novitäten.  
**Neues Artisten-Programm.**  
Jeden Abend 10 1/2 Uhr: **Das Allerweltsgenie.**  
Große Pöse mit Gelang und Tanz in 2 Bildern.  
Täglich: **Ball.** Volksbelustigungen. Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.

**Nasenheide** **Neue Welt** Arnold Scholz.  
108-114.  
Donnerstag, den 11. Juni 1903:  
**Militär-Konzert.**  
**Gala-Specialitäten-Vorstellung.**  
**Monstre-Feuerwerk.**  
Pyrotechniker: A. Bock.  
Anfang 5 Uhr. Entree 50 Pf.  
Avis! Freitag, 19. Juni: Gr. Sommerfest der Intern. Artisten-Logo.

**Fröbels Allerlei-Theater**  
früher Puhmann.  
Schaubühnen Allee 148.  
Inhaber: **Wilhelm Fröbel.**  
Heute, sowie täglich:  
Der erfolgreiche, brillante  
**Juni-Spielplan.**  
Konzert, Theater u. Specialitäten.  
Von 8 Uhr: Das große Volksfest:  
**Zur rechten Stunde.**  
10 Uhr: Die verkehrte Welt  
**Figliola.**  
10 1/2 Uhr: Molly Verch.  
10 3/4 Uhr: Die Katakomben von Paris.  
Täglich: **Großer Ball.**  
Sonntags 4 Uhr.  
Wochentags 5 Uhr.  
Eintritt 30 Pf., Sperrst. 50 Pf.

**Sanssouci.**  
Täglich im Garten:  
**Hoffmanns**  
**Norddeutsche Sänger.**  
Anfang: Sonntag  
Konz. 5 Uhr, Vorstell. 7 1/2 Uhr.  
Wochentags:  
Konz. 6 Uhr, Vorstell. 8 Uhr.  
Sonnt. Abend u. Donnerst.  
nach der Solace: Tanz.

**Königstadt-Kasino.**  
Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstr.  
Bei günst. Witterung im Garten.  
Anthropos, der künstliche Mensch.  
Paul Ybbs, Ruffl. Imitation.  
H. Schanz, Geschm. Wend. Marion.  
Rittsch, Sonnabend, Sonntag:  
**Tanz.**

**Reichshallen.**  
**Stettiner Sänger.**  
In der Klemme.  
Humoreske von Weigel.  
Anfang: 8 Uhr.  
Wochentags 7 Uhr.

**Herren-Moden**  
elegante Ausführung  
geringe Teilzahlung  
**J. Kurzberg, Neue Königstr. 47**  
direkt am Alexanderplatz.  
**Roh-Tabak** 1068/9  
**Max Jacoby, Streifenstr. 52.**  
**Kranz- und Blumenbinderei**  
**H. Rodewald,**  
Alexandrisenstrasse 1a.  
Anzüge mit Bindungsstreifen,  
Urrangements zu Festlichkeiten, Bou-  
quets, Topfgewächse jeder Art etc.  
preiswert. 18025\*

**Metropol-Theater.**  
Der größte Erfolg dieser Saison!  
Zum 151. Male:  
**Neuestes!**  
**Allerneuestes!**  
Dramatische Revue in 5 Bildern.  
Glänzendes Ballett. 300 Mitwirkende.  
Anfang 8 Uhr.  
— Ranchen überall gestattet. —  
**Apollo-Theater**  
Täglich: Mit kolossalem Beifall:  
**Die Liebes-Insel.**  
Im 3. Akt: Die lebenden Briefmarken.  
● Grosses Post-Ballett. ●  
Vorher: Neue glänzende Specialitäten.  
**Neues Theater**  
Schiffbauerdamm 4a-5.  
Anfang 8 Uhr:  
Gastspiel Hansi Niese.  
**Arche Noah.**

196 Friedrichstrasse 196  
nahe der Leipziger Strasse

Permanente

**AUSSTELLUNG**  
der Gegenstände, die für

**JASMATZI-COUPONS**  
erhältlich sind.

**GEORG A. JASMATZI AKT.-GES.**  
Grösste deutsche Cigarettenfabrik.

**Automobil** (Dion), vierfüßig,  
eleganter, unumstän-  
dlich, sofort des-  
tailliert.  
Witterstr. 120. I. I.



Prozeß gegen die Pommerbank.

Die gestrige Sitzung galt zunächst der weiteren Verhandlung über den Wert des Terrains der Bayerischen Straße in Wilmersdorf. Angell hat die Sache verteidigt, insbesondere gegen die vom Direktor Eichmann gegebene Wertbemessung von Wilmersdorfer Terrain. Bei all diesen Dingen handle es sich um die Ansichten von Baufachverständigen auf der einen und kaufmännischen Sachverständigen auf der anderen Seite. Beide werden schwerlich in ihren Überzeugungen zusammentreffen. — Angell, Schulz behauptet, daß das Terrain in der Bayerischen Straße mit dem Terrain der vom Direktor Eichmann geleiteten Wilmersdorfer Baugesellschaft absolet nicht zu vergleichen sei. Die für die Zeit von 1895 bis 1897 angenommene kolossale Wertsteigerung habe ihren Grund darin gehabt, daß inzwischen der Bahnhof Savigny-Platz eröffnet worden sei.

Regierungsrat a. D. Direktor Guttman läßt sich gleichfalls des längeren über die Wohl-Hanel'schen Lagermittelungen aus. Er versichert wiederholt, daß die Streitigkeit wiederholt den Versuch gemacht habe, Teile dieses Terrains zu 1100 M. die Quadratrute abzugeben, daß es aber nicht möglich gewesen sei, zu solchen Preisen Käufer zu finden. Die Verhandlung wendet sich der Anlage zu, in welchem den Angeklagten Schulz und Romeid der Bortwurf der Untreue gegen die Streitigkeit durch Verkauf von Pommeraktien gemacht wird. Für die Streitigkeit sind unter der verantwortlichen Leitung der Angeklagten bis zum 7. September 1897 nominell 4 008 000 M. Pommeraktien zum Preise von 7624 218 M. angekauft worden. Die Ankaufe waren folgende: am 26. Mai 1896 nominell 1 742 400 M. zum Kurse von 144 Proz.; am 1. September 1897 nominell 838 800 M. zum Kurse von 153,60 Proz.; am 7. September 1897 nominell 2 326 800 M. zum Kurse von 155 Proz. Die Anlage behauptet nun, daß wenn auch ein „Aktionsfortium“ als die Verkäufer dieser Aktien auf den Schluschein angegeben werden, doch die Angeklagten Schulz und Romeid die wahren Verkäufer gewesen seien. Angell, Schulz erklärt hierzu, daß es sich hier um Transaktionen handle, die in erster Linie in das Verfort der von Herrn Romeid geleitet gewesen Bankabteilung fallen. — Angeklagter Romeid will sich über die Sachlage äußern, Staatsanwalt Beeck erklärt jedoch, daß er über dieses ganze Kapitel nur in Anwesenheit des Sachverständigen Vordirektor Dr. Gerschel verhandeln könne. Die Verhandlung wird deshalb auf Donnerstag 9 Uhr vertagt.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Arbeiter-Radsfahrer! Radsfahrer, welche gewillt sind, am 16. Juni, dem Wahltag, als Radsfahrer für die Partei tätig zu sein, werden aufgefordert, am Freitag, den 12. d. M., abends pünktlich 9 Uhr, nach dem Lokal des Genossen Fritz Wille, Brunnenstr. 188, zu kommen. Der Vertrauensmann.

Erster Wahlkreis. Heute, Donnerstag, in Cohns Festfäden, Reutstr. 19/21: Wähler-Versammlung. (Siehe Inserat in der heutigen Nummer.)

Dritter Wahlkreis. Achtung, Parteigenossen! Heute, Donnerstag, abends 8 Uhr, spricht bei Wuggenhagen, Moritzplatz, der Genosse Paul Singer über: Die bevorstehende Reichstagswahl und unsere Gegner; und bei Feuerstein, Alte Jakobstr. 75, der Genosse Dr. Paul Bernstein über: Die Bedeutung der bevorstehenden Reichstagswahl. Außerdem Diskussion. Regen Besuch dieser Versammlungen erwartet. Das Wahlkomitee.

Socialdemokratischer Wahlverein der Frauen Berlins und Umgegend. Die letzten Versammlungen vor den Wahlen finden statt: Donnerstag, den 11. Juni, bei Wernau, Schwedterstr. 23. Referent: Stadtverordneter Hugo Weimann. Freitag, den 12. Juni, im Lokale Königsbank, Gr. Frankfurterstraße 117. Referentin: Genossin Dr. Wally Zepier. Mitglieder erhalten gegen Vorgeigung ihrer Mitgliedskarte eine Prospekt gratis. Männer und Frauen als Gäste willkommen. Der Vorstand.

Reichstags-Wahlkreis Nieder-Barnim. Das ständige Wahlbureau des Kreises befindet sich bei Tempel, Nummelsburg, Alt-Vorhagen 50. Telefon: Amt Nummelsburg Nr. 78. Dasselbe ist geöffnet nachmittags von 4—8 Uhr. Am Montag, den 15. und Dienstag, den 16. Juni, den ganzen Tag. Das Central-Wahlkomitee fordert alle Genossen, welche in Berlin arbeiten und im Nieder-Barnimer Kreise wohnen, auf, sich dem Wahlkomitee ihres Wohnortes zur Verfügung zu stellen. Diejenigen Genossen, welche sich den ganzen Tag zur Verfügung stellen, werden ersucht, sich am Wahltag früh 7 Uhr in dem betreffenden Wahlbureau ihres Wohnortes einzufinden. Es ist unbedingt notwendig, sich mit Legitimationspapieren zu versehen. Central-Wahlkomitee Nieder-Barnim. J. A. G. Freiwaldt.

Achtung, Radsfahrer! Die radsahrenden Genossen werden ersucht, sich recht zahlreich zur Verfügung zu stellen, um zu zeigen, daß wenn es gilt und die Partei es ruft, unsere blühenden Stahlrosen überall zur Verfügung zu stellen. Machen wir dem Namen Arbeiter-Radsfahrer Ehre! Unser Parteibewußtsein soll der Ansporn sein, im Dienste der großen Sache tätig zu sein. Opfern jeder von Euch, Arbeiter-Radsfahrer, einen Tag! Mit vielen Kräften ist die Arbeit bald gethan. Sage niemand, es sind schon genug. Genug kann es niemals sein, niemals werden. Da der Wahlkreis Teltow-Beeskow-Storkow der größte im Reich ist, sind auch außerordentlich viel Kräfte erforderlich. Damit nun den Genossen, welche weit draußen im Kreise tätig sein sollen, das Wahlrecht nicht verloren geht, richten wir den Appell an alle Radsfahrer, sich so zahlreich wie möglich zur Verfügung zu stellen. Machen wir am Tage der Wahl dem Zeichen der Solidarität, welches wir so stolz auf unserer Brust tragen, Ehre, helfen wir unserem Kandidaten zum Siege. Sein Sieg ist unser Sieg! Darum Genossen, am Tage der Wahl mit frohlichem „Freisch auf!“ für die große Sache! Wer helfen will, möge sich am Freitag abends 8 Uhr, Rigsdorf, Bergstraße 151, bei Ziel, sonst beim Vertrauensmann, Genossen Waida, Rigsdorf, Zietzenstraße 27, melden.

Charlottenburg. Heute, Donnerstag, abends 8 1/2 Uhr, findet im Volkshaus, Rosinenstr. 3, eine öffentliche Wähler-Versammlung statt, in welcher der bisherige Vertreter Stadtverordneter Fritz Zubeil über die bevorstehenden Reichstagswahlen einen Vortrag halten wird. Gegner sind hierzu ganz besonders eingeladen. Das Wahlkomitee.

Wilmersdorf. Am Sonnabend, den 13. d. M., abends 8 1/2 Uhr, spricht Genosse Dr. Alberty in einer Wähler-Versammlung in Wittes Volksgarten über: „Auf zur Wahl, ein erstes Wort in letzter Stunde“. Gegner sind zu dieser Versammlung geladen; desgleichen Waltemeiser Hammer mittels Einschreibebriefes. Am Donnerstag findet hierzu eine Handzettel-Verteilung statt. Die Genossen werden dringend ersucht, sich an dieser zahlreich zu beteiligen, ebenso rechtzeitig für guten Besuch der Versammlung insgesamt Sorge zu tragen. Der Vorstand.

Zehlendorf. Zu der am Sonntag, den 14. Juni, stattfindenden Flugblattverteilung werden die Genossen ersucht, sich früh 7 Uhr bei Giese, Teltowerstr. 23, einzufinden. Zahlreiche Beteiligung notwendig. Der Vorstand.

Weißensee. Am Freitag, den 12. Juni, abends 8 Uhr, findet in Eubers Brauerei, König-Charlotten 5/6, eine öffentliche Wähler-Versammlung statt. Genosse Stadthagen

spricht über das Thema: „Was steht bei den Reichstagswahlen auf dem Spiel?“ Der Kandidat der nationalen Mittelstandsreiter Herr Anton Ringel ist zu dieser Versammlung schriftlich eingeladen, ebenso die Weihenfeer Unterzeichner des konservativen Flugblattes durch Inserat in der Weihenfeer Zeitung. Den Gegnern wird freie Diskussion gewährt. Die Genossen und Genossinnen werden ersucht, zahlreich zu erscheinen.

Das socialdemokratische Wahlkomitee. Friedrichsfelde. Allen Genossen zur Nachricht, daß am Sonntag, den 14. Juni, nachmittags 2 Uhr, im Lokal von J. Vube, Prinzenallee 30, eine öffentliche Wähler-Versammlung stattfindet. Referent: Genosse Kagenstein. — Freitag, den 12. Juni, abends 7 Uhr, findet von Loffe, Luisenstr. 20, aus Handzettel-Verteilung zu dieser Versammlung statt. — Außerdem findet am Sonntag früh 7 1/2 Uhr Flugblatt-Verteilung für den ganzen Bezirk statt. Treffpunkt bei Loffe. — Die Radsfahrer, welche am Wahltag sich zur Verfügung stellen wollen, ebenso sonstige Hilfskräfte am Wahltag werden ersucht, Freitagabend 9 Uhr bei Haberland sich einzufinden.

Grüner. Am Sonntag, den 14. d. M., finden zwei öffentliche Volksversammlungen statt; nachmittags 2 Uhr in Kallberge Radersdorf bei Gräbe, und um 6 Uhr in Dorf Radersdorf bei Rademach. Tagesordnung: „Die bevorstehenden Reichstagswahlen“. Referent: Reichstags-Kandidat Arthur Stadthagen. Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Einberufer.

Lokales.

Das freisinnig-„intelligente“ Bürgertum im Wahlkampf.

In Berlin hat sich der Freisinn diesmal für den Kampf um den Reichstag ein neues Schlagwort zurecht gemacht, mit dem er seine immer mehr zusammenschmelzende Anhängerschaft noch einmal an sich fesseln zu können glaubt. Das freisinnige Bürgertum, so wird stolz verkündet, ist der Träger der Intelligenz! Das freisinnige Bürgertum muß entsprechend seiner Intelligenz im Reichstage vertreten sein, das freisinnig-intelligente Bürgertum und nicht die rohe Masse der Socialdemokratie hat in Berlin die Herrschaft zu beanspruchen! Der Freisinnskandidat Herr Juid war es ja wohl, der dieses dem Berliner Freisinnsspieler nicht wenig schmeichelnde Schlagwort zuerst öffentlich gebrauchte, und andre haben es ihm dann nachgebraucht.

Herr Juid beging dabei allerdings die lapidale Dummheit (für die er von seinem „großen Führer“ Eugen Richter nach Verdienst gerüffelt worden sein dürfte), auch von der Steuerkraft des freisinnigen Bürgertums zu reden und dem Freisinn eine seiner größeren Steuerkraft entsprechende Vertretung im Reichstage zu wünschen. Es ist bemäntlich versucht worden, diese Juid'sche Dummheit, d. h. den auf die größere Steuerkraft des Freisinns bezüglichen Teil seiner Ausführungen, wegzumogeln. Aber der Versuch ist kläglich mißlungen. Nachdem Juid sich verplappert und geheime Gedanken des Freisinns offenbart hat, weiß jeder, was er davon zu halten hat, wenn die Freisinnigen sagen, daß ihnen „eine entsprechende Vertretung auch im Reichstage gebühre“.

Undes wir wollen heute nicht danach fragen, wie der Freisinn sich innerlich zu dem Reichstags-Wahlrecht stellt, dem allgemeinen und gleichen, direkten und geheimen, das ihm den Wahlkampf zu einem viel weniger leichten und vor allem sehr viel weniger erfolgreichen macht, als das Landtags-Wahlrecht oder das Kommunal-Wahlrecht. Wir wollen es uns nicht ansehn lassen, daß die Hintermänner des Freisinns mit dem ganzen Selbstbewußtsein des Besitzenden auf ihre Geldbeutel schlagen und es unerträglich finden, daß der dürftig entlohnte Arbeiter, der nur seine paar Mark Steuern oder vielleicht überhaupt keine zahlt, bei den Wahlen zum Reichstag genau so viel Recht hat, wie ein schwerreicher Nichtsteuerer. Wir wollen nur einmal betrachten, wie die „Intelligenz“, die das freisinnige Bürgertum Berlins nach der Versicherung der Juid, Goldschmidt usw. vor der „rohen Masse“ der Socialdemokratie voraus hat, sich im Wahlkampf befindet.

Genau genommen ist ja der Wahlkampf, den die Freisinnigen führen, die allergrößte Karikatur eines solchen. Kämpfen kann man doch nur mit Gegnern. Aber der Berliner Freisinn sucht seine Gegner grundsätzlich von seinen Versammlungen fernzuhalten, und diejenigen, die etwa doch kommen, werden mindestens an der freien Äußerung ihrer Meinung nach Kräften gehindert. Eingeladen wird nur der freisinnig-„intelligente“ Bürger, und diskutiert darf manchmal selbst der nicht. Besonders Herr Eugen Richter liest solche Versammlungen, weil er, eingebend seiner repräsentativen Haltung in der Politaris-Debatte, sich sogar vor einem Teil seiner eignen Parteigenossen fürchtet — vor den wenigen, die wirklich noch intelligent genug sind, die brennende Scham seiner Verrätertätigkeit empfinden. Der Besucher freisinniger Versammlungen darf sich den Vortrag wenn nicht des „großen“ Eugen Richter selber, so doch eines seiner „Epigonen“ anhören, darf sich freuen, wie kräftig der Lapfere unter dem Schutze gut dressierter freisinniger Rauchschweizer auf die Gegner schimpft, und darf dann still wieder nach Hause gehen. Eine solche Verhandlung kann sich thatächlich nur eine ganz rückständige Wählerschaft gefallen lassen. Solchen Wählern kann man dann aber auch alles bieten: man kann ihnen den größten Unjinn über die Ziele der Socialdemokratie vorschwätzen, die frechtsten Lügen gegen die socialdemokratische Arbeiterklasse schleudern, wie Herr Richter das gethan hat, ganze Kapitel aus dem „Socialistischen Spiegel“ deklamieren — ihre „Intelligenz“ bäumt sich nicht dagegen auf.

Die Führer des Freisinns behaupten nun, es sei nicht möglich, in freisinnigen Versammlungen Socialdemokraten zuzulassen oder ihnen das Wort zu geben, weil die Anhänger der Socialdemokratie roh und gewaltthätig austräten. Wir haben überall in den Wähler-versammlungen des Freisinns gefunden, daß es die Freisinnigen waren, die bei der geringsten Äußerung einer abweichenden Meinung ihre ganze „Intelligenz“ verausgaben und sich roher Gewalt bedienten. Aus einer dieser Versammlungen tunkte die „Freisinnige Zeitung“ frohlockend zu melden, daß ein Socialdemokrat „von zwei handfesten Männern sogleich an die frische Luft befördert“ worden sei. Der Mann hatte weiter nichts gethan, als sich geistlich hinter einander in ruhiger Tone „zur Geschäftsordnung“ zu melden. In einer andren freisinnigen Versammlung, über die wir am Mittwoch berichteten, wurde in der nur zögernd zugelassenen Diskussion ein nichtfreisinniger Redner, noch ehe er zu Ende gesprochen, durch einen der Herren des Vorstandes kurzerhand von der Tribüne geschoben, weil er die „Arbeiterfreundlichkeit“ des Freisinns in ihrem wahren Lichte gezeigt hatte. Der hinter dem Diskussionsredner stehende freisinnige Wahlkandidat sprach erregt fortwährend auf den Redner ein. Wenn solche Ungezogenheiten vom Vorstandstische begangen werden, dann darf man sich nicht wundern, daß die freisinnigen Zuhörer

nur noch von der „Intelligenz“ der Füße und der Spazierstöcke das Heil erwarten.

Die ganze Geringschätzung, die ganze Verachtung der Arbeiterklasse, die die Führer des Freisinns befehlen, kommt zum Ausdruck in dem Wort von der „rohen Masse“, von der sich das „intelligente“ freisinnige Bürgertum nicht an die Wand drücken lassen solle. In schroffster Form hat dieses Wort ein Mann gebraucht, der seit einem Vierteljahrhundert an der Ausgestaltung des Berliner Volksschulwesens hat mitarbeiten dürfen, der mehrfach erwähnte Juid. Wir wissen nicht, wie hoch Herr Schulinspektor Juid sich als Schulmann einschätzte. Aber wenn die Berliner Arbeiterbevölkerung so wäre, wie er als Freisinnskandidat in seinen Wähler-versammlungen sie schildert, dann wäre das Berliner Volksschulwesen noch schlechter als es leider ist, dann könnte aber auch Juid nicht als der „bedäuferte Schulmann“ gelten, als den seine Freunde ihn hinstellen, sondern als ein erfolg- und einflußloser Nichtstunnen. Dieses wüste Geschimpfe auf die zur Socialdemokratie haltende Berliner Arbeiterbevölkerung, die doch zu einem großen Teile einmal durch die Berliner Volksschule hindurchgegangen ist, bedeutet bei Lichte besesehen eine Schmäherung der Berliner Volksschule und aller in ihrem Dienste thätigen Personen, vom Schulrat und dem dienstältesten Schulinspektor Juid bis zum schlechtesten Lehrer herunter — eine Schmäherung, durch die ein Socialdemokrat, wenn er sie sich erlauben wollte, sich sofort die gesamte Reute des Freisinns auf den Hals heken würde.

Rangelhafte amtliche Wählerlisten. Vor uns liegt ein Bescheid des hiesigen Magistrats, durch den die Aufnahme eines Maurers in die Wählerliste abgelehnt wird, weil derselbe Russe sei. Thatsächlich ist dem Maurer die preussische Staatsangehörigkeit, die er durch länger als zehnjährigen Aufenthalt in Ausland verloren hatte, auf seinem Antrag vom Regierungspräsidenten von Königsberg bereits am 3. Juli 1889 wieder erteilt. Es ist offenbar von der zuständigen Behörde unterlassen, den Magistrat hiervon in Kenntnis zu setzen. Dem Betroffenen bleibt nun nach Ablauf der Reklamationsfrist nur übrig, Verächtigung seines Personensstandsregisters zu beantragen.

Zum Besfall. Das Befinden der Isolierten ist auch heute befriedigend. Auch bezüglich des Wärters Marggraf ist zu hoffen, daß die Schulpflege nach wie vor ihre vorübergehende Wirkung thun wird. Zu den Abwehrmaßnahmen sei noch mitgeteilt, daß auch die Frau des Aufnahmeförmers unter Beobachtung steht. Die Frau mußte am Morgen nach der Nacht, in der Dr. Sachs nach der Charité gekommen war, aufs Land. Obwohl sie weder unmittelbar noch mittelbar irgend eine Verührung mit dem Kranken gehabt hatte, so wurde doch sofort der für ihren Landaufenthalt zuständige Kreisarzt telegraphisch angewiesen, sie in Beobachtung zu nehmen. — Daß jetzt jede Gefahr einer Weiterverbreitung absolut ausgeschlossen und die Krankheit erloschen sei, kann man mit dieser Bestimmtheit nicht sagen. Dr. Sachs hat sich allem Anschein nach schon am Montag, den 2. Juni, angefaßt. Trotzdem war er aber am Mittwoch, den 3. Juni, im Institut noch wohl und munter und sehr lustig. Erst am Mittwochabend erkrankte er. Es sind aber auch Fälle bekannt, daß die Krankheit in der zehn Tage währenden Quarantäne erst am neunten Tage ausbrach und zum Tode führte. Daher werden alle Maßregeln nach wie vor mit der größten Strenge durchgeführt, weil noch nicht jede Gefahr ausgeschlossen ist. Die mit eingeschlossenen Ärzte berichten über den Gesundheitszustand in den Baracken fortlaufend durch den Fernsprecher an die vorgelegten Stellen. Nach den neuesten Berichten hoffen sie nach wie vor, daß alle Beobachteten von der Krankheit verschont bleiben.

Eine merkwürdige Ermäßigung des Fahrpreises wird den Arbeitern auf der Stadt- und Ringbahn zu teil. Während ein Vergeßener, der mehr Geld als ein Arbeiter zu verdienen pflegt, eine Fahrkarte für die ganze Stadt- und Ringbahn für 4,50 M. erhält, zahlt ein Arbeiter für eine „ermäßigte“ Arbeiter-Wochenfahrkarte z. B. von Treptow—Zoologischer Garten bei je einmaliger Fahrt 1,20 M., und da der Monat 30 Tage oder 4 Wochen und 2 Tage hat, so entfiel nach Adam Riese folgendes einfache Rechenexempel: 4 x 1,20 + 40 = 5,20 M., was also der „ermäßigte“ Preis ist. Aber noch nicht genug, denn wer eine solche Fahrkarte erlangen will, muß eine Bescheinigung des Arbeitgeber, aus welcher Wohnort und Arbeitsstätte hervorgeht und „polizeilich“ beglaubigt, wie es in der letzten Verfügung des Eisenbahnministers heißt, beibringen. — sonst fährt er — billiger!

Heirats-Annoncen mit Nennung des Namens scheinen Ablich werden zu wollen, zunächst allerdings wohl nur in den Kreisen der Vegetarier. Den Anfang hat eine vegetarisch lebende Ungarin gemacht, ein Mädchen von 18 Jahren, das vor einiger Zeit in einem Blatt für Vegetarismus durch Inserat unter Nennung des vollen Namens einen Vegetarier als Gatten suchte. Denselben Weg, den man mit dieser Reuerung vorläufig noch nicht einen „nicht mehr ungewöhnlichen“ nennen darf, geht jetzt unter ausdrücklicher Verurteilung auf das Beispiel der mutigen Ungarin ein Vegetarier (Herr Karl Mann), der durch seine Erfolge im Gesport bekannt geworden ist. Der Heiratslustige sucht durch ein hiesiges vegetarisches Blatt eine Lebensgefährtin, die bezüglich des Vegetarismus Gesinnungsgenossin sein muß. Seine „Heirats-annonce“ ist genau genommen eine längere Abhandlung, in der er seinen Entschluß und das von ihm gewünschte Verfahren eingehend begründet und dann über seine Person genaue Auskunft giebt. Er richtet die bei Heiratsgesuchen übliche Gefährdung zu, doch erklärt er, seine Eltern in diesem Punkte ausnehmen zu müssen.

Nach 25 Jahren entlassen. Der 51 Jahre alte Schmiedegeselle Rudolf Beyer arbeitete 25 Jahre lang in der Lattenhahnmiede von Schneider am Schiffbauerdamm Nr. 28, wo er seit dem Tode Schneiders erster Geselle war. Am vergangenen Sonnabend kündigte ihm Frau Schneider, nachdem er den Posten des ersten Gesellen sieben Jahre bekleidet hatte, mit der Begründung, daß er zu alt sei und nicht genügend mehr leisten könne, zum 20. d. M. Beyer trat dieser Schlag so schwer, daß er gar nicht mehr zur Arbeit ging und sich gestern nachmittag um 2 Uhr in der Nähe des alten Lehrers Güterbahnhofes in die Spree stürzte. Nach einer Viertelstunde wurde seine Leiche gefunden und geborgen. Beyer war verheiratet und Vater von zwei Kindern, von denen eine Tochter verheiratet ist, während der Sohn beim Militär dient.

Verächtigung. In unserer Nummer 127 hatten wir eine Notiz gebracht, in der mitgeteilt war, daß der Anwalt Otto Schulz das Opfer übermäßigen Alkoholgenußes geworden sei. So habe er am Pfingstsonnabend die Arbeit niedergelegt und während der Pfingstfeiertage 23 M. vertrunken. Aus Neugier habe er sich dann entseht. Diese Notiz, die wir einer Lokal-Korrespondenz entnahmen, wird uns nun von Arbeitskollegen des Verstorbenen als in wesentlichen Punkten unrichtig dargestellt. Erstens sei Schulz nicht zwei, sondern mit einer Unterbrechung, 13 Jahre in dem Geschäft tätig gewesen, und gerade auf Betreiben des Geschäftsführers Rimdorfer wieder vor zwei Jahren in den Betrieb der Firma eingetreten. Zweitens habe Schulz am Sonnabend nicht seine Arbeit niedergelegt, sondern er sei von Herrn Rimdorfer entlassen worden. Drittens habe er während der Feiertage keine 23 M. vertrunken, vielmehr den größten Teil derselben im Kreise seiner Familie zugebracht. Zudem wir diese Mitteilungen hiermit wiedergeben, glauben wir den Wünschen seiner Mitarbeiter, das Andenken eines Angestellten gegen falsche Nachrede zu wahren, entsprechen zu haben.

Verloren wurde in der am Dienstag im „Rein-Palast“ stattgehabten Handlungsgesellen-Versammlung von einer Besucherin ein rotes Portemonnaie, enthaltend einen Post-Einkaufsschein, lautend auf den Namen Bernia, ein Fünfmars-Stück, ein einzelnes Einmar-Stück und etwas Kleingeld. Es wird gebeten, das Portemonnaie bei Herrn Reichnast, Grünstr. 21, abzugeben.

**Sittlichkeitsverbrechen.** Allgemeines Aufsehen erweckt in den Kreisen der hiesigen Gewerbetreibenden der Ausgang der Affaire des Tischlermeisters Gerlach aus der Dranienstr. 119. Gerlach, ein sehr angesehener Mann, der mehrere Ehrenämter bekleidete, wurde vor einiger Zeit unter der Beschuldigung, schwere Sittlichkeitsverbrechen an Kindern verübt zu haben, verhaftet. Gerlach behauptete, daß der Hausdiener, der die Anzeige erstattete, aus Rache gehandelt habe. Die Angaben der Denunziation erwiesen sich als richtig und Gerlach ist in der vor einigen Tagen stattgehabten Hauptverhandlung zu 1 1/2 Jahren Zuchthaus und zwei Jahren Ehrverlust verurteilt worden.

**Ein Opfer der Hitze** wurde gestern der Gelegenheitsarbeiter Ludwig. Er passierte nachmittags gegen 4 Uhr die Rosenthalerstraße und brach in der Nähe der Neuen Schönhauserstraße zusammen. Ein sofort hinzugerufener Arzt stellte fest, daß L., vom Sonnenlicht befallen, schwer erkrankt war und veranlaßte die Ueberführung des Arbeiters nach der Charité mittels Koppelwagen.

**Eine Besorgung von 100 Mark** auf die Ermittlung des Drogisten Heinrich ist von den Eltern des jungen Mannes ausgeführt worden. S. hatte, wie bereits bemerkt, am vorigen Sonnabend seine Braut, Fräulein Anna Pflug, aus der Wohnung ihrer Eltern geholt und seit dieser Zeit sind beide verschwunden. Auf Karten an ihre Eltern hatten die jungen Leute mitgeteilt, daß sie sich gemeinsam erträufen werden, weil ihrer ehelichen Verbindung konfessionelle Schwierigkeiten gegenüber ständen.

## Aus den Nachbarorten.

Der gelehrige Herr Hammer.

Vor einigen Tagen sollte in Zehlendorf eine Wählerversammlung stattfinden, in der sämtliche Kandidaten umbehindert ihr Programm entwickeln sollten. Eine solche freie Diskussion war natürlich sehr wenig nach dem Geschmack unserer Gegner, die es für minder rasant halten, hinter verschlossenen Türen und unter dem Schutze einer jede Diskussionsfreiheit niederdrückenden Versammlungsleitung ihre Verurteilung der Sozialdemokratie vorzunehmen. Kurzum, die Ordnungsmänner hielten alsbald Kriegerstas und das Ergebnis war, daß der Wert von einflussreicher Seite, darunter auch der Amtsvorsteher, dahin beeinflusst wurde, sein Versammlungslokal zurückzugeben. Nichtsdestoweniger ging den Einberufenen der dergestalt vermittelte Versammlung folgender Brief des eingeladenen Herrn Hammer zu:

Zehlendorf, den 31. Mai 1903.

Sehr geehrte Herren Wahnsied und Dreher!

Ich bin während der Wahlzeit gar nicht in der Lage über meine Abende verfügen zu können, da ich schon seit fast 14 Tagen festgelegt bin, wo ich zu sprechen habe. So auch am gedachten Abend.

Aber auch aus praktischen Gründen ist Ihr Vorschlag für uns doch kaum durchführbar. Die unzufriedenen Bürger, welche Sie anführen, würden wiederum den Saal besetzt haben, lange ehe die Ordnungsparteiler hinkämen. Herrn Zubeil würden Sie zuzuhören und z. T. Herrn Mag Schulz, während Sie mich mit bekannter Lebenswürdigkeit behandeln würden, wie es mir so oft geht und dabei spreche ich so sachlich und objektiv wie wohl noch nie ein Gegner, der Sie ernstlich belämpft, gesprochen hat.

Aus Ihrem Vorschlag, der ja aus ganz andren Köpfen entsprungen sein mag, erhebe ich, daß Sie uns immer noch für unerfahren harmlose Menschen auf politischem Gebiete halten, was aber durchaus nicht mehr den Tatsachen entspricht. Wir haben von Ihnen gründlich gelernt und werden auch nach den Wahlen weiter von Ihnen lernen.

Ich verbleibe

Mit Hochachtung

F. Hammer.

Herr Hammer mißt also der Ueberzeugungskraft seiner Argumente nur eine sehr geringe Wirkung bei. Das geht deutlicher noch aus einer andern Schrift des Herrn Hammer an einen Genossen hervor, in der es heißt:

... zweitens giebt es wenige Bourgeois (der schlechte Mann aus der Werkstatt bezeichnet sich hier also selbst als Bourgeois! Red.), die so genau wissen wie ich, daß Sozialdemokraten nicht durch Wahlreden zu bekehren sind, höchstens durch Einzelbearbeitung.

Herr Hammer versichert alsdann, daß er nicht mehr so naiv sei. Wer ihn reden hört, hält ihn freilich trotz seiner Versicherung noch für einen sehr naiven Politiker. Aber er stellt wenigstens in Aussicht, daß er auch nach der Wahl noch von der Sozialdemokratie zu lernen gedenke. Das macht wenigstens seinem guten Willen alle Ehre, wenn wir auch über den Erfolg des Verneiners ziemlich skeptisch denken. Vielleicht lernt aber Herr Hammer doch wenigstens so viel, daß es nicht gerade für einen Politiker einnimmt, wenn er es nicht wagt, seine Ansicht öffentlich, unter voller Diskussionsfreiheit, zu vertreten. Wie sollen seine Anhänger und solche Leute, die er zu Anhängern gewinnen will, Vertrauen zu seinen Fähigkeiten und Kenntnissen gewinnen, wenn er selbst so wenig Vertrauen zu sich zur Schau trägt. Sagen Sie also zunächst einmal das WC der sozialistischen Taktik zu kopieren, Herr Hammer!

**Tempelhof.** Den Parteigenossen von Tempelhof und Mariendorf steht seit längerer Zeit kein Saal zur Verfügung. Am Dienstag, den 9. d. Mts., hielten hier die Nationalliberalen eine Versammlung ab, in der ihr Kandidat Dr. Carsten seine Kandidatenrede hielt. Von den etwa 150 Anwesenden waren 130 Parteigenossen. Dr. Carsten hielt in etwa 30 Minuten seine ganze Rede herunter, indem er als seine Aufgabe erklärte, den Sozialdemokraten aus dem Sattel zu heben, was ihm aber nicht gelingen wird, wie er selber zugab. Nachdem die Genossen Thiel und Schmidt Dr. Carstens Rede gründlich kritisiert hatten, erhielt der Referent nochmals das Wort. Derselbe erklärte aber einfach, daß es nicht seine Aufgabe wäre, die Sozialdemokraten zu bekehren. Darauf schloß der Vorsitzende die Versammlung, die kaum eine Stunde gedauert hatte.

**Wilmersdorf.** Zu einer zeitweise sehr stürmischen Versammlung gefallte sich die für Wilmersdorf und Schmargendorf nach dem Victoriagarten einberufene Versammlung aller nationalen Wähler, in der Valermeister Fritj Hammer sein bekanntes Schauspiel zum achtundzwanzigstenmal zum besten gab. Der Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt, wohl über die Hälfte von Sozialdemokraten. Die Versammlung wurde mit dem üblichen Kaiserhohelöffel eröffnet. Zur Geschäftsordnung verlangte Medaieur Stiehling-Schmargendorf unbeschränkte Redefreiheit in der Diskussion, die indes auf zehn Minuten angelegt wurde. An der Diskussion beteiligten sich eine große Anzahl von Genossen, um den Valermeister Hammer gebührend abfallen zu lassen. Der Genosse Medaieur Stiehling bezeichnete Hammer als Mißmachungs-Kandidaten. Darauf wurde von nationalliberaler Seite der Kandidat (Carsten) angepriesen. Als unsere Gegner merkten, daß sie nicht auf ihre Rechnung kamen, wurde die Redezeit auf fünf Minuten festgesetzt. Genosse Köpping protestierte energisch gegen die Geschäftsführung, da ein Redner der konservativen Partei zweimal zum Worte kam. Der Vorsitzende ließ den Genossen ob seines Protestes „feststellen“. Nachdem unser Genosse Gustav Behrendt-Hamburg (der zur Zeit in Berlin anwesend) noch zum Worte gekommen, entfernten sich die Genossen um 12 1/2 Uhr mit einem dreifachen Hoch auf Zubeil.

**Grünau.** Am Dienstag, den 9. Juni, abends 8 1/2 Uhr, wollte sich hier am Bahnhofs im Walde ein 20jähriger verheirateter Kauf-

mann, wohnhaft Schlessischestraße, erschießen. Er gab aus einem Revolver zwei Schüsse auf sich ab. Die erste Kugel ging fehl, die zweite traf ihn in den Leib. Als Motiv gab er ehelichen Zwist an. Der Schwerverletzte wurde noch denselben Abend nach dem Kreis-Krankenhaus in Orly gebracht.

**In der Schmargendorfer Gemeindevertretung** befragte der Gemeindevorsteher den Gemeindevorsteher, ob ihm die Schnellbahnprojekte zur Verbindung des Grünwalds mit Berlin, bei denen aber Schmargendorf völlig außer acht gelassen sei, bekannt seien, und welche Schritte er zur Wahrung der Interessen des Ortes zu thun gedenke und schon gethan habe. Der Vorsteher erwidert, daß die betreffenden Zeitungsnotizen nach seinen Feststellungen Phantasien seien. Die Ortsinteressen werde er zu gegebener Zeit wahren. Die Angelegenheit wird auf Vorschlag des Herrn Rammrath in geheimer Sitzung weiter beraten. Durch eine weitere Anfrage des Herrn Jung wird festgestellt, daß die im Oktober v. J. eingesetzte Kommission zur Feststellung von Grundrissen, nach denen die Gemeindegebäude verwaltet und vermietet werden sollen, bis jetzt nicht zusammengetreten ist. Solche treue Pflichterfüllung erklärt sich nach den Ausführungen des Kommissionsmitgliedes Coers aus der „geringen Sympathie“ für die Sache. Die Geschäftsordnung der Gemeindevertretung bietet keine Handhabe, um solche arbeits-unwilligen Elemente zur Ausführung der übernommenen Arbeiten zu veranlassen. Diese Lücke auszufüllen muß Aufgabe der Gemeindevertretung sein. Der Schulverband Schmargendorf-Dahlem wird auf Veranlassung der königl. Regierung aufgelöst, da Dahlem nach seiner Aufteilung für eigene Schulen zu sorgen hat. Die Auseinandersetzung erfolgt gemäß folgenden Beschlüssen: Dahlem berichtet auf alle gegenwärtigen und etwaige später sich ergebenden vermögensrechtlichen Ansprüche an die Schulgesellschaft beim an die politische Gemeinde Schmargendorf. Alle Aktiva und Passiva gehen an Schmargendorf über. Den Dahlemer Schülfern wird das Gastrecht an hiesiger Schule noch auf 1 1/2 Jahre gegen Zahlung der gesellschaftlichen Kosten gewährt. Die alte Schulgesellschaft in Schmargendorf soll aufgelöst und eine Schuldeputation eingesetzt werden.

**Zehlendorf.** Ueber die geistige Belämpfung der Sozialdemokratie durch Herrn Fritj Hammer, Kunstmalenmeister (wie er sich in Friedenau bezeichnet hat), über die wir schon kurz berichteten, sei noch folgendes nachgetragen: Genosse Köster-Zehlendorf war im Einverständnis mit noch einigen Genossen in der Versammlung geblieben, um Herrn Hammer aus seiner Zehlendorfer Heimat etliche Thesen vorzuhalten. Herr Hammer verließ zu Anfang der Versammlung ein Schreiben seiner Innung, in dem ihm bescheinigt wird, daß er niemals sozialdemokratischer Gesinnung gehuldigt habe. Auch bestritt er, einen Schein ob seiner agrarischen Gesinnung Herrn Ring-Düppel unterschrieben zu haben, wessen man ihn von freisinniger Seite beschuldigte. Herr Hammer sagte sodann sein Sprüchlein zum 24. male her von den schlechten Sozialdemokraten z. Genosse Köster widerlegte dann die bekannten Märchen von den Koniumvereinen und vom Terrorismus der Arbeiter unter dem Gejohle der sogenannten gebildeten Klasse. Er richtete dann an Herrn Hammer noch die Anfrage, wie er sich zum Koalitionsrecht stelle. Auch von freisinniger und nationalliberaler Seite wurde Hammer entgegengetreten. Herr Hammer beging nun die Unvorsichtigkeit — oder Dreistigkeit, wie man's nennen kann —, sich diesen Herren gegenüber auf seine Thätigkeit im Zehlendorfer Dorparlament zu berufen und Genossen Köster als Zeugen anzurufen. Genosse Köster hat nun Herrn Hammer den Gefallen, ihm zu befehlen, daß er es immer verstanden habe, sich den Mantel der Wichtigkeit umzuhängen, sonst aber sehr wenig gethan habe. Köster hielt ihm vor, daß er jetzt, wo man den kleinen Gastwirten ganz unerschört die Luftbarkeitssteuer in die Höhe geschraubt hat, keinen Antrag (wie er behauptet hatte) gestellt habe, um durch die Gemeinde Land in Erbbaupacht für Baugenossenschaften herzugeben, daß er den Antrag der Baugenossenschaft um Vergabe von Geld durch die Gemeinde nicht unterschützt habe, daß er als Mitglied der Armenkommission auch die 10000 Mark vergessen habe, wie alle übrigen Mitglieder der Vertretung, die bestimmt waren, den miserablen Zustand des damaligen Armenhauses zu beseitigen; daß er es abgelehnt habe, mit in die Kommission für Festigung der Wohnungsnot einzutreten und andres mehr. War Herr Hammer bis dahin ruhig geblieben, so brachten ihn diese Ausführungen seiner Unterlassungen ganz aus dem Häuschen. Statt zu widerlegen, erging er sich in wüsten Schimpereien gegen Köster. „Seht!“ sagte er, dort sitzt der Hezer. Seit zwei Jahren hegt er in Zehlendorf alles auf, das ist der Aufpasser in der Gemeindevertretung, das ist der bezahlte Agitator der Vororte, der nicht mehr arbeitet, und dergleichen mehr. Der noble Vorsitzende, Oberlehrer Dr. Kleinke aus Friedenau, hielt es mit seiner Würde und Bildung vereinbar, Köster das Wort zur persönlichen Bemerkung zu verweigern, trotz der öffentlichen Mißbilligung eines freisinnigen Herrn. Herr Hammer hatte außerdem den Vorwurf der bewußten Un-  
arbeit auf sich sitzen lassen müssen, da ihn, wie von Köster nachgewiesen, nicht das Wort in Zehlendorf in einer Versammlung verweigert worden war, wie er in Schwabau auf Ehrenwort behauptet hatte! So sieht es mit der geistigen Widerlegung aus! Herr Hammer hat dann noch am denselben Abend einem Genossen gegenüber behauptet, Köster bekäme jährlich tausend Mark, das wäre ja Dorfgeläch. Genosse Köster wird Herrn Hammer Gelegenheit geben, öffentlich seine Behauptungen zu widerlegen.

## Wahlversammlungen.

**Zu der Wählerversammlung für den zweiten Wahlkreis,** welche zum 9. Juni nach der Vordraueret einberufen worden war, hatten sich etwa 1000 Personen eingefunden. Reichstags-Abgeordneter Wolfgang Heine besprach in seinem Referat zunächst die finanzielle Mißwirtschaft im Reich, die betrieben sei ohne die Sozialdemokratie, gegen die Sozialdemokratie. Redner wies energisch und gründlich die Angriffe und Verleumdungen zurück, die der Wahlkampf der Sozialdemokratie eingetragen hat und wies nach, daß die Sozialdemokratie allein für Kultur, Wohlfahrt und Freiheit rüchhaltlos wirkte und somit trotz ihrer Internationalität die beste Freundin des deutschen Vaterlandes sei. Seinem Schlußwort, die Wahl Richard Fischers am 16. Juni zu sichern, folgte stürmischer Beifall. — Begner meldeten sich nicht zum Wort. Nachdem noch der Vorsitzende, Genosse Scholz, die Versammlung zu treuester Pflichterfüllung ermahnt hatte, schloß die Versammlung mit brausenden Hochs auf die Sozialdemokratie, W. Heine und den Kandidaten R. Fischer.

**Zu Saale des „Königshof“** fand am Dienstag ebenfalls eine Versammlung für den zweiten Wahlkreis statt. Hier sprach Genosse Pfannkuch. Die Wähler hatten der Einladung so zahlreiche Folge geleistet, daß die Tische aus dem Versammlungsraum entfernt werden mußten. Der Redner leitete seinen Vortrag ein mit dem Hinweis, daß bei den diesmaligen Wahlen wohl bedeutend mehr Stichtwahlen erforderlich werden. Es gelte, am 16. Juni unser Heer zu mustern und alles an die Wahlen zu bringen. Wir dürfen uns nicht beirren lassen durch das Geschrei der Freisinnigen, daß bei einem erheblichen Zuwachs sozialistischer Mandate die freisinnigen Ervingenschaften, besonders das allgemeine Wahlrecht, in Gefahr seien. Die freisinnige Partei habe am allerwenigsten das Recht, uns vor zu vielen Siegen gewissermaßen zu warnen. Der Vortragende trat unter andern unter wiederholtem lebhaften Beifall der Versammlung den Verleumdungen, und sonstigen schändlichen Angriffen im Richterischen „Sozialistenpiegel“ entgegen und ging dann zu den drei großen Aufgaben über, die den nächsten Reichstag beschäftigen würden: Zolltarif, Militär- bezw. Marinevorlage und die Sicherung des allgemeinen gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts, dieselben vom Standpunkt der Sozialdemokratie beleuchtend. Mit der Wahrung an die Wähler, am 16. Juni die Position der Sozialdemokratie zu einer unerklärlichen zu machen, schloß Redner unter brausendem Beifall seinen Vortrag. Nach einigen Hinweisen auf das Wahlreglement seltsam

des Vorsitzenden, Genossen Werner, erfolgte Schluß der imposanten Versammlung.

**Für den dritten Wahlkreis** fand am Dienstag bei Bugenhagen eine sehr stark besuchte Wählerversammlung statt. Der große Saal war dicht gefüllt. Genosse Richard Fischer erörterte eingehend die Verhältnisse dieses Wahlkampfes; besonders kennzeichnete er die Bestrebungen der Antisemiten und der Freisinnigen. In den Flugblättern beider Richtungen läme hauptsächlich zum Ausdruck die Gewinnung des Mittelstandes und Verleumdung und Belämpfung der Sozialdemokratie. Ja, das sei überhaupt diesmal die Signatur des Wahlkampfes mehr wie es sonst der Fall war, daß die bürgerlichen Parteien aller Schattierungen sich offen als vereinte Gegner der Sozialdemokratie gegenüber stellen. Redner ging näher ein auf die Bestrebungen des Antisemitismus, erläuterte die Zerfahrenheit und Rückständigkeit der antisemitischen Auffassung und zeigte an der Stellung der Antisemiten im Reichstage bei Militär-, Zoll- und Gesetzesvorlagen, daß der Mittelstand von dieser Seite keine Hilfe erwarten könne. Alsdann ging Genosse Fischer noch auf die im Flugblatt der Freisinnigen befindlichen Ausführungen ein. Von den Freisinnigen trenne uns eine ganze Weltanschauung. Ihre Haltung in diesem Wahlkampf und in dem Reichstage entspringe einfach dem Gefühl der Angst um Mandate. Ja, Eugen Napierski Politik drehe sich überhaupt schon seit den letzten zehn Jahren um Mandatsbettelei. Diese Abhängigkeit von den andern bürgerlichen Parteien bei den Stichtwahlen erklärt die ganze Haltung Eugen Napierski und der Freisinnigen Volkspartei in letzter Zeit, namentlich bei der Zolldebatte im Reichstage. Die andern Punkte des Flugblattes, betreffend die Gefährdung des geheimen Wahlrechts durch das Vorgehen der Sozialdemokratie, Verhörung des Familienlebens usw., seien einfach so lächerlich, daß man darauf in unsern Tagen wahrhaftig nicht mehr eingehen könne. Rot und Glend würde selbstverständlich nie ganz aus der Welt entfernt werden können, aber Rot und Glend als Massenercheinung, als Erbteil einer ganzen Klasse aus der Welt zu schaffen, das will die Sozialdemokratie, und der freisinnige Kandidat, der das beabsichtigt und als undurchführbar erklärt, ist kein Kämpfer für die wirtschaftlich Glenden und wirtschaftlich Schwachen. Redner empfiehlt unter demnächstigen Beifall der Versammlung die Kandidatur des Genossen Wolfgang Heine und spricht die Hoffnung aus, daß der 16. Juni gleich im ersten Wahlgange den Sieg bringen wird. Diskussion fand nicht statt. Mit einem Appell des Genossen Koch an die Anwesenden, sich eifrig bei der Agitation und der Wahlarbeit zu beteiligen und mit einem brausenden Hoch auf die Genossen Heine und Fischer schloß die imposante Versammlung.

**Die Versammlung des IV. Wahlkreises,** die am Dienstag in der „Drachenburg“ vor dem Schlessischen Thor stattfand, erfreute sich eines außerordentlich starken Zudranges. Schon um 8 Uhr war der Saal, aus dem alle Tische entfernt wurden, dicht besetzt. Bei Eröffnung der Versammlung hatten sich mindestens 1000 Personen versammelt, während vor der Thür und an den Fenstern noch mehrere hundert Personen standen, um wenigstens Bruchstücke der Debatte zu erfassen. Die Versammlung, die erst kurz vor 12 Uhr schloß, war besonders dadurch interessant, daß der konservative Kandidat des IV. Wahlkreises, Herr Dr. Wegner, der nach dem mit stürmischem Beifall aufgenommenen einleitenden Referat des Genossen Ströbel — und später noch ein zweites Mal — das Wort erhielt, dem Referenten ausgiebigste Veranlassung gab, den Phrasen des „socialen“ Konservativen Dr. Wegner die Thesen der konservativen Partei entgegenzusetzen. Die ein geradezu erdrückendes Thesenmaterial beibringen, vielfach mit beifolgendem Spott geäußerten Entgegnungen des Genossen Ströbel wurden von ebenso brausendem Beifall begleitet, wie die naiven Ergüsse des konservativen Kandidaten von stürmischem Hochgelächter. Mit einem demnächstigen Hoch auf den sozialdemokratischen Kandidaten Genossen Singer wurde die trotz der bössartigen Temperatur im Saale prächtig verlaufene Versammlung geschlossen.

**Zu sechsten Wahlkreise** hatten unsere Parteigenossen am Dienstag fünf Wählerversammlungen einberufen.

Die im „Feldschlöchen“, Müllerstraße, abgehaltene Versammlung war überfüllt, für die zustimmenden Massen konnte nur durch das Hinausbefördern der Tische Platz geschaffen werden. Der Referent, Genosse Dr. Freudenberg, unterzog in seinem von häufigen Zustimmungshandgebungen unterbrochenen Vortrage die grundsätzliche Stellungnahme der einzelnen bürgerlichen Parteien zu den im kommenden Reichstage mit Sicherheit zu erwartenden Vorlagen einer eingehenden Kritik. Er zeigte, daß die Rechte und Freiheiten, daß die wirtschaftlichen und geistigen Interessen nicht bloß des arbeitenden Volkes, sondern der gesamten Nation nur allein bei der Sozialdemokratie in sicherer Obhut sind. Deshalb müsse alles darangesetzt werden, um den 16. Juni zu einem Siegestage für die Sozialdemokratie zu gestalten. In der Diskussion meldeten sich Begner trotz Aufforderung nicht zum Wort. Nach einer kräftigen Ermahnung des Vorsitzenden, Genossen Ernst, die Zeit bis zum Wahltage zur Ausrättelung aller Säumigen auszunutzen, erfolgte Schluß der imposanten Versammlung.

**Zu der Versammlung im Berliner Prater** hatte sich eine so zahlreiche Zuhörerschaft eingefunden, daß viele mit Stehplätzen vorlieb nehmen mußten. Auch viele Frauen waren anwesend. Mit großem Interesse folgten die Versammelten dem Vortrage des Stadtverordneten Bergmann, der die politischen Zustände und Parteiverhältnisse Deutschlands ausführlich und treffend schilderte. Nachdem der Redner den Verrat der liberalen Prinzipien durch das Bürgertum und den Niedergang dieser Parteien beleuchtet hatte, ging er auf die Pollfragen ein, wies nach, wie unbegründet das ewige Geschrei der Junker über die Not der Landwirtschaft ist und machte hauptsächlich auch auf die große Bedeutung aufmerksam, die bei den bevorstehenden Verhandlungen über die Handelsverträge der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion beizumessen ist. Zum Schluß forderte der Redner die Parteigenossen und besonders auch die Frauen auf, mit allem Eifer für die Wiederwahl des bisherigen Vertreters des sechsten Kreises, Genossen Ledebour, zu wirken. — Der Vortrag fand sehr lebhaften Beifall. Begner meldeten sich trotz Aufforderung nicht zum Wort. Mit Hochrufen auf die Sozialdemokratie wurde die Versammlung geschlossen.

**Die Wähler des Stadtteils Moabit** hatten sich in der „Kronen-Brauerei“ in großer Zahl eingefunden. Der große Saal nebst Galerie war dicht gefüllt. Das Referat hielt Robert Schmidt. Unter allgemeiner Heiterkeit konstatierte der Redner die Thatsache, daß sogar die Herren Antisemiten mit ihren Kandidaten Ulrich gedenken, unter Aufzählung der säumigen Wähler, für sich den Wahlkreis zu erobern. Im weiteren Verlauf seines Referats übte Redner eine vernichtende Kritik der bisherigen Thesen der Herren vom Freisinn. Auf die vernichtende Wirkung des Zolltariffs auf die weitesten Schichten der Bevölkerung eingehend, kennzeichnete Redner die unerfüllbaren Versprechungen, welche die Antisemiten machen. Er kam zu dem Schluß: Die Wähler des 6. Kreises haben am 16. Juni den Beweis zu liefern, daß der Siegeslauf der Sozialdemokratie unaufhaltsam fortgeschritten und daher jeder seine Pflicht zu erfüllen, und diese Pflicht ist, Georg Ledebour zu wählen. Die Versammelten zollten dem Redner während und am Schluß seines Vortrages lebhaften Beifalls- und Handgebungen. Trotz mehrmaliger Aufforderung unter Garantieung weitesteter Redefreiheit meldeten sich Begner nicht zum Wort. Nach einem brausenden Hoch auf die internationale Sozialdemokratie schloß der Vorsitzende die Versammlung. Unter Hochrufen auf Ledebour und Schmidt verließen die Erschienenen den Saal.

**Die Versammlung in Bernau** Saal war gut besucht. Der Referent Genosse Georg Davidsohn übte an den Gegnern der Sozialdemokratie eine unerbittliche Kritik. Er wies nach, daß der Kardinalpunkt aller gegnerischen Agitation Belämpfung des Sozialismus ist und als Mittel hierzu Beschimpfung und Verleumdung der sozialdemokratischen Partei dienen müssen, was unsere blinden Gegner „Demoskieren des Sozialismus“ nennen, ohne zu wissen, daß bei diesem stets die verätherische Frage unserer Gegner den verblüfften Zuhörern präsentiert wird. Was dem Proletariat der nächste Reichstag bringen kann, wenn er nach dem Wunsche

der Reaktion zusammengeschießt ist, zeigte der Redner an den bereits angeforderten Vorlagen. Die drohenden Gefahren am politischen Horizont müssen jedem, der es mit dem Wohle des Volkes ernst meint, von selbst sagen, daß die Socialdemokratie nur allein es bisher war, die allen reaktionären Bestrebungen entgegentrat, und darum giebt es am 16. Juni nur eins: Glänzender Sieg der Socialdemokratie! Gegner meldeten sich nicht. An der Diskussion beteiligten sich fünf Genossen im Sinne des Referats. Nach einem martigen Schlusswort des Referenten schloß die Versammlung mit einem Hoch auf die internationale Socialdemokratie.

Die Versammlung in Gramottes Saal, Bergstr. 12, war bereits um 1/9 Uhr überfüllt, so daß sie polizeilich abgesperrt werden mußte; hunderte fanden keinen Einlaß mehr. Genosse Ledebour als Referent betonte: Wohl noch niemals habe eine solche Begeisterung und Agitationsfreudigkeit unter den Genossen geherrscht wie bei der diesjährigen Wahl. Nicht allein in Berlin, nein im ganzen Deutschen Reich seien die Parteigenossen mit einem Eifer thätig, der sicher zu den besten Hoffnungen berechtige. Dagegen mache die Wahlarbeit der gesamten Gegner einen wahrhaft kläglichen Eindruck. Man spüre kaum etwas von einem ernst prinzipiellen Wahlkampf unter ihnen. Was auf diesem Gebiete geleistet werde, sei einfach als eine nicht ernst zu nehmende Spielerei zu bezeichnen. Ihre einzige Wahlparole sei: Kampf gegen die Socialdemokratie. Und dieser gemeinschaftliche Kampf werde von ihnen mit den schäblichsten Mitteln geführt. In seinen weiteren Ausführungen hielt Redner dann eine gründliche Abrechnung mit dem freisinnig-konservativ-antifemilichischen Wischmasch, wie er sich besonders hier in Berlin breit macht und ging dann zu einer näheren Besprechung der socialdemokratischen Grundzüge und Forderungen über. Er schloß mit einem kernigen Appell an die Anwesenden, den Wahlsieg der Socialdemokratie zu einem möglichst glänzenden zu machen, damit jeder Genosse mit Recht von einer neuen Etappe zur Verwirklichung unsres Endziels sprechen könne. (Stürmischer wiederholter Beifall.) Gegner meldeten sich nicht zum Wort. Unter Hochrufen auf die Partei und den Kandidaten Ledebour verließen die Anwesenden den Saal.

Zu dem Bericht über die aufgelöste Handlungsgehilfen-Versammlung, die am Dienstag im Feenpalast stattfand, teilt uns Herr Döring mit, daß er sich als erster Diskussionsredner zum Wort gemeldet habe, woraus sich ergebe, daß die in unserem Bericht aufgeworfene Frage: „Lag Herr Döring nichts an der Fortdauer der Versammlung?“ bejaht werden müsse. Herr Döring bestritt, daß die Unruhe, welche zur Auflösung führte, von seinen Anhängern hervorgerufen sei. Beweisen kann er seine Ansicht allerdings nicht. Uebrigens ist wohl niemand so naiv, daß er annehmen könnte, eine von socialdemokratischer Seite veranstaltete Versammlung sei von Socialdemokraten gestört worden. Daß die an Radau gewöhnlichen antifemilichischen Anhänger des Herrn Döring die Störenfriede waren, kann keinem Zweifel unterliegen.

Schöneberg. Zum vorletztenmal vor dem entscheidenden 16. Juni sprach unser Kandidat Genosse Zubeil am Dienstag im Obfischen Saale zu den Kopf an Kopf gedrängten Wählern, die mit großer Aufmerksamkeit den Ausführungen des stürmisch begrüßten Redners lauschten. Zubeil hielt in zweistündigem Vortrag die ohne Programm, nur von dem ausgeprochensten Hoch gegen die Socialdemokratie erfüllten, in die Wahl tretenden sogenannten Nationalitätsparteien und schloß mit dem Hinweis auf unser Ideal und gab der Erwartung Ausdruck, daß mit dem Siegeszug der Socialdemokratie einst eine bessere Gesellschaftsordnung an Stelle der jetzigen treten möge. — Mit einem kernigen Mahnwort des Vorsitzenden stürte, daß unser bisheriger Vertreter Zubeil auch wieder siegreich aus dem Kampfe hervorgehen möge, erfolgte Schluß der imposanten Versammlung.

Schmargendorf. In einer bis auf den letzten Platz gefüllten Wählerversammlung im Restaurant Sandfouci erläuterte Boeske die Hauptforderungen unsres Programms, dabei geschick die Tages-

ereignisse und den Kampf der Socialdemokratie für Volksrechte und gegen Militarismus, Militarismus und Volkverderber besprechend und die gegnerischen Verleumdungen widerlegend. Häufig von Zustimmungskundgebungen unterbrochen, endete der Referent mit dem Appell, alles zu thun, damit wir in der Hauptwahl siegen. Wille zeigte an der Hand der Flugblätter, wie wenig nötig Herr Hammer seine agrarierfreundlichen Ansichten verschweigt, dagegen die Socialdemokratie als Gegnerin des Reichstags-Wahlrechtes und der Arbeiterfrage-Gesetze verurteilt. Mit begeisterten Hoch auf die Socialdemokratie und den Genossen Zubeil schloß die gut verlaufene Versammlung. Dem Saalinhaber wurde vom Ueberwachenden mitgeteilt, daß die Volkzeitung am 11 Uhr festgesetzt ist, obwohl Sonntags bis 12 Uhr im selben Saale getanzt wird. Das ist die Versammlungsfreiheit des Arbeiters. Dem Vürgerturn stehen Lokale zur Verfügung, in denen es bis 1 Uhr tagen kann.

Lichtenberg. Eine Volksversammlung, die den großen Saal von Hörsich bis auf den letzten Platz füllte, tagte am 9. Juni und hörte einen Vortrag des Genossen Fülle über „Des Volkes Wille ist das höchste Gesetz“ mit großem Interesse an. Ausserordentlicher Beifall lohnte dem Redner. Der Vorsitzende war wiederum in der Lage, feststellen zu müssen, daß die gegnerischen Kandidaten, Direktor Blonz und Rentier Ringel (letzterer entschuldigt), der ergangenen Einladung nicht Folge geleistet haben, also auch nicht gewillt scheinen, für die Lügen und Gemeinheiten ihrer Flugblätter einzutreten. Gegner meldeten sich nicht zum Wort und so schloß der Vorsitzende mit der Aufforderung, am Wahltag die ganze Kraft einzusetzen und dem Genossen Stadthagen zum Siege zu verhelfen. Vorher wurde noch auf die beiden uns entzogenen Säle: Paul Schwarz Konzergarten in der Dorfstraße und R. Schulz, Hohenschohnhausen, hingewiesen und die Erwartung ausgesprochen, daß diese Lokale streng gemieden werden.

Rosowes-Neuendorf. Am Montag fand eine Versammlung statt, welche von Frauen und Männern sehr stark besucht war. Eine solche Versammlung hatte Rosowes-Neuendorf seit 10 Jahren nicht zu verzeichnen gehabt. Mit Aufmerksamkeit hörten die Versammelten den Kandidaten des Kreises Genossen Zubeil an, welcher über das Thema sprach: „Die Sünden des vergangenen und die Aufgaben des neuen Reichstags“. In eindrucksvoller Rede zog er gegen Herrn Hammers Kampfesweise zu Felde, welcher zu feige ist, in dem jetzigen Wahlkampf mit seinem Gegner zu diskutieren. Der Redner beleuchtete die Haltung, welche die Socialdemokratie und welche die bürgerlichen Parteien bei den wichtigsten Anlässen im Reichstage eingenommen haben. Der Referent appellierte an die Anwesenden, thätkräftig in den Wahlkampf zu gehen, damit der Sieg der Socialdemokratie gleich beim ersten Wahlgang erreicht wird. Eine Diskussion fand nicht statt. Mit einem brausenden Hoch auf die Socialdemokratie schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Reichenberg. Nahezu 600 Männer und Frauen aus Reichenberg, Fürstentum und den umliegenden Ortschaften — besonders die ländliche Bevölkerung war äußerst stark vertreten — hatten sich letzten Sonntagabend im Schloßkeller zu Fürstentum zusammengefunden. In seinen 2 1/2 stündigen Ausführungen besprach Genosse Dr. Albrecht noch einmal alle bedeutungsvollen Fragen, um die es sich in diesem Wahlkampf handelt, den Buchertarif, die jammervolle Finanzwirtschaft, die verheerenden Wirkungen des militaristischen Geistes, die klägliche Halbheit unsrer Socialpolitik, die Stellung der Socialdemokratie zum Mittelstande und die traurige Lage der ländlichen Bevölkerung. Sein eingehendes Referat wurde von häufigen Beifallsrufen unterbrochen. Nach einem kernigen Schlusswort des Genossen Siedow schloß die von Begeisterung und Siegesbewußtsein erfüllte Versammlung mit einem brausenden Hoch auf die Socialdemokratie.

Bernau. Zu einer großartigen Kundgebung für die Socialdemokratie gestaltete sich eine am 5. Juni im Saale des „Elysium“ einberufene Wähler-Versammlung. Schon vor Beginn der Ver-

sammlung war der Saal überfüllt und immer noch drängten neue Massen nach. Hier referierte vor über 600 Personen Genosse Arthur Stadthagen über das Thema: Um was handelt es sich bei den Reichstagswahlen? In seiner fast dreistündigen, öfter von Zustimmungsrufen unterbrochenen Rede gab er ein Bild von der gegenwärtigen Lage. Unter anderem kritisierte er das von den vereinigten Ordnungsparteien herausgegebene Flugblatt, welches von Lügen und Verleumdungen strotzt. Am Schluß seines Vortrages forderte der Referent die Anwesenden auf, thätig mitzuarbeiten und zu agitieren für die Socialdemokratie. Dem Vortrage folgte minutenlang anhaltender Beifall. Da trotz öfterer Aufforderung Gegner sich nicht zum Wort meldeten, schloß der Vorsitzende mit einem mit Begeisterung aufgenommenen Hoch auf die Socialdemokratie die Versammlung.

Achtung! Arbeiter des Kreises Rudbin-Templin! Donnerstag, den 11. Juni, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Diefel, Ackerstraße 123, eine Besprechung statt über unsere Arbeiten am Wahltag.

Gleichzeitig richten wir die Bitte an die Parteigenossen des 6. Kreises, welche am Wahltag draußen thätig sein wollen, ebenfalls zu erscheinen.

J. A. Ludwig Krausemann.

### Briefkasten der Redaktion.

**Bamberg.** Wir werden uns freuen, wenn sich Ihre Hoffnungen erfüllen.

**P. D. S.** Leider nichts für uns.

**G. 108.** Versuchen Sie es mit völlig farblosem Celluloid-Lack. Ganz dünn auftragen und vollständig trocken lassen.

### Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr.

**H. Buch 3.** Sie können selbst weiter leben: die Karte ist die richtige, weil Sie Weiterversicherer sind. — **S. D. 3.** 1.—3. Innerhalb spätestens 2 Jahren ist die Karte umzutauschen. Sie lassen sich eine andre geben und stehen als Weiterversicherer welche Karten Sie wollen, aber nicht unter 40 Mark in 2 Jahren. 4. Wenden Sie sich an Reichstags-Kandidaten Hehle, Halle. — **H. 9.** Auch wer keine Steuern zahlt, ist reichstagswahlberechtigt. — **Anna 59.** 1. Bis am 3. Quartalstage zum Ablauf des Quartals. 2. Nein: Sie können nur Abstellung in Güte herbeiführen.

— **M. V. 72.** 1. Nein. 2. Ja, bis zu einem Jahre. 3. Ja. 4. Bezieht auf Kosten des Klägers. 5. Vor Ablauf der Stichwahl würden Sie schwerlich einen der beiden antreffen. Schreiben Sie direkt an die betreffenden Adressen Reichstag genügt. — **P. 60.** Das ist in den verschiedenen Postkreisen verschieden geregelt. — **R. S. Ja.** — **S. S. 100.** Erschossen.

— **B. 100.** Das ist möglich. Nehmen Sie deshalb mit der Polizeibehörde Rücksprache. — **Drei Streitende.** Nein. — **Gefrau.** 1. und 2. Ja. — **G. 23. 166.** 1. Nein: Klage auf Lohnzahlung beim Gewerbegericht.

2. Nein. — **M. Wunderlich.** Die Entschädigung ist ergangen, aber auch ihr direkt entgegenstehende Lehren sind zutreffend. — **Johannisthal.** Ja.

— **C. K.** Beantragen Sie Bestrafung des Anpöcklers, der den Hund auf das Kind legte, bei der Staatsanwaltschaft. Erwirken Sie ferner das Armenrecht und klagen den dem Kinde zugefügten Schaden beim Landgericht ein. — **R. S. 100, M. K. Hilowitz.** S. 19. K. 3. 3. Nein.

— **Nietzmann.** 1. Nein. 2. Bis volle Zahlung erfolgt ist. — **S. 105.** 1. Sie können Beschwerde (beim Oberpräsidenten, dann beim Minister) einlegen. Aus den früher dargelegten Gründen ist Kassa auf Ersolg gering. 2. Der Bürgermeister vertritt seine Stellung mit Ablauf der Frist, für die er eingesetzt war. — **W. P.** Der Vorstand ist im Recht. — **Hilfesh.** 1. Die Vormundschaftsordnung finden Sie in jeder öffentlichen Bibliothek. 2. Ja. — **S. S. 99.** 1. Ihrer Frau, nicht Ihnen. 2. 1892. 3. Ja. — **M. 20.** 60. Sechs Wochen zum Quartals-Ersten.

— **M. G.** Es besteht für Sie als Verwalter sechsmonatliche Kündigungspflicht zum Quartalsersten, also zum 1. Oktober. Es darf Ihnen eine ähnliche Beschäftigung nicht zugemutet werden. Beträgt Ihr Gehalt unter 2000 M., so ist das Gewerbegericht zuständig. Das Gehalt ist zur Zeit der Fälligkeit zu zahlen. Durch andre Beschäftigung verbietet kann abgezogen werden. — **R. 20. 1000.** 1. bis 4. Wenden Sie sich an die Entbindungsanstalt in der Artilleriestraße. 5. Ja, zwischen 12 und 20 M. monatlich werden als angemessen erachtet. — **W. 57.** 1. bis 4. Geben Sie sich mit Ihrer und Ihrer Braut Geburtsurkunden und mit Ihren Militärpapieren baldmöglichst auf Ihr Standesamt, von dort aus erfolgt das weitere. 5. Innerhalb eines Jahres nach geschlossener Heirat.

— **C. S. Hibernstraße.** Eine geschlossene.

# Warenhaus A. Wertheim

## Extra-Preise

Donnerstag, Freitag, Sonnabend  
soweit der Vorrat reicht:

### Porzellan

- weiss:
- Speiseteller tief u. flach 15 Pf.
  - Dessertteller 7 u. 9 Pf.
  - Kompottteller 7 Pf.
  - Bratenschüsseln Gr. 20 bis 65 Pf.
  - Saucières 42 Pf.
  - Terrinen 90 Pf. u. 1.25 Mk.
  - Kartoffelschüsseln 65 Pf.
  - Salat- u. Kompott-Schüsseln 20 bis 45 Pf.
  - Kaffeekannen Gr. 15 bis 48 Pf.
  - Zuckerdosen 8 Pf.
  - Cakesdosen 15 Pf.
  - Milchtöpfe 10, 13, 16 Pf.
  - Obertassen 2 oder 4 Stück 10 Pf.
  - Portionstassen 19 Pf.
  - Milchkannen für ca. 1 Liter 10 Pf.
  - Speiseteller stark, tief und flach 20 Pf.
  - Dessertteller „ 15 Pf.
  - Kompottteller „ 12 Pf.

- bunt:
- Zuckerdosen 10 Pf.
  - Kuchenteller 18 Pf.
  - Kompottschalen 8 Pf.
  - Salatschüsseln 20 Pf.
  - Dessertteller 6, 13, 18 Pf.
  - Kompottteller 6, 13, 18 Pf.
  - Leuchter 14 Pf.
  - Teekannen 18 Pf.
  - Tassen 12, 15, 18 Pf.
  - Milchtöpfe 10 u. 18 Pf.
  - Obertassen 2 Stück 10 Pf.

### Kaffeervices

9 Teile für 6 Pers. 1.75, 2.50, 2.90 Mk.

### Tafelervices

30 Teile f. 6 Pers. 60 T. f. 12 P. 78 Teile f. 12 P. 17 Mk. 39 u. 42 Mk. 50 u. 55 Mk.

### Tafelervices 8 Mk.

- 23 Teile für 6 Personen
- Speiseteller dazu passend, tief und flach 22 Pf.
  - Kompottteller „ 13 Pf.

### Glas

- Butterdosen 22 u. 65 Pf.
- Wassergläser 5 Pf.
- Kompottteller 5 Pf.
- Likörgläser 5 Pf.
- Bierkannen 20 bis 48 Pf.
- Bierbecher verschmolz. Rand 75 Pf.
- Bierbecher mit Goldrand 80 Pf.
- Bierbecher mit starkem Boden 1.65 bis 2.15
- Bier- u. Wasserbecher mit Bord. 9 Pf.
- Einmachegläser für ca. 5, 1/2 Ltr. 6, 1 Ltr. 9, 1 1/2 Ltr. 12, 2 Ltr. 15 Pf.
- Einmachebüchsen mit Glasverschluss 25, 30, 38, 43 Pf.

### Wirtschaftsartikel

- Giesskannen Gr. 35 Pf. bis 1.10
- Rasenmäsch. 14 u. 19 Mk.
- Gazeschränke 5.25 bis 7.50
- Gazeglocken rund Gr. 22 bis 45 Pf.
- Gazeglocken oval 45 u. 55 Pf.
- Gazedekel Gr. 12 bis 30 Pf.
- 2 Gasplatten mit Erhitzer 4.50
- Gaskocher 3 Loch 9.50 Mk.
- Spirituskocher 30, 45, 1.10
- Reise-Schuhbürsten 45 Pf.
- Wirtschaftswagen 1.75 Mk.
- Reibemaschine „Express“ 1.20
- Messerputzmaschine 6.25
- Fleischhackmaschine 3.25
- Fruchtpressen 85 Pf. u. 1 Mk.
- Blumenampeln 55 Pf.
- Topfhalter 40 Pf.
- Ärmelplättbretter 60 Pf.
- Plättbretter bezogen 2.40 Mk.
- Plättbretter mit Leiste 3.50 Mk.
- Brotbüchsen 1.10 bis 1.90 Mk.
- Waschbretter 45, 50, 60 Pf.
- Plättisen 1.75, 1.80, 1.90
- Waschleinen 1.70 bis 6 Mk.
- Zink-Waschfässer 7.75 bis 10.50 mit Wulst 9.75 bis 13 Mk.
- Zinkzuber 9 u. 11 Mk.
- Büchsen dekoriert 25 Pf.

# Erster Wahlkreis.

Heute, Donnerstag, den 11. Juni, abends 8 Uhr, in Cohus Festsaal, Deutschstr. 19/21:

## Oeffentliche Wähler-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Georg Ledebour** über: „Die Reichstagswahlen.“ 2. Diskussion. — Ansprache des Kandidaten **Dr. Leo Arons.** 208/4  
Zahlreichen Besuch erwartet  
Das Komitee.

# Dritter Wahlkreis. Wähler-Versammlungen

Donnerstag, den 11. Juni, abends 8 Uhr, 212/5\*

1. im großen Saale von **Duggenhagen**, am Moritzplatz.

Tagesordnung:

1. Die bevorstehende Reichstagswahl und unsere Gegner. Referent Genosse **Paul Singer.** 2. Diskussion.

2. im Lokale des Herrn **Feuerstein**, Alte Jakobstr. 75:

Tagesordnung:

1. Die Bedeutung der bevorstehenden Reichstagswahl. Referent: **Dr. Paul Bernstein.** 2. Diskussion.

Freitag, den 12. Juni, abends 8 Uhr,

1. im großen Saale des **Gewerkschaftshauses**, Engel-Ufer 15.

Tagesordnung:

1. Die bevorstehende Reichstagswahl, ihre Bedeutung und unsere Gegner. Referent: Genosse **Wilhelm Pfannkuch.** 2. Diskussion.

2. im Lokale des Herrn **Franke**, Sebastianstraße 39.

Tagesordnung:

1. Die Bedeutung der bevorstehenden Reichstagswahlen. Referent: **Dr. R. Friedeberg.** 2. Diskussion.

Außer den Referenten wird auch der Kandidat **Wolfgang Heine** eine Ansprache halten. Regere Beteiligung von Wählern aller Parteien erwartet  
Das Wahlkomitee.

# Vierter Wahlkreis.

Donnerstag, den 11. Juni, abends 8 Uhr:

## Zwei Wähler-Versammlungen

in den Lokalen

**Sanssouci**, Kottbuser-Straße Nr. 4a. **Urania**, Drangel-Straße Nr. 10-11.

Referenten: Die Reichstags-Abgeordneten

## Richard Fischer und Wilhelm Pfannkuch.

Tages-Ordnung: 1. Die Bedeutung der bevorstehenden Reichstags-Wahl. 2. Diskussion.  
Regere Beteiligung von Wählern aller Parteien erwartet

Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

# V. Kreis!

Freitag, den 12. Juni, abends 8 1/2 Uhr:

## Gr. öffentl. Wähler-Versammlung

bei **Leydecker**, Sophienstraße 34.

Tages-Ordnung:

1. Die Verbrüderung der Freisinnigen und Antisemiten.

Referent: Reichstags-Kandidat **Robert Schmidt.** 217/10\*

2. Diskussion.

Wähler aller Parteien sind eingeladen.

Zahlreichen Besuch erwartet

Das Wahlkomitee.

# Socialdemokratischer Wahlverein der Frauen Berlins u. Umg.

## Versammlungen.

Heute, Donnerstag, den 11. Juni, bei **Wernau**, Schwedterstraße 23. Referent: Stadtverordnete **Hugo Holmann** über: Die Frauen und der Reichstag.  
2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder.

Freitag, den 12. Juni, im Lokale **Königsbank**, Große Frankfurterstraße 117. Referentin: Genossin **Dr. Wally Zepher** über: Warum müssen wir Frauen das Stimmrecht erkämpfen? 2. Diskussion.  
Mitglieder erhalten gegen Vorzeigung ihrer Mitgliedskarte eine Broschüre gratis.  
Männer und Frauen als Gäste sind willkommen.

## Schlennige

Räumung der Lagerbestände in Herren-Stoffen für Anzüge, Valetos, Kinderanzüge usw. beachtlich! 15272\*

**Koch & Seeland**  
Tuchfabrik-Niederlage  
Berlin C., Rosstr. 2.

**Gaskocher**, Berliner Gaskocherhaus am Alexanderplatz, Georgenkirchpl. 14, St. Katharinenstr. 8.  
Sparsamstes u. billigst. Fabrikat.

## Achtung! Radfahrer. Achtung!

Alle Arbeiter-Radfahrer, welche gewillt sind am **Wahltag** den ganzen sowie halben Tag als Radfahrer bei der Wahlarbeit tätig zu sein, werden ersucht, sich am **Freitag, den 12. d. M., abends pünktlich 9 1/2 Uhr** in dem Lokal von **Kritz Wilke**, Brunnenstr. 188 einzufinden.  
**Karl Fischer**, Vertrauensmann der Arbeiter-Radfahrer.

# Centralverband der Maurer Bezirk Wedding.

Freitag, den 12. Juni, abends 9 Uhr:

**Außerordentliche Mitgliederversammlung**  
im Lokale **Pasewalkerstr. 3.**  
Tages-Ordnung: 1. Bericht aus den Vertreter- und Obmann-Sitzungen. 2. Ausgabe eines Flugblattes.  
Um pünktliches Erscheinen der Mitglieder ersucht  
Der Obmann.

# Britz.

Freitag, den 12. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei **Bethge**, Chausseestr. 39:

## Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung: Die bevorstehende Reichstagswahl. Referent: Genosse **Jubeil.** Zahlreichen Besuch erwartet [203/6] **Der Einberufer.**

## Achtung! Schuhmacher! Achtung!

Freitag, den 12. Juni 1903, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn **Wendt** (früher **Cohn**), Deutschstraße 19/20:

## Grosse öffentl. Schuhmacher-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Bericht über den Stand der Lohnbewegung. 2. Verschiedenes. Es werden besonders diejenigen Schuhmacher um ihr Erscheinen ersucht, die in solchen Maßgeschäften arbeiten, welche außerhalb der Lohnbewegung stehen. 170/3  
**Die Lohnkommission.**

## Rabitzputzer, Rabitzspanner u. Cementierer Berlins und Umgegend.

Infolge des am 15. Mai 1903 vor dem Berliner Gewerbegericht abgeschlossenen Tarifvertrages, welcher die Lohn- und Arbeitsbedingungen für das Rabitz- und Cementierergewerbe regelt, haben es die Vorstände der genannten Branchen als dringend notwendig erachtet, vorläufig einen Kollegen mit der Agitation zur Durchführung der vereinbarten Lohn- und Arbeitsbedingungen, sowie mit der Schlichtung von Differenzen mit unsern Arbeitgeber zu betrauen. Eine aus allen drei Branchen zusammengesetzte größere Sitzung hat den Kollegen **Karl Nieke** beauftragt, die Sache vorläufig in die Hand zu nehmen, bis eine gemeinsame Versammlung der interessierten Berufe offiziell zu der Angelegenheit Stellung genommen hat. Alle vorzunehmenden Differenzen wolle man deshalb an Unterzeichneten, **Engelauer 15**, Zimmer 29 (Zernsdorfer VII, 4259) melden; insbesondere werden die Kollegen ersucht, uns alle Verfehlungen der Unternehmer gegen den Tarif sofort mitzuteilen, damit die notwendigen Maßnahmen ergriffen werden können. 252/16\*

Die Vorstände der Rabitzputzer, Rabitzspanner und Cementierer.

**K. A.: Karl Nieke.**

**Wirtshaus „Schloss Woltersdorf“**  
Neu erbaut! vis-a-vis der Schleuse. Neu erbaut!  
**Wahlfahrt Erkver.** Auf wunderschöner Fußpromenade in 15 Minuten zu erreichen, ohne Dampfer oder Uferbojen. herrlich am Platensee gelegen, Terrassen und großer Park, großer Laussaal und Hallen, Familien-Kaasche, Küche sowie gute Speisen und gutgefliegte Biere. 17282\*  
Empfehle mich den geehrten Vereinen, Fabriken usw.  
**Friedrich Saewert.**

**H. Saltzmann, Tabakfabrik und -Handlung,**  
Berlin S., **Luisen-Ufer 3**, am Engelbecken, Gegründet 1863  
empfiehlt als Spezialität: 1004L\*

**Magdeburger und Nordhäuser Kautabak**  
sowie alle Sorten Rauch- und Schnupftabake.  
Billigste Preise! Lieferung frei ins Haus! Fernsprecher Amt IV 8513.

## Vorwärts-Buchhandlung

SW., Lindenstr. 69.  
Neuerscheinungen unsres Verlages:

- Die Kaiserreden im Reichstag und die Socialdemokratie . . . R. 0,20
- Der Umsturz im Reichstag, eine Darstellung der Kämpfe um den Posttarif nach dem amtlichen Sitzungsprotokoll . . . R. 0,20
- Die Vernichtung der Socialdemokratie durch den Geheimrat des Central-Verbandes deutscher Industrieller, herausgegeben im Auftrage des Parteivorstandes der deutschen Socialdemokratie R. 0,20
- Zeitungs-fremdwörter und politische Schlagworte, verdeutscht u. erläutert v. Dr. H. Braun, R. 0,25
- Die Frauen und die Politik von **Elly Braun** . . . R. 0,20
- Christliche Arbeiterpflichten, jesuitische Fragen und socialdemokratische Antworten . . . R. 0,20
- Die agrarische Gefahr, eine Darstellung ihrer Entstehungsgeschichte, ihrer Macht und letzten Ziele, von **Paul Göhre** . . . R. 0,20
- Socialdemokratie und Centrum, von **H. Debel** . . . R. 0,20
- Wünsche für die Reichstagswahlen R. 0,10
- Die katholische Kirche und die Socialdemokratie, von **Karl Kautsky** . . . R. 0,20
- Eugen Richters Socialisten-Spiegel: die Wahlkämpfe der Arbeitergesellschaft Fortschritt . . . R. 0,20
- Die Lebensmittelgalle und die indirekten Steuern, wer sie zahlt und wem sie nützen . . . R. 0,10
- Wen soll der Arbeiter wählen? Ein Wahlaufruf an die Arbeiter in Stadt u. Land, v. **H. Galtner** R. 0,10
- Der Nordmarche Fischer im Lichte der Wahrheit . . . R. 0,05
- An den Einzelnen, auf den es nicht ankommt! . . . R. 0,05
- Rote Wahlen 1903, eine politische, durch geniale Künstlerhand prächtig ausgestattete Flugchrift R. 0,10

Verlag v. **Max Richter**, Berlin SO., 30. Soeben erschienen: Preis 2 Mark (auch d. alle Buchhandlg. erhältlich).

**Die Harnleiden,** ihre Verhütung, Behandlung und Beseitigung von **Dr. med. Schaper,** Berlin, Königgrätzerstr. 27. Homöop. Art., spec. für Haut- u. Harnleiden, Frauenkrankheiten.

**Alle Wanzen** werden nebst Brut durch mein Mittel vollständig vertilgt. Fl. 50 Pf. und 1 R. Ebenso Schwaben, Rüssel, Franzosen, Blattläuse etc. Schadet! 30. 60 Pf. u. 1 R. Zahlreiche Anerkennungen. 17422\*

**1000 Mark Belohnung** zahle demjenigen, der mir einen Nichterfolg nachweist. Nur allein erbt bei **Hugo Barth**, Droguerie, jetzt Brunnenstr. 14, früher Nr. 18.

**Land 2 Mark** lädweillicher Borort, Wochen-Abgabe, 300 Mark, nur mündlich, verkauft **Hinsche, Dismannstr. 1.** [10182\*

## Centralverband d. Bau-, Erd- u. gewerbl. Hilfsarbeiter Deutschl.

Zahlstelle Berlin II.  
Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unter No. 39/2

**Heinrich Oels**  
an der Proletarierkrankheit verstorben ist.  
Seine Leiche findet Donnerstagnachmittag 2 Uhr vom städtischen Kranenhaus Roobit aus nach dem Heilands-Kirchhof in Pödensee statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
**Die Ortsverwaltung.**

**Todesanzeige.**  
Am 2. Pfingstfesttage erkrankt beim Baden unser lieber Sohn **Max Grell**

im Alter von 17 Jahren. 18966  
Die Beerdigung findet Donnerstagnachmittag 4 Uhr, vom städtischen Friedhofe, Friedrichs-Str. aus statt.  
Die trauernden Hinterbliebenen.  
**W. Grell**, Friedenstr. 52.

**Verband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands.**  
Verwaltungsstelle Berlin u. Umg.

**Todes-Anzeige.**  
Am 9. d. M. verstarb nach kurzer Krankheit das Mitglied **Wilh. Steffen.**  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 12. d. M., nachmittags 4 Uhr, vom Kranenhaus Roobit (Birkenstraße) aus nach dem St. Johannis-Kirchhof in Pödensee statt.  
Regere Beteiligung erwartet  
189/17 **Die Ortsverwaltung.**

**Dankfagung.** 1891b  
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und Kranzspenden den Mitgliedern des Frauen-Vereins **Yellow-Bees-Tow-Strassen-Charlottenburg**, sowie meinen Kollegen für die letzte Überreichung meiner innigstgeliebten Frau **Emilie Vogel**, geb. Schneider, meinen tiefgefühltesten Dank.  
**Franz Vogel.**

**Dankfagung.**  
Für die vielen Beweise inniger Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, meines unvergesslichen Vaters, des **Walters** 18965

**Karl Wahl**  
sagen wir allen, insbesondere seinen Kollegen von der Firma **Pintsch**, sowie den Mitgliedern des sozialdemokratischen Wahlvereins des 4. Berliner Reichstags-Wahlkreises und dem Rammbergverein „**Wels Aeu**“ herzlichsten Dank.  
Die trauernden Hinterbliebenen.

**Dankfagung.**  
Unsern innigsten Dank für die rege Beteiligung bei der Beerdigung unseres lieben Vaters und Schwagers **Paul Jacob.**

Dank auch den Parteigenossen des 2. Wahlkreises für die reichen Kranzspenden, den lieben Kollegen der Firma **Dank u. Rottau**, dem Verband der Metallarbeiter und dem Gefangenen **Reuzberg, Ernst Jacob und Frau.**

Reichels weltberühmter **Hühneraugen-Tod**  
beseitigt vollständig schmerzlos jedes Hühnerauge, selbst veralteten jedwede Hautverhärtung. Nachdem Sie alles Mögliche angewandt, machen Sie diesen letzten Versuch. Dose M. 1 fr. nur bei **Otto Reichel**, Berlin 310, Eisenbahnstr. 4.  
Viele Anerkennungen

Reichels **Essig-Essenz**  
zur sofort. Deckstellung von feinstem **Speise- und Einmach-Essig**. Viel reiner u. billiger als anderer Essig. **Reichels Essig-Essenz** mit Wasser vermischt, ergibt den besten Essig vom dem Wohlgeschmack und Aroma guten Weineisigs. Von ärztlichen Autoritäten empfohlen als gesunder Essig. Man nehme keine andere. Nur in bester Originalpackung, mit Wahrscheinlich für 12 Weinst. Essig M. 1,- 1/2 Flasche 50 Pf. **Reichels Essenz** u. Weineisenz: 1/2 Fl. M. 1,25, \* 1/2 Fl. 70 Pf.

**Otto Reichel**  
Berlin SO., Eisenbahnstr. 4.  
Ersucht auch in d. bekannt. Niederl.

**Täglich 30 Mark** verdienen Herren und Damen (jeden Standes) durch den Verkauf eines neuen Artikels. Auskunft erteilt gratis und franko **Gg. Beck** in Lissa (Frankreich).

**Besten Nordhäuser** Süsser von 50 Pf. an, garantiert reines Getreideprodukt. H. Liqueur. [11732\* **Martin Bernat**, Ritter- u. Weingärtl.-Gde